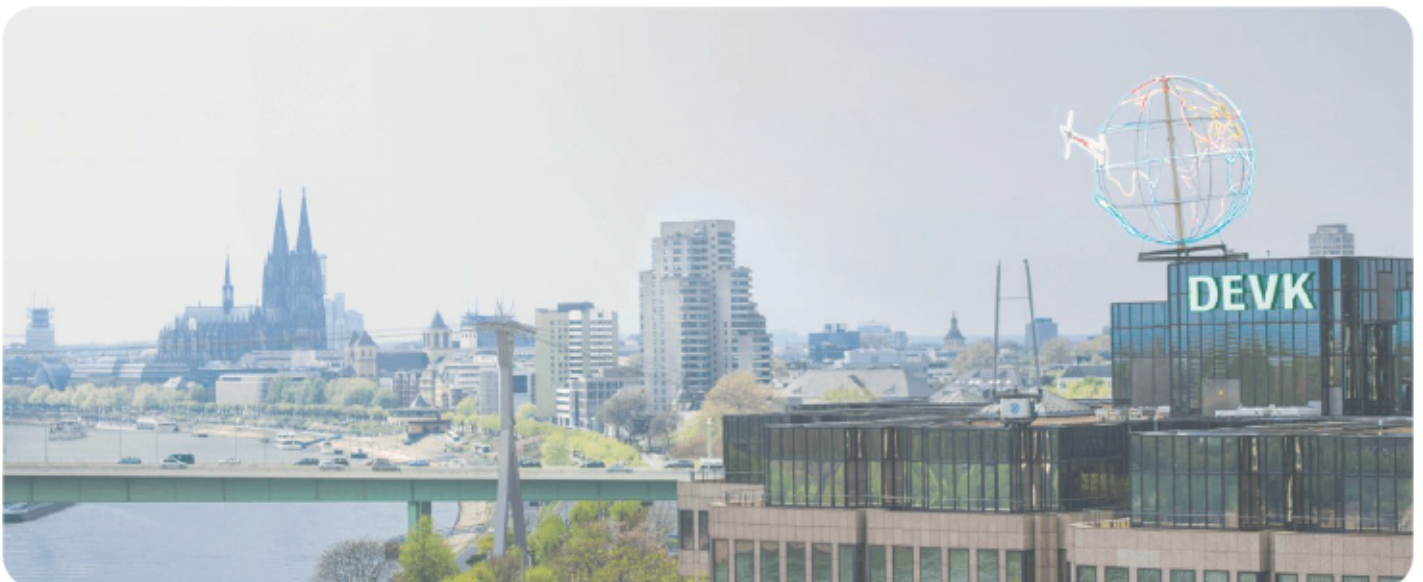


Köln, den 2. April 2026

Solvency and Financial Condition Report (SFCR)

**Bericht zur Solvenz- und Finanzlage per
31. Dezember 2025**



Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	4
----------------------	---

A Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis 7

A.1 Geschäftstätigkeit	8
A.2 Versicherungstechnisches Ergebnis	11
A.3 Anlageergebnis	14
A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten	16
A.5 Sonstige Angaben	17

B Governance-System..... 18

B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System	19
B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit	28
B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung	35
B.4 Internes Kontrollsystem	43
B.5 Funktion der Internen Revision	47
B.6 Versicherungsmathematische Funktion	48
B.7 Outsourcing	50
B.8 Sonstige Angaben	52

C Risikoprofil..... 53

C.1 Versicherungstechnisches Risiko	57
C.2 Marktrisiko	60
C.3 Kreditrisiko	68
C.4 Liquiditätsrisiko	69
C.5 Operationelles Risiko	71
C.6 Andere wesentliche Risiken	74
C.7 Sonstige Angaben	78

D Bewertung für Solvabilitätszwecke..... 79

D.1	Vermögenswerte	83
D.2	Versicherungstechnische Rückstellungen	95
D.3	Sonstige Verbindlichkeiten	100
D.4	Alternative Bewertungsmethoden	107
D.5	Sonstige Angaben	108

E Kapitalmanagement..... 109

E.1	Eigenmittel	111
E.2	Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung	114
E.3	Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung	117
E.4	Unterschiede zwischen Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen	118
E.5	Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung	119
E.6	Sonstige Angaben	120

F Anhang 121

F.1	Quantitative Reporting Templates (QRT)	122
F.2	Abkürzungsverzeichnis	138
F.3	Tabellenverzeichnis	142
F.4	Abbildungsverzeichnis	143
F.5	Glossar	144

Zusammenfassung

Auf einen Blick

Der hier vorliegende Solvency and Financial Condition Report (SFCR) bietet detaillierte Einblicke in die Kapitalausstattung, Risikolage sowie die angewendeten Methoden und Prozesse der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG. Als Bestandteil des aufsichtsrechtlichen Berichtswesens wird der Solvency and Financial Condition Report auch der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) vorgelegt.

A Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

Das Kapitel A dieses Berichts (Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis) liefert Informationen zur Geschäftstätigkeit der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG. Die in diesem Kapitel beschriebenen Inhalte basieren grundsätzlich auf dem Abschluss nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) zum Stichtag 31. Dezember 2025. Insgesamt (Versicherungstechnik sowie Kapitalanlagen) war das Geschäftsjahr der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG profitabel.

Im Geschäftsjahr 2025 war gemäß dem handelsrechtlichen Abschluss insgesamt eine Reduktion des versicherungstechnischen Ergebnisses um 3,0 Mio. € auf 16,2 Mio. € (Vorjahr 19,2 Mio. €) zu verzeichnen.

Die gesamten Bruttoerträge aus Kapitalanlagen (ohne Kundenerträge) erhöhten sich im Berichtsjahr auf 168,0 Mio. € (Vorjahr 166,7 Mio. €). Gestiegene Abgangsgewinne (29,7 Mio. € nach 18,8 Mio. €) in erster Linie aus Aktienverkäufen flossen positiv ins Ergebnis ein. Dem gegenüber standen unter anderem geringere Zuschreibungen (3,0 Mio. € nach 9,5 Mio. €). Die gesamten Aufwendungen stiegen von 29,4 Mio. € auf 40,2 Mio. €. Diese Entwicklung ist vor allem auf höhere Abschreibungen, insbesondere auf einen Spezialfonds, (32,0 Mio. € nach 20,4 Mio. € im Vorjahr) zurückzuführen. Die Nettoerträge der Kapitalanlagen lagen ohne Fondserträge der FLV/FRV mit 127,8 Mio. € (Vorjahr 137,3 Mio. €) ebenso wie die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen (2,2 % nach 2,3 %) unterhalb des Vorjahresniveaus. Die durchschnittliche Nettoverzinsung der letzten drei Jahre erreichte nach der vom GDV empfohlenen Berechnungsmethode 2,3 % (Vorjahr 2,3 %).

Das sonstige Ergebnis betrug -1,7 Mio. € (Vorjahr -3,8 Mio. €).

B Governance-System

Das Kapitel B (Governance-System) erläutert die Ablauf- und Aufbauorganisation der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG. Hierbei stehen die Methoden sowie deren Umsetzung im Fokus.

Neben Vorstand und Aufsichtsrat spielen auch die benannten Schlüsselfunktionen Risikomanagementfunktion, Interne Revisionsfunktion, Versicherungsmathematische Funktion und Compliance-Management-Funktion eine zentrale Rolle im Governance-System. Alle Funktionen sind durch Mitarbeitende der DEVK besetzt und sind nicht ausgegliedert.

Im Berichtszeitraum gab es personelle Änderungen im Vorstand der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG. Herr Bernd Zens ist zum 31. März 2025 aus dem Vorstand ausgeschieden.

Frau Manuela Moog wurde am 1. November 2025 als neues Vorstandsmitglied berufen. Das Aufsichtsratsmitglied Frau Heike Moll ist zum 8. Mai 2025 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Für sie ist Herr Martin Braun mit Wirkung zum 8. Mai 2025 berufen worden.

Die Angemessenheit des Governance-Systems wurde durch die jährliche Überprüfung bestätigt.

Im Governance-System gab es darüber hinaus nur wenige weitere wesentliche Änderungen im Vergleich zum Vorjahr, wie zum Beispiel die Anpassung der Wesentlichkeitsgrenzen oder der Risikostrategie.

C Risikoprofil

Das Kapitel C (Risikoprofil) beleuchtet alle Risikokategorien gemäß Solvency II, die ein Versicherungsunternehmen betreffen. Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG nutzt für die Berechnungen die Standardformel. Es ergab sich ein Gesamtrisiko in Höhe von 193,4 Mio. €. Im Vergleich zum Stichtag 31. Dezember 2024 reduzierte sich das Gesamtrisiko um 31,6 Mio. €.

Das größte Risiko der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG stellte das Marktrisiko dar (718,9 Mio. €), das um 139,3 Mio. € sank. Größtes Bruttoeinzelrisiko hierbei war das Aktienrisiko mit 350,1 Mio. €. Die größte Veränderung entstand beim Zinsrisiko, das sich um brutto 146,6 Mio. € aufgrund des verbesserten Zinsumfelds reduzierte.

Das versicherungstechnische Bruttoerisiko (Leben) stieg um 143,8 Mio. € an. Hierbei dominierte das Stornorisiko (+165,5 Mio. €), das im Rahmen des Zinsanstiegs und dem damit erhöhten Massenstorno-Risiko resultierte.

D Bewertung für Solvabilitätszwecke

Das Kapitel D (Bewertung für Solvabilitätszwecke) stellt die Solvenzbilanz der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG zum 31. Dezember 2025 dar und erläutert die Bewertungsansätze aller Bilanzpositionen. Die Solvenzbilanz stellt die Vermögenswerte sowie Verbindlichkeiten zu Marktwerten zum Bilanzstichtag dar. Die Bilanzsumme der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG reduzierte sich im letzten Jahr von 6.216,5 Mio. € auf 6.070,1 Mio. €.

E Kapitalmanagement

Das Kapitel E (Kapitalmanagement) betrachtet die Eigenmittelausstattung, die aus dem Überhang der Aktiva über die Passiva aus der Solvenzbilanz errechnet wird. Die Bedeckungsquote unter Solvency II ergibt sich aus dem Quotienten von Eigenmitteln und Solvenzkapitalanforderung (SCR). Die Eigenmittel ergeben sich aus der Solvenzbilanz und die Solvenzkapitalanforderung resultiert aus den Risiken. Die Bedeckungsquote zum Stichtag 31. Dezember 2025 betrug 323,8 %.¹

Die Eigenmittel haben sich im Vergleich zum 31. Dezember 2024 um 58,9 Mio. € erhöht. Aufgrund des verbesserten Zinsumfeldes haben die stillen Lasten auf den Zinspapieren insgesamt

¹ Die Bedeckungsquote in der aufsichtsrechtlichen Sichtweise wird mit Volatility Adjustment dargestellt.

zugenommen, jedoch wirkt der Effekt auf die versicherungstechnischen Rückstellungen stärker. Gleichzeitig hat der Aktienmarkt sich sehr gut entwickelt, sodass insgesamt die Eigenmittel gestiegen sind.

Tab. 1: Eigenmittel, SCR, MCR und Bedeckungsquoten

	2025	2024
Anrechenbare Eigenmittel SCR	626,5	567,6
SCR	193,4	225,0
SCR Bedeckungsquote	323,8%	252,2%
Anrechenbare Eigenmittel MCR	626,5	567,6
MCR	87,0	101,3
MCR Bedeckungsquote	719,7%	560,5%

alle absoluten Werte in Mio. €

Die Bedeckungsquote des Solvenzkapitals stieg im Vergleich zum Vorjahr um 71,6 Prozentpunkte an. Dies resultierte aus den beschriebenen Veränderungen des Risikoprofils und der Eigenmittel.

Die definierte Mindestbedeckungsquote (125 %) der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG wurde weiterhin erfüllt.

Die zu berichtenden quantitativen Meldeformulare (engl. Quantitative Reporting Templates = QRT) befinden sich im Anhang dieses Berichts und sind in Tsd. Euro ausgewiesen.

Vorstandsbeschluss

Der vorliegende Bericht wurde vom Vorstand mit Beschluss vom 2. April 2026 verabschiedet.

Hinweis bezüglich Rundungen

Als Folge der Rundungen können sich bei der Berechnung von Summen und Prozentangaben geringfügige Abweichungen gegenüber den im Bericht ausgewiesenen Einzelwerten ergeben. Diese beruhen auf dem exakten Datenimport aus dem quantitativen Reporting-Tool „Solvara“. Grundsätzlich werden alle Werte in diesem Bericht auf eine Nachkommastelle gerundet ausgewiesen.

Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis



A.1 Geschäftstätigkeit

Auf einen Blick

Die DEVK-Gruppe setzt sich aus acht deutschen Sologesellschaften zusammen. Führendes Gruppenunternehmen ist der DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G.

Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG bietet laut ihrer Satzung den unmittelbaren und mittelbaren Betrieb der Lebensversicherung in all ihren Arten und damit verbundenen Zusatzversicherungen an.

A.1.1 Allgemeine Unternehmensinformationen

Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG ist in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft tätig. Sitz der Gesellschaft ist Köln. Die Gesellschaft ist im Handelsregister beim Amtsgericht Köln eingetragen.

A.1.2 Name und Kontaktdaten der Finanzaufsicht sowie des Wirtschaftsprüfers

Die zuständige Aufsichtsbehörde für die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG ist die

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Graurheindorfer Straße 108
53117 Bonn
Postfach 1253, 53002 Bonn
Fon: 0228 / 4108 - 0
Fax: 0228 / 4108 - 1550
E-Mail: poststelle@bafin.de
De-Mail: poststelle@bafin.de-mail.de

Gemäß § 341k HGB hat der Aufsichtsrat die

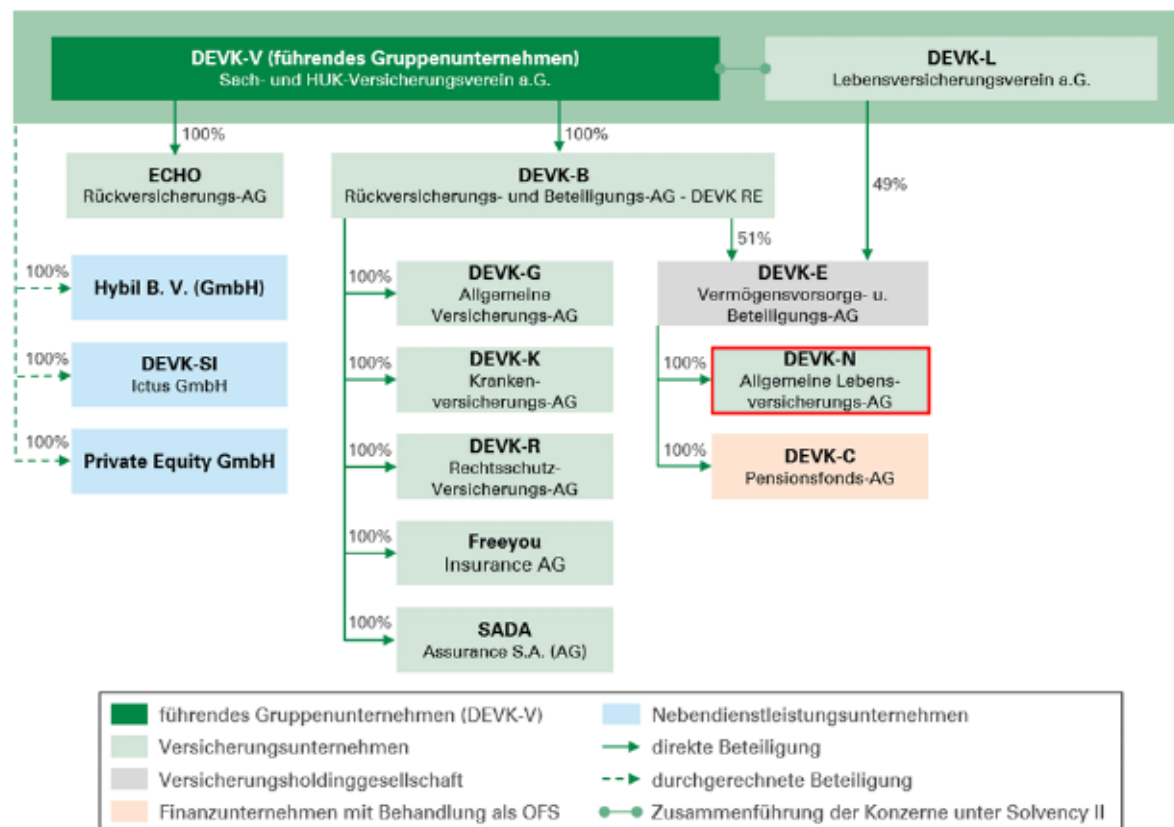
PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Konrad-Adenauer-Ufer 11
50668 Köln

für die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG als Abschlussprüfer für den Jahresabschluss nach HGB bestellt. Darüber hinaus prüft der Abschlussprüfer im Rahmen von Solvency II gemäß § 35 Abs. 2 VAG die Solvabilitätsübersicht (Solvenzbilanz) auf Einzel- und auf Gruppenebene. Als abschließendes Gesamturteil erteilt die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft einen Bestätigungsvermerk, der bestätigt, dass der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorgaben entspricht.

A.1.3 Halter qualifizierter Beteiligungen und Stellung des Unternehmens in der Gruppe

Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG ist Teil der DEVK-Gruppe mit dem unter Solvency II führenden Gruppenunternehmen, dem DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G. Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG ist ein hundertprozentiges Tochterunternehmen der DEVK Vermögensvorsorge- und Beteiligungs-AG, die wiederum eine 49-prozentige Tochter des DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung Lebensversicherungsverein a.G. und eine 51-prozentige Tochter der DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE ist.²

Abb. 1: DEVK-Unternehmensstruktur



A.1.4 Wesentliche Geschäftsbereiche und geografische Gebiete

Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG bietet laut ihrer Satzung den unmittelbaren und mittelbaren Betrieb der Lebensversicherung in all ihren Arten und damit verbundenen Zusatzversicherungen an. Die von der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG betriebenen Arten der Lebensversicherung geben jedem Versicherten die Möglichkeit, individuellen, bedarfsgerechten Versicherungsschutz zu vereinbaren.

Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG ist ausschließlich auf dem inländischen Markt tätig.

² Sitz aller Gesellschaften ist die Riehler Straße 190, 50735 Köln.

A.1.5 Wesentliche Geschäftsvorfälle

Im Berichtszeitraum lagen keine wesentlichen Geschäftsvorfälle oder sonstige Ereignisse vor, die sich erheblich auf das Unternehmen ausgewirkt haben.

A.2 Versicherungstechnisches Ergebnis³

Auf einen Blick

Das versicherungstechnische Ergebnis gibt einen Überblick über alle Erträge und Aufwendungen, die aus der Versicherungstätigkeit entstehen. Diese werden erst auf aggregierter Ebene, dann nach Geschäftsbereichen und anschließend nach Regionen dargestellt. Der handelsrechtliche Abschluss dient als Basis für die Betrachtung im Solvency II-Abschluss.

A.2.1 Versicherungstechnische Erträge und Aufwendungen auf aggregierter Ebene

Im Geschäftsjahr 2025 war gemäß dem handelsrechtlichen Abschluss (siehe Geschäftsbericht 2025) insgesamt eine Reduktion des versicherungstechnischen Ergebnisses um 3,0 Mio. € auf 16,2 Mio. € (Vorjahr 19,2 Mio. €) zu verzeichnen.

Der handelsrechtliche Abschluss stellt die Basis für den Abschluss nach Solvency II dar. Die Überleitung und Umbewertung der einzelnen Bilanzpositionen wird in Kapitel D dieses Berichts dargestellt. Auf den folgenden Seiten werden die versicherungstechnischen Erträge und Aufwendungen der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG gemäß Solvency II nach den Geschäftsbereichen, welche eine Verdichtung der verschiedenen Geschäftsbereiche des Versicherungsgeschäfts darstellen, aufgeteilt und nach den Vorgaben des Solvency II-Meldebogens S.05.01 dargestellt.

Tab. 2: Versicherungstechnische Erträge und Aufwendungen

	2025	2024	Differenz
Verdiente Beiträge	453,6	440,4	13,2
Aufwendungen für Versicherungsfälle	399,7	380,2	19,5
Sonstige angefallene Aufwendungen	82,2	76,7	5,5

alle Werte in Mio. €

In den sonstigen angefallenen Aufwendungen sind Abschlussaufwendungen, Verwaltungsaufwendungen, Schadenregulierungskosten sowie Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen enthalten. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle beinhalten daher keine Schadenregulierungskosten.

Die verdienten Beiträge erhöhten sich um 13,2 Mio. € auf 453,6 Mio. € (Vorjahr 440,4 Mio. €). Die Aufwendungen für Versicherungsfälle ohne Schadenregulierungskosten stiegen auf 399,7 Mio. € (Vorjahr 380,2 Mio. €). Die sonstigen angefallenen Aufwendungen erhöhten sich um 5,5 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (76,7 Mio. €) auf 82,2 Mio. €.

³ Ergebnis aus Erträgen und Aufwendungen

A.2.2 Versicherungstechnische Erträge und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen

Die nachfolgende Tabelle stellt die versicherungstechnischen Erträge und Aufwendungen aufgeschlüsselt nach Geschäftsbereichen dar:

Tab. 3: Versicherungstechnische Erträge und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen

		Vers. mit Überschussbeteiligung		Index- und fondsgebundene Lebensvers.		Berufsunfähigkeitsvers.		Sonstige Lebensvers.	
		2025	2024	2025	2024	2025	2024	2025	2024
Verdiente Beiträge		294,4	301,0	96,8	81,8	60,9	57,6	1,5	0,0
	Diff.		-6,6		15,0		3,3		1,5
Aufwendungen für Versicherungsfälle		356,8	341,0	33,7	28,4	8,4	10,8	0,8	0,1
	Diff.		15,8		5,3		-2,4		0,7
Sonstige angefallene Aufwendungen		43,4	43,1	23,4	19,9	14,1	12,7	1,3	1,0
	Diff.		0,3		3,5		1,4		0,3

alle Werte in Mio. €

In den sonstigen angefallenen Aufwendungen sind Abschlussaufwendungen, Verwaltungsaufwendungen, Schadenregulierungskosten sowie Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen enthalten. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle beinhalten daher keine Schadenregulierungskosten.

Versicherung mit Überschussbeteiligung

Die verdienten Beitragseinnahmen im Hauptgeschäftsbereich der Versicherungen mit Überschussbeteiligung sanken im Geschäftsjahr auf 294,4 Mio. € (Vorjahr 301,0 Mio. €). Die Aufwendungen für Versicherungsfälle erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr (341,0 Mio. €) auf 356,8 Mio. €. Die sonstigen angefallenen Aufwendungen stiegen auf 43,4 Mio. €.

Index- und fondsgebundene Lebensversicherung

Im Geschäftsbereich der index- und fondsgebundenen Lebensversicherungen erhöhten sich die verdienten Beiträge auf 96,8 Mio. € (Vorjahr 81,8 Mio. €). Dem folgte eine Erhöhung der Aufwendungen für Versicherungsfälle auf 33,7 Mio. € (Vorjahr 28,4 Mio. €). Die sonstigen angefallenen Aufwendungen erhöhten sich auf 23,4 Mio. €.

Berufsunfähigkeitsversicherung

Im Geschäftsbereich Berufsunfähigkeitsversicherungen stiegen die verdienten Beiträge auf 60,9 Mio. € (Vorjahr 57,6 Mio. €). Die Aufwendungen für Versicherungsfälle verringerten sich auf 8,4 Mio. € (Vorjahr 10,8 Mio. €). Die sonstigen angefallenen Aufwendungen erhöhten sich auf 14,1 Mio. €.

Sonstige Lebensversicherung

Im Geschäftsbereich sonstige Lebensversicherung beliefen sich die verdienten Beiträge auf 1,5 Mio. €. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle erhöhten sich auf 0,8 Mio. € (Vorjahr 0,1 Mio. €). Die sonstigen angefallenen Aufwendungen stiegen auf 1,3 Mio. €.

A.2.3 Versicherungstechnische Erträge und Aufwendungen nach geografischen Gebieten

Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG betreibt lediglich inländisches Versicherungsgeschäft.

A.3 Anlageergebnis

Auf einen Blick

Das Anlageergebnis stellt die Erträge und Aufwendungen, die durch die Anlagetätigkeit entstehen, gegenüber. Die Nettokapitalerträge bilden den Saldo aus den Kapitalanlageerträgen und -aufwendungen. Die Anlageklassen werden in Zinsblock, Immobilien, Aktien und Alternative Investments aufgeteilt. Der Großteil der Kapitalanlagen ist in Zinstitel investiert.

A.3.1 Detailinformationen zum Kapitalanlageergebnis

Die gesamten Bruttoerträge aus Kapitalanlagen (ohne Kundenerträge) erhöhten sich im Berichtsjahr auf 168,0 Mio. € (Vorjahr 166,7 Mio. €). Gestiegene Abgangsgewinne (29,7 Mio. € nach 18,8 Mio. €) in erster Linie aus Aktienverkäufen flossen positiv ins Ergebnis ein. Dem gegenüber standen unter anderem geringere Zuschreibungen (3,0 Mio. € nach 9,5 Mio. €). Die gesamten Aufwendungen stiegen von 29,4 Mio. € auf 40,2 Mio. €. Diese Entwicklung ist vor allem auf höhere Abschreibungen, insbesondere auf einen Spezialfonds, (32,0 Mio. € nach 20,4 Mio. € im Vorjahr) zurückzuführen.

Die Nettoerträge der Kapitalanlagen lagen ohne Fondserträge der FLV/FRV mit 127,8 Mio. € (Vorjahr 137,3 Mio. €) ebenso wie die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen (2,2 % nach 2,3 %) unterhalb des Vorjahresniveaus.

Die durchschnittliche Nettoverzinsung der letzten drei Jahre erreichte nach der vom GDV empfohlenen Berechnungsmethode 2,3 % (Vorjahr 2,3 %).

Die nachfolgende Tabelle enthält einen Vergleich der detaillierten Kapitalanlageerträge und -aufwendungen mit den Vorjahreswerten.

Tab. 4: Kapitalanlageerträge und -aufwendungen 2025 mit Vorjahresvergleich

	2025	2024	Differenz
Erträge:	168,0	166,7	1,3
Ordentliche Erträge	135,3	138,4	-3,1
Außerordentliche Erträge	29,7	18,8	10,9
Zuschreibungen	3,0	9,5	-6,5
Aufwand:	40,2	29,4	10,8
Verwaltungskosten	4,4	4,6	-0,2
Abschreibungen:	32,0	20,4	11,6
Aktien/Fonds/Beteiligungen	30,1	18,3	11,8
Immobilien	1,8	1,8	0,0
Zinsblock	0,1	0,2	-0,1
Außerordentliche Verluste	3,8	4,4	-0,6
Nettoertrag	127,8	137,3	-9,5
Nettoverzinsung	2,2%	2,3%	-0,1%-Pkt.

alle absoluten Werte in Mio. €

Die Nettoverzinsung (nach Vorgabe des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. basierend auf HGB-Werten) vor Kapitalanlageverwaltungskosten aber nach Berück-

sichtigung der Instandhaltungskosten lag 2025 in der Assetklasse Aktien mit 3,8 % am höchsten, vor Immobilien mit 2,6 %.

Für die detaillierten Werte der letzten beiden Jahre wird auf die folgende Tabelle verwiesen.

Tab. 5: Kapitalanlageergebnis nach Klassen der Vermögenswerte

		Erträge (inkl. sonst. Aufwand)	Aufwendungen	Nettoverzinsung in %	lfd. Durchschnittsverzinsung in %**
2025	Zinsblock	110,5	10,6	2,2	2,2
	Immobilien*	33,7	10,1	2,6	2,8
	Aktien**	24,2	10,5	3,8	2,1
	Alternative Investments	1,2	4,6	-2,1	0,7
2024	Zinsblock	104,8	6,1	2,2	2,2
	Immobilien*	27,8	11,0	1,6	2,6
	Aktien**	31,2	6,3	6,2	2,6
	Alternative Investments	2,7	1,5	0,9	1,3

alle absoluten Werte in Mio. €

Werte vor Kapitalanlageverwaltungskosten

* nach Berücksichtigung der Instandhaltungskosten

** inklusive Beteiligungen und Private Equity

Die höchste laufende Verzinsung wiesen Immobilien und Zinstitel auf. Der deutliche Rückgang der Nettoverzinsung im Bereich Alternativer Investments lag in Abschreibungen begründet. Aktien, Alternative Investments und Immobilien bieten langfristig die Möglichkeit, stille Reserven aufzubauen. Aktuell entspricht die Mietrendite von Immobilien in etwa der Marktrendite von bonitätsstarken Anleihen.

A.3.2 Direkt im Eigenkapital erfasste Gewinne und Verluste

Unter direkt im Eigenkapital erfasste Gewinne und Verluste werden Erträge und Aufwendungen verstanden, die nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst werden. Gemäß den Bilanzierungsvorschriften nach HGB werden keine Gewinne und Verluste direkt im Eigenkapital berücksichtigt, das heißt die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG weist keine direkt im Eigenkapital erfassten Gewinne und Verluste aus.

A.3.3 Informationen zu Anlagen in Verbriefungen

Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG verfügt im Direktbestand nicht über Anlagen in Verbriefungen.

A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten

Aufgrund des 2002 geschlossenen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags mit der DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE wurde eine körperschaft- und gewerbesteuerliche Organschaft hergestellt. Der Organträger DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE hat auf eine das Einkommen der Organgesellschaft mindernde steuerliche Konzernumlage verzichtet, da das Ergebnis in voller Höhe im Rahmen des Gewinnabführungsvertrags an die DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE abgeführt wird. Steuern vom Einkommen und Ertrag resultierten in Höhe von -0,2 Mio. € (Vorjahr 0,1 Mio. €) im Wesentlichen aus Erträgen im Zusammenhang mit Steuern aus Fonds.

Das sonstige Ergebnis betrug -1,7 Mio. € (Vorjahr -3,8 Mio. €). Die sonstigen Erträge resultierten größtenteils aus Zinserträgen im Rahmen von Unternehmensverrechnungen in Höhe von 1,9 Mio. € (Vorjahr 1,8 Mio. €), aus sonstigen Zinserträgen in Höhe von 1,7 Mio. € (Vorjahr 0,2 Mio. €), aus der Auflösung nichtversicherungstechnischer Rückstellungen in Höhe von 0,2 Mio. € (Vorjahr 0,3 Mio. €) und aus der Vermittlung von Fondsanteilen in Höhe von 0,1 Mio. € (Vorjahr 0,2 Mio. €).

Die sonstigen Aufwendungen resultierten im Wesentlichen aus dem sonstigen Aufwand aus der Kostenverteilung in Höhe von 5,1 Mio. € (Vorjahr 4,9 Mio. €), aus Aufwendungen aus Kontokorrentzinsen für DEVK-Unternehmen in Höhe von 0,3 Mio. € (Vorjahr 0,9 Mio. €) und aus Zinsaufwendungen aus Steuern in Höhe von 0,4 Mio. € (Vorjahr 0,2 Mio. €).

A.5 Sonstige Angaben

Darüber hinaus liegen keine wesentlichen sonstigen Angaben über die Geschäftstätigkeit und das Geschäftsergebnis vor.

Governance-System

B

B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System

Auf einen Blick

Das Governance-System der DEVK besteht, entsprechend dem Modell der Three Lines of Defence, aus drei voneinander unabhängigen Verteidigungslinien.

Die 1st Line of Defence ist die operative Ebene der Fachbereiche, die die Geschäfts- und Risikostrategie umsetzt und im Rahmen ihrer Tätigkeiten Risiken managt.

Die 2nd Line of Defence wird durch die Schlüsselfunktionen Risikomanagementfunktion, Versicherungsmathematische Funktion und Compliance-Management-Funktion abgebildet. Diese überwachen die Risikosituation.

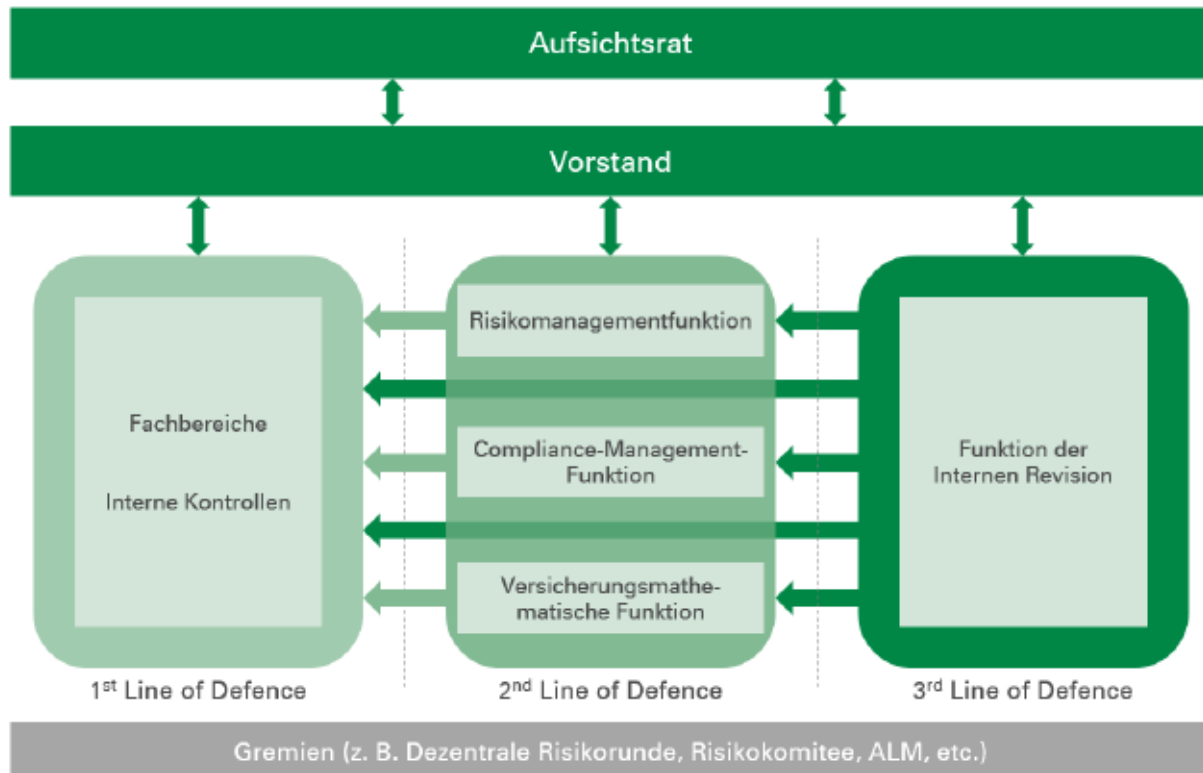
Die 3rd Line of Defence wird durch die Schlüsselfunktion Interne Revision abgebildet. Diese stellt mittels Revisionsprüfungen die letzte Verteidigungslinie dar.

Die Fachbereiche und alle Schlüsselfunktionen berichten unmittelbar an den Vorstand.

B.1.1 Struktur und Aufgaben im Governance-System

Die nachfolgende Darstellung zeigt das Governance-System der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG (inklusive der Schlüsselfunktionen und wesentlichen Gremien), eingebettet in das Modell der Three Lines of Defence:

Abb. 2: Governance-System als Modell der Three Lines of Defence



Der Vorstand trägt die nicht delegierbare Letztverantwortung für die Etablierung und Aufrechterhaltung eines ordnungsgemäßen Governance-Systems. Die Hauptaufgabe des Aufsichtsrats besteht in der Überwachung der Geschäftsführung. Vorstand und Aufsichtsrat stehen daher an der Spitze des Governance-Systems. Zudem werden Cluster und Produktteams gebildet.

Die 1st Line of Defence ist die operative Ebene der Fachbereiche (Hauptabteilungen, Abteilungen und Gruppen), die die Geschäfts- und Risikostrategie umsetzt und im Rahmen ihrer Tätigkeiten Risiken managt.

Die 2nd Line of Defence wird durch die Schlüsselfunktionen Risikomanagementfunktion, Versicherungsmathematische Funktion und Compliance-Management-Funktion abgebildet.

Die 3rd Line of Defence wird durch die Schlüsselfunktion Interne Revision abgebildet.

Alle Schlüsselfunktionen erfüllen ihre Aufgaben unabhängig voneinander. Sie berichten unmittelbar an den Vorstand und teils auch an den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats. Umgekehrt fordert der Vorstand eigeninitiativ Informationen bei den Schlüsselfunktionen ein. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Schlüsselfunktionen bildet der Vorstand die Eskalationsinstanz.

Als zusätzliche Gremien wurden eine Dezentrale Risikorunde, ein Risikokomitee und ein Arbeitskreis Asset Liability Management etabliert, die sowohl auf Solo- als auch auf Gruppenebene die zielgerichtete Umsetzung von Themen unterstützen.

Im Zuge der Jahresabschlussprüfung erfolgt durch einen externen Prüfer eine weitere prozessunabhängige Überprüfung, die sich unter anderem auf das Interne Kontrollsystem und die Funktionsfähigkeit des Risikofrüherkennungssystems erstreckt.

Alle Handlungen des allgemeinen Geschäftsbetriebs werden nach dem Vorsichtsprinzip mit Fokus auf die dauerhafte Erfüllbarkeit der gegenüber den Versicherungsnehmern eingegangenen Verpflichtungen durchgeführt.

Vorstand

Alle Vorstandsmitglieder sind gemäß § 23 Abs. 2 VAG (unabhängig von der internen Zuständigkeitsregelung) für die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation des Unternehmens verantwortlich. Sie sind über die Risiken, denen das Unternehmen ausgesetzt ist, informiert, können deren wesentlichen Auswirkungen auf das Unternehmen beurteilen und die erforderlichen Maßnahmen zur Begrenzung treffen.

Der Vorstand formuliert die Geschäfts- und Risikostrategie des Unternehmens, auf deren Grundlage die operative Ausrichtung der Gesellschaft über den Geschäftsplanungszeitraum und der Umgang mit den wesentlichen Risiken erfolgen.

Die Vorstandsmitglieder sind verantwortlich für die organisatorische Gliederung ihrer Geschäftsbereiche, einschließlich der jeweiligen Aufgabenzuweisung. Insbesondere sind sie auch für die ordnungsgemäße Einrichtung und Aufgabenzuweisung der Schlüsselfunktionen verantwortlich.

Zum Stichtag 31. Dezember 2025 setzte sich der Vorstand und dessen Ressortverteilung wie folgt zusammen:

Tab. 6: Ressortverteilung

Gottfried Rübmann (Vorsitzender):

- Richtlinienkompetenz
- Strategie
- Außenvertretung
- Betreuung der Vorstandsmitglieder in der ersten Amtsperiode
- Kommunikation intern
- Rechtsangelegenheiten
- Interne Revision
- Compliance
- Unternehmensplanung
- Betriebswirtschaft/Controlling
- Risikomanagement
- Organisation von Sitzungen der Organe und Gremien
- Geldwäscheangelegenheiten
- Rückversicherung

Dr. Michael Zons:

- Betrieb und Leistung Leben
- Betriebliche Altersversorgung
- Produktentwicklung und actuarielle Grundsatzfragen
- Versicherungsmathematische Funktion

Annette Hetzenegger:

- Rechnungswesen
- Konzern In-/Exkasso
- Steuern
- Kapitalanlagen
- Financial Risk Controlling
- Beteiligungen
- Datenschutz
- Informationssicherheit

Michael Knaup:

- Projektportfolio-Management/Betriebsorganisation

Dietmar Scheel:

- Kommunikation extern
- Pressesprecher
- Vertrieb
- Marketing, Vertriebssysteme, Direktvertrieb
- Großkundenbetreuung und Spezialthemen

Manuela Moog:

- Zentraler Service
- Informationsverarbeitung und Telekommunikation
- Qualitätsmanagement

Darüber hinaus wird die Aufbauorganisation der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG durch entsprechende Organigramme auf Hauptabteilungs-, Abteilungs- und Gruppenebene dokumentiert. Zudem werden Cluster und Produktteams gebildet.

Schnittstellen innerhalb der Governance-Struktur

Der Vorstand steht in Interaktion mit den von ihm eingesetzten Gremien, Führungskräften und Schlüsselfunktionen. Die Inhaber der Schlüsselfunktionen sind ebenso wie die Hauptabteilungsleiter, Leiter der Stabsabteilungen und Leiter der Regionaldirektionen dem Vorstand direkt unterstellt. Weiterhin bestehen Schnittstellen zum Aufsichtsrat, die im Abschnitt Aufsichtsrat beschrieben werden.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG hat satzungsgemäß sechs Mitglieder.

Die Überwachung der Geschäftsführung bezieht sich vornehmlich auf die Unternehmens- und Risikostrategie, Unternehmensorganisation sowie sonstige besonders bedeutsame Sachverhalte unter den Aspekten der Rechtmäßigkeit, der Ordnungsmäßigkeit sowie der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit. Dabei berücksichtigt der Aufsichtsrat das unternehmerische Ermessen des Vorstands bei der Leitung des Unternehmens.

Eine weitere wichtige Aufgabe des Aufsichtsrats besteht darin, die Finanzberichterstattung der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG zu prüfen und der Hauptversammlung darüber zu berichten. Laut den Satzungen und Geschäftsordnungen der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG benötigt der Vorstand für bestimmte Entscheidungen (zum Beispiel Erwerb von Kapitalanlagen in bestimmten Volumina) die Zustimmung des Aufsichtsrats.

Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat in Bezug auf den Vorstand die Personalkompetenz (Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern sowie die Festsetzung der Vergütung) und vertritt die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG gegenüber den Vorstandsmitgliedern.

Zum Stichtag 31. Dezember 2025 setzte sich der Aufsichtsrat wie folgt zusammen:

Tab. 7: Übersicht der Aufsichtsräte

Funktion	Name
Aufsichtsratsvorsitzender	Dr. Kristian Loroch
stv. Aufsichtsratsvorsitzender	Berthold Huber
Aufsichtsratsmitglied	Martin Braun
Aufsichtsratsmitglied	Doris Fohrn
Aufsichtsratsmitglied	Stefan Schindler
Aufsichtsratsmitglied	Claus Weselsky

Der vom Aufsichtsrat im Jahr 2021 eingerichtete Prüfungsausschuss ist aktuell durch die drei Aufsichtsratsmitglieder Frau Doris Fohrn, Herr Dr. Kristian Loroch und Herr Stefan Schindler besetzt. Der Prüfungsausschuss bereitet Beratungen und Beschlüsse des Aufsichtsrats vor, indem er den Jahresabschluss sowie den Lagebericht vorprüft, dem Aufsichtsrat hierüber berichtet und den Bericht hierzu an die Hauptversammlung vorbereitet. Darüber hinaus bereitet der Prüfungsausschuss die Bestellung des Abschlussprüfers durch die Hauptversammlung vor, überwacht den Rechnungslegungsprozess und befasst sich mit der Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems, des Risikomanagementsystems, des Internen Revisionssystems sowie der Unabhängigkeit und Qualität der Abschlussprüfung. 2025 fanden drei Sitzungen des Prüfungsausschusses statt.

Schnittstellen innerhalb der Governance-Struktur

Seitens des Aufsichtsrats besteht direkter Kontakt zum Vorstand. Für die ordnungsgemäße Ausübung seiner Kontrollfunktion benötigt der Aufsichtsrat eine ausreichende Informationsgrundlage. Es finden mindestens vierteljährlich Aufsichtsratssitzungen statt, in denen der Vorstand dem Aufsichtsrat Bericht erstattet. Zusätzlich richtet der Vorstand einmal jährlich einen Strategieworkshop aus, zu dem der gesamte Aufsichtsrat und thematisch betroffene Führungskräfte eingeladen werden. Der Aufsichtsrat kann darüber hinaus jederzeit weitere Auskünfte und Berichte anfordern und in den Aufsichtsratssitzungen Fragen stellen. Bei Bedarf tagt der Aufsichtsrat ohne den Vorstand.

Schlüsselfunktionen

Im Rahmen des Governance-Systems hat die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG die vier Schlüsselfunktionen (Risikomanagementfunktion, Interne Revisionsfunktion, Compliance-Management-Funktion und Versicherungsmathematische Funktion) eingerichtet und die Stelleninhaber der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht namentlich angezeigt.

Zum Stichtag 31. Dezember 2025 waren folgende Schlüsselfunktionen benannt:

Tab. 8: Übersicht der Schlüsselfunktionen

Funktion	Name
Risikomanagementfunktion	Thomas Weisgerber <i>(Leiter Abteilung Quantitatives Risikomanagement)</i>
Interne Revisionsfunktion	Rainer Dornseifer <i>(Leiter Hauptabteilung Interne Revision)</i>
Compliance-Management-Funktion	Dr. Nabila Abaza-Uhrberg <i>(Leiterin Abteilung Recht)</i>
Versicherungsmathematische Funktion	Jürgen Weiler <i>(Verantwortlicher Aktuar Leben)</i>

Risikomanagementfunktion

Die Risikomanagementfunktion ist für die Entwicklung und Pflege des DEVK-weiten Risikomanagementsystems zuständig. Sie nimmt die Koordinationsfunktion wahr und unterstützt die dezentralen Risikomanager in den Fachbereichen (1st Line of Defence). Die Risikomanagementfunktion wird durch den Leiter der Abteilung Quantitatives Risikomanagement wahrgenommen. Die Risikomanagementfunktion innerhalb des Governance-Systems ist detailliert in Kapitel B.3.1 beschrieben.

Interne Revisionsfunktion

Die Interne Revisionsfunktion erbringt unabhängige und objektive Prüfungs- und Beratungsdienstleistungen. Sie bewertet die Effektivität des Risikomanagements, die Kontrollen und die Führungs- und Überwachungsprozesse, vereinbart Maßnahmen zur Verbesserung und kontrolliert deren Umsetzung.

Im Regelfall übt die Hauptabteilung Interne Revision der DEVK-Gesellschaften im Auftrag der jeweiligen Geschäftsleitung die Revisionsfunktion in den Einzelunternehmen der Gruppe aus. Die Interne Revisionsfunktion wird durch den Leiter der Hauptabteilung Interne Revision wahr-

genommen. Die Interne Revisionsfunktion innerhalb des Governance-Systems ist detailliert in Kapitel B.5 beschrieben.

Compliance-Management-Funktion

Der Begriff „Compliance“ bezeichnet die Einhaltung externer Anforderungen und interner Vorgaben. Zu den Folgen aus dem Eintritt von Compliance-Risiken gehören vor allem rechtliche oder aufsichtsrechtliche Sanktionen und wesentliche finanzielle Verluste, die aus der Nichteinhaltung von Vorgaben resultieren. Die Schlüsselfunktion Compliance wurde für alle DEVK-Gesellschaften eingerichtet. Die Compliance-Management-Funktion wird durch die Leiterin der Rechtsabteilung wahrgenommen. Die Compliance-Management-Funktion innerhalb des Governance-Systems ist detailliert in Kapitel B.4.2 beschrieben.

Versicherungsmathematische Funktion

Die Versicherungsmathematische Funktion verantwortet die Sicherstellung der Angemessenheit und Qualität der versicherungstechnischen Rückstellungen in der Solvenzbilanz des Unternehmens und nimmt Stellung zu den Zeichnungsrichtlinien und der Angemessenheit der Rückversicherung. Die Versicherungsmathematische Funktion übernimmt in diesem Zusammenhang Koordinations-, Überwachungs- sowie Unterstützungsaufgaben und erfüllt Berichtspflichten an den Vorstand. Darüber hinaus unterstützt die Versicherungsmathematische Funktion die Risikomanagementfunktion.

Die Versicherungsmathematische Funktion wird durch den Verantwortlichen Aktuar der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG wahrgenommen. Die Versicherungsmathematische Funktion innerhalb des Governance-Systems ist detailliert in Kapitel B.6 beschrieben.

Outsourcing von Schlüsselfunktionen

Bei der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG sind alle Schlüsselfunktionen gruppenintern besetzt und nicht an konzernfremde Unternehmen ausgegliedert worden.

B.1.2 Wesentliche Änderungen des Governance-Systems im Berichtszeitraum

Im Berichtszeitraum gab es personelle Änderungen im Vorstand der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG. Herr Bernd Zens ist zum 31. März 2025 aus dem Vorstand ausgeschieden. Frau Manuela Moog wurde am 1. November 2025 als neues Vorstandsmitglied berufen.

Das Aufsichtsratsmitglied Frau Heike Moll ist zum 8. Mai 2025 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Für sie ist Herr Martin Braun mit Wirkung zum 8. Mai 2025 berufen worden.

B.1.3 Vergütungspolitik

Grundsätze der Vergütungspolitik

Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG hat keine eigenen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, sondern bezieht diese per Gemeinschaftsvertrag vom DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G.

Als Grundlage der Vergütung gilt der Tarifvertrag für die private Versicherungswirtschaft in der jeweils aktuellen Fassung. Dieser findet Anwendung für alle nichtleitenden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Bei Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen mit außertariflichen Verträgen gilt der Tarifvertrag als Basis für die vereinbarte Entlohnung.

Die Vorstandsmitglieder der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG erhalten unter Wahrung von Art. 275 Abs. 2 DVO (EU) 2015/35 eine fixe sowie zusätzlich eine variable erfolgsabhängige Vergütung. Die variable Vergütung richtet sich nach festgelegten Unternehmenszielen. Die Unternehmensziele werden jährlich durch den Aufsichtsrat beschlossen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine fixe Vergütung. Die Vergütung wird in zwölf gleichen Teilen ausgezahlt und passt sich dynamisch dem Gehaltstarifvertrag für das private Versicherungsgewerbe an.

Leitende Angestellte erhalten unter Wahrung von Art. 275 Abs. 2 DVO (EU) 2015/35 eine fixe sowie eine variable erfolgsabhängige Vergütung.

Die Vergütungspolitik der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG ist langfristig an der Unternehmens- und Risikostrategie ausgerichtet. Ziel ist es, die Vergütungspolitik so auszugestalten, dass persönliche Anreize geschaffen werden, die langfristigen Unternehmensziele zu erreichen. Fehlanreize für die Unternehmenssteuerung werden hierdurch vermieden.

Individuelle und kollektive Erfolgskriterien

Es werden ausschließlich kollektive Unternehmensziele festgelegt. Die Festlegung der Ziele und der Kriterien für die Zielerreichung erfolgt durch den Aufsichtsrat bzw. Vorstand, wobei sich die Zielfestlegung grundsätzlich für alle Mitarbeitergruppen mit variablem Vergütungsanteil einheitlich darstellt. Die vereinbarten Zielwerte beziehen sich auf einen Wert bei 100 % Zielerfüllung. Zu den Unternehmenszielen zählen Ziele, die sich auf das Wachstum, die Kostenquote sowie wichtige Unternehmenskennzahlen des Unternehmens beziehen. Darüber hinaus wird das Ziel verfolgt, die Kunden- und Mitarbeitendenzufriedenheit zu fokussieren.

Altersversorgung

Die betriebliche Altersversorgung für Vorstandsmitglieder erfolgt als Direktzusage. Das Vorstandsmitglied erwirbt dabei in jedem Jahr der Vorstandstätigkeit einen Anspruch auf Altersrente. Faktoren hierfür sind die Betriebszugehörigkeit, das rentenfähige Einkommen sowie das Alter bei Unternehmens Eintritt.

Mitglieder im Aufsichtsrat erhalten keine betriebliche Altersversorgung.

B.1.4 Wesentliche Transaktionen mit beteiligten Personen

Außer vertraglichen Lohnzahlungen gab es keine wesentlichen Transaktionen zwischen dem Unternehmen und Personen, die maßgeblichen Einfluss auf das Unternehmen ausüben, den Mitgliedern des Vorstands bzw. des Aufsichtsrats.

B.1.5 Bewertung der Angemessenheit des Governance-Systems

Zum Governance-System der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG wurden 19 Gruppen-Leitlinien erstellt. Zu den Leitlinien erfolgt gemäß § 23 Abs. 3 Satz 3 VAG eine jährliche Überprüfung, bei der die verwendeten Methoden und Verfahren hinterfragt und auf ihre Angemessenheit zur Sicherstellung des Governance-Systems untersucht werden.

Die Umsetzung der Gruppen-Leitlinien ist wesentlicher Bestandteil der jährlichen Überprüfung des Governance-Systems. Bei der regelmäßigen Überprüfung des Governance-Systems orientiert sich die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG am Rundschreiben 09/2025 (VA) – Aufsichtsrechtliche Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Versicherungsunternehmen unter Solvabilität II der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Entsprechend dem Risikoprofil wurde ein jährlicher Turnus zur Bewertung der Geschäftsorganisation festgelegt, um eine kurzfristige Umsetzung der erforderlichen Änderungen sicherzustellen. Darüber hinaus kann eine unterjährige Überprüfung des Governance-Systems erfolgen, wenn z. B. ein Risikoeintritt oberhalb der Wesentlichkeitsgrenze oder aber eine wesentliche Veränderung in der Unternehmensstruktur bzw. des Geschäftsmodells vorliegt.

Die Risikomanagementfunktion der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG führt einen jährlichen Abfrageprozess zur Angemessenheit des Governance-Systems durch, in dem sämtliche für das Governance-System relevanten Prozesse hinterfragt und durch die jeweils verantwortlichen Fachbereiche auf ihre Angemessenheit bewertet werden. Die Ergebnisse werden im Nachgang mit dem Vorstand diskutiert. Dieser beschließt ggf. Maßnahmen zur Verbesserung des Governance-Systems. Die Umsetzung dieser Maßnahmen wird durch einen Follow-up-Prozess sichergestellt und mit der nächsten Abfrage geprüft. Der Abfrageprozess soll grundsätzlich im ersten Quartal des Berichtsjahres abgeschlossen sein.⁴

Im jährlichen Abfrageprozess werden die folgenden Themenschwerpunkte abgefragt:

- Strategie,
- Rating,
- Leitlinienmanagement,
- Fit & Proper,
- Wirksamkeit der Risikomanagementfunktion,
- Wirksamkeit der Internen Revisionsfunktion,
- Wirksamkeit der Compliance-Management-Funktion,
- Wirksamkeit der Versicherungsmathematischen Funktion,
- Notfallpläne,
- Internes Kontrollsystem,
- Datenqualitätsbericht,
- Dienstleistungsmanagement,

⁴ Der hier aufgeführte Prozess ist von der Aufgabe der Internen Revision abzugrenzen, die Wirksamkeit des Governance-Systems zu prüfen (siehe Kapitel B.5).

- Testat Solvenzübersichten (Solvenzbilanzen) durch Wirtschaftsprüfer,
- Asset Liability Management,
- Mittelfristiger Kapitalmanagementplan und
- Kapitalanlagen.

Das Governance-System der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG wird hinsichtlich der Art, des Umfangs und der Komplexität der Geschäftstätigkeit als angemessen erachtet.

B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit

Auf einen Blick

Teil des Governance-Systems ist es, bezogen auf Vorstand, Aufsichtsrat und die verantwortlichen Personen für die Schlüsselfunktionen, die fachliche Eignung (Fit) und persönliche Zuverlässigkeit (Proper) sicherzustellen. Hierzu gibt es vordefinierte Anforderungen, Prozesse und Verfahren. Die fachliche Eignung und persönliche Zuverlässigkeit werden sowohl initial als auch laufend sichergestellt.

B.2.1 Anforderungen – Fit & Proper

Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG hat den Aufsichtsrat, den Vorstand und die verantwortlichen Personen für die vier Schlüsselfunktionen (Risikomanagementfunktion, Interne Revision, Compliance-Management-Funktion und Versicherungsmathematische Funktion) als Personenkreis definiert, für den die nachfolgend beschriebenen Fit & Proper-Anforderungen gelten.

Die Anforderungen an die fachliche Eignung (Fit) und persönliche Zuverlässigkeit (Proper) sowie die bei der Fit & Proper-Prüfung angewendeten Prozesse und Verfahren sind im Detail in einer vom Vorstand beschlossenen internen Leitlinie Fit und Proper niedergelegt. Die Aktualität der Leitlinie wird jährlich überprüft. Die Verantwortlichkeit liegt bei der Rechtsabteilung. Eventuelle wesentliche Änderungen werden vom Vorstand beschlossen.

Fit-Anforderungen

Vorstand

Neben theoretischen und praktischen Kenntnissen im Versicherungsgeschäft müssen sämtliche Vorstandsmitglieder jederzeit über angemessene Fähigkeiten in den Bereichen

- Versicherungs- und Finanzmarkt,
- Geschäftsstrategie und -modell,
- Governance-System,
- finanz- und versicherungsmathematische Analysen und
- aufsichtsrechtliche Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit

verfügen, sodass eine solide, umsichtige Leitung und wirkungsvolle gegenseitige Kontrolle der Vorstandsmitglieder gewährleistet sind. Angesichts des IT-Fortschritts und den damit verbundenen Chancen und Risiken (z. B. KI, Cyber-Risiken) sind zusätzlich angemessene Kenntnisse im IT-Bereich erforderlich.

Die jeweiligen ressortzuständigen Vorstandsmitglieder müssen über vertiefte und aktuelle Kenntnisse in ihren jeweiligen Bereichen verfügen. Diese können durch relevante Hochschulabschlüsse oder sonstige für das Fachgebiet relevante Berufsqualifikationen, mehrjährige Berufserfahrung und laufende Weiterbildung nachgewiesen werden. Dem Gremium muss mindestens ein Vorstandsmitglied angehören, das über vertiefte und aktuelle Kenntnisse speziell im Bereich der Lebensversicherung verfügt.

Alle Vorstandsmitglieder müssen zudem über ausreichende Leitungserfahrung verfügen. Eine ausreichende Leitungserfahrung ist regelmäßig anzunehmen, wenn das Vorstandsmitglied vor seiner Bestellung seit mindestens drei Jahren auf Vorstandsebene oder als Führungskraft direkt unterhalb der Vorstandsebene in einem Versicherungsunternehmen mindestens vergleichbarer Größe und Geschäftsart beschäftigt gewesen ist. Dabei sollte stets eine angemessene Anzahl der Vorstandsmitglieder Leitungserfahrung von mindestens zwei Jahren speziell bei einem DEVK-Unternehmen vorweisen können.

Aufsichtsrat

Sämtliche Mitglieder des Aufsichtsrats müssen in allen Geschäftsbereichen jederzeit über diejenigen Kenntnisse verfügen, die für eine professionelle Kontrolle und Beratung des Vorstands erforderlich sind. Sie sollten mit den für das Unternehmen wesentlichen gesetzlichen Regelungen vertraut sein und Grundkenntnisse im Risikomanagement eines Versicherungsunternehmens haben.

Das Gremium muss insgesamt so besetzt sein, dass eine angemessene Vielfalt der Qualifikationen, Kenntnisse und einschlägigen Erfahrungen gewährleistet ist. Damit wird sichergestellt, dass das Unternehmen vom Aufsichtsrat angemessen überwacht und seine Entwicklung aktiv begleitet wird. Insbesondere müssen die Themenfelder Kapitalanlage, Versicherungstechnik und Rechnungslegung ausreichend abgedeckt sein.

Abgesehen davon muss jederzeit gewährleistet sein, dass die Anforderungen aus § 100 Abs. 5 AktG erfüllt werden. Daher muss mindestens ein Mitglied des Aufsichtsrats über Sachverstand auf dem Gebiet Rechnungslegung und mindestens ein weiteres Mitglied des Aufsichtsrats über Sachverstand auf dem Gebiet Abschlussprüfung verfügen. Die Mitglieder müssen in ihrer Gesamtheit mit dem Sektor, in dem das Unternehmen tätig ist, vertraut sein. Gemäß § 107 Abs. 4 Satz 3 AktG muss auch der Prüfungsausschuss die Anforderungen des § 100 Abs. 5 AktG erfüllen.

Die Sicherstellung der fachlichen Eignung der Aufsichtsratsmitglieder erfordert stetige Weiterbildung, sodass der Aufsichtsrat auch sich wandelnden oder steigenden Anforderungen gewachsen ist.

Verantwortliche Personen für Schlüsselfunktionen:

Grundsätzliche Anforderungen

Alle als verantwortlich benannten natürlichen Personen sollten:

- bezogen auf den betreuten Geschäftsbereich über diejenigen Grundkenntnisse in den Bereichen Versicherungs- und Finanzmarkt, Geschäftsstrategie und -modell, Governance-System, finanz- und versicherungsmathematische Analyse, regulatorischer Rah-

men und regulatorische Anforderungen bezüglich des betreuten Geschäftsbereichs verfügen, die für eine ordnungsgemäße Ausübung ihrer Funktion erforderlich ist,

- über betriebswirtschaftliche Grundkenntnisse im Versicherungsmarkt verfügen,
- über Kenntnis der Geschäftsstrategie und des Geschäftsmodells der DEVK verfügen,
- nach Möglichkeit mindestens zwei Jahre als Führungskraft gearbeitet oder vergleichbare Leitungserfahrung durch die Steuerung von Projekten erworben haben,
- über analytische Fähigkeiten und Problemlösungskompetenzen verfügen und
- Sozial- und Managementkompetenzen und eine ausgeprägte, hierarchieübergreifende Kommunikationsfähigkeit vorweisen können.

Spezifische Anforderungen für die Risikomanagementfunktion

Die für die Risikomanagementfunktion verantwortliche Person sollte:

- angemessene Kenntnisse und Erfahrungen im Risikomanagement und Solvency II unter Berücksichtigung des allgemeinen Geschäfts-, Wirtschafts- und Marktumfelds, in dem die DEVK tätig ist, insbesondere um die aufsichtsrechtlichen Anforderungen zu erfüllen, vorweisen,
- Kenntnisse über die regulatorischen Anforderungen im Risikomanagement/Solvency II haben,
- theoretische Erfahrung der Versicherungsmathematik sowie fundierte Kenntnisse im Risikomanagement haben und
- mehrjährige praktische Erfahrung im Risikomanagement einer Versicherung vorweisen können.

Spezifische Anforderungen für die Interne Revisionsfunktion

Die für die Interne Revisionsfunktion verantwortliche Person sollte:

- Kenntnisse der rechtlichen Rahmenbedingungen und der regulatorischen Anforderungen, insbesondere Solvency II, haben,
- Kenntnisse der einschlägigen berufsständischen Vorgaben des Deutschen Instituts für Interne Revision e.V. und Institute of Internal Auditors vorweisen⁵ und
- praktische Erfahrungen aus dem Bereich Interne Revision haben.

Spezifische Anforderungen für die Compliance-Management-Funktion

Die für die Compliance-Management-Funktion verantwortliche Person sollte:

- über angemessene Berufsqualifikationen, Kenntnisse und Erfahrungen verfügen, die ausreichend sind, um unter Berücksichtigung des allgemeinen Geschäfts-, Wirtschafts- und Marktumfelds, in dem die DEVK tätig ist, die aufsichtsrechtlichen Anforderungen zu erfüllen, und
- mehrjährige praktische Erfahrung in rechtlichen Fragestellungen innerhalb der Versicherungswirtschaft vorweisen können.

Spezifische Anforderungen für die Versicherungsmathematische Funktion

Die für die Versicherungsmathematische Funktion verantwortliche Person sollte:

⁵ beides Revisionsstandards

- Kenntnisse der Versicherungsmathematik, nachgewiesen als Aktuar der Deutschen Aktuarvereinigung e.V. oder Mitgliedschaft in entsprechenden Aktuarvereinigungen, haben und
- mehrjährige praktische Erfahrung im Aktuarat oder in der Versicherungstechnik eines Versicherungsunternehmens vorweisen können.

Proper-Anforderungen

Die Anforderungen an die persönliche Zuverlässigkeit sind aufsichtsrechtlich vorgegeben und gelten für die gesamte Zielgruppe Fit & Proper der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG.

Eine zur Zielgruppe Fit & Proper gehörende Person gilt als zuverlässig, wenn nach Durchführung des Prüfungsprozesses keine Tatsachen erkennbar sind, die Zweifel an der Zuverlässigkeit begründen.

Zweifel an der Zuverlässigkeit bestehen, wenn:

- die „Persönliche Erklärung mit Angaben zur Zuverlässigkeit“⁶ nicht uneingeschränkt abgegeben werden kann,
- Einträge im Führungszeugnis oder beim Gewerbezentralregister bestehen oder
- sonstige Anhaltspunkte für Unzuverlässigkeit bekannt werden.

In diesen Fällen hängt die abschließende Beurteilung der Zuverlässigkeit unter anderem vom Schweregrad des Fehlverhaltens, des zeitlichen Abstands, des späteren Verhaltens und vom Bezug zur Tätigkeit der betroffenen Person ab.

B.2.2 Prozesse und Verfahren – Fit & Proper

Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG gibt sowohl im Auswahl- als auch im Weiterentwicklungsprozess einen hohen Standard für Vorstandsmitglieder und Aufsichtsratsmitglieder sowie für alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Schlüsselfunktionen vor, sodass von einem generell hohen Niveau der fachlichen Fähigkeiten und der persönlichen Zuverlässigkeit ausgegangen werden kann. Sie stellt die Erfüllung der Fit & Proper-Anforderungen nicht nur stichtagsbezogen mit der Besetzung einer Position, sondern ebenso laufend sicher. Anhaltspunkte für mangelnde fachliche Eignung oder persönliche Zuverlässigkeit nimmt die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG sehr ernst und leitet, angepasst an die jeweilige Sachlage, Maßnahmen ein (z. B. Weiterbildungen, Neudefinition des Verantwortungsbereichs, erneute Anforderung aktueller Dokumente zur Überprüfung der Zuverlässigkeit, Abberufung oder Kündigung).

⁶ Die Merkblätter der BaFin zur fachlichen Eignung und Zuverlässigkeit vom 6. Dezember 2018 wurden durch die Rundschreiben der BaFin zur fachlichen Eignung und Zuverlässigkeit vom 1. Dezember 2023 abgelöst. Siehe dort jeweils die Anlage „Persönliche Erklärung mit Angaben zur Zuverlässigkeit“.

Fit-Prüfung

Vorstand und verantwortliche Personen für Schlüsselfunktionen

Die Prüfung der fachlichen Qualifikation von Kandidaten für ein Vorstandsmandat und Bewerbern für die Rolle als verantwortliche Person für eine der vier Schlüsselfunktionen erfolgt anhand von:

- detailliertem und eigenhändig unterschriebenem, aktuellem Lebenslauf,
- Zeugnissen,
- Referenzen,
- Bewerbungsgesprächen mit fachkundigen Teilnehmern,
- externen Assessment-Centern und
- eventuellen weiteren Auswahlverfahren (z. B. Personalberater).

Geprüft wird nicht nur die fachliche Eignung der einzelnen Kandidaten, sondern auch, ob im Gremium kollektiv die geforderten fachlichen Kompetenzen vorhanden sind.

Während der Dauer ihrer Mandate haben Vorstandsmitglieder und verantwortliche Personen für Schlüsselfunktionen durch Weiterbildung in Eigeninitiative sicherzustellen, dass die fachliche Eignung laufend bestehen bleibt. Bei verantwortlichen Personen für Schlüsselfunktionen wird mindestens einmal jährlich der Stand der Entwicklung und ggf. bestehender Weiterbildungsbedarf mit der zuständigen Führungskraft erörtert und bei Bedarf Maßnahmen vereinbart. Weiterbildungsmaßnahmen werden laufend dokumentiert.

Ergeben sich bei Vorstandsmitgliedern oder verantwortlichen Personen für Schlüsselfunktionen Anhaltspunkte, die Zweifel am Fortbestehen der fachlichen Eignung begründen, erfolgt eine erneute Überprüfung der Fit-Anforderungen.

Aufsichtsrat

Die fachliche Qualifikation von Kandidaten für ein Aufsichtsratsmandat wird anhand:

- eines detaillierten und eigenhändig unterschriebenen, aktuellen Lebenslaufs,
- eventueller Fortbildungsnachweise sowie
- einer Selbsteinschätzung der Kompetenzen in den Themenfeldern Kapitalanlage, Rechnungslegung/Abschlussprüfung und Sektorkompetenz/Versicherungstechnik

beurteilt.

Die Prüfung der fachlichen Eignung eines Kandidaten als Finanzexperte mit Sachverstand auf dem Gebiet der Rechnungslegung bzw. der Abschlussprüfung im Aufsichtsrat oder Prüfungsausschuss wird ebenfalls anhand dieser Dokumente beurteilt.

Um die fachliche Eignung auch während des laufenden Mandats sicherzustellen, geben alle Mitglieder des Aufsichtsrats zusätzlich einmal jährlich eine Selbsteinschätzung hinsichtlich ihrer Qualifikationen in den genannten Themenfeldern ab und erstellen auf dieser Basis einen Entwicklungsplan für das Folgejahr. Die Selbsteinschätzungen und der Entwicklungsplan werden bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht eingereicht. Externe Weiterbildungsmaßnahmen werden finanziell unterstützt. Darüber hinaus werden, insbesondere für neue Aufsichtsratsmitglieder, interne Seminare angeboten.

Ergeben sich während des laufenden Mandats Anhaltspunkte, die Zweifel am Fortbestehen der fachlichen Eignung begründen, werden - angepasst an die jeweilige Sachlage - Maßnahmen eingeleitet.

Proper-Prüfung

Die persönliche Zuverlässigkeit von Vorstandsmitgliedern, Aufsichtsratsmitgliedern und verantwortlichen Personen für die vier Schlüsselfunktionen wird anhand folgender Unterlagen überprüft:

- detaillierter und eigenhändig unterschriebener, aktueller Lebenslauf,
- „Persönliche Erklärung mit Angaben zur Zuverlässigkeit“ sowie
- Führungszeugnis und Auszug aus dem Gewerbezentralregister.

Über das Formular „Persönliche Erklärung mit Angaben zur Zuverlässigkeit“ der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht werden Strafverfahren, Ordnungswidrigkeitenverfahren in Zusammenhang mit unternehmerischer Tätigkeit, gewerberechtliche Entscheidungen, vermögensrechtliche Verfahren, Angehörigkeitsverhältnisse, Geschäftsbeziehungen und bedeutende Beteiligungen (§ 7 Nr. 3 VAG) abgefragt.

Nach der Besetzung von Positionen erfolgt eine erneute Proper-Prüfung bei Vorliegen von Anhaltspunkten, die Zweifel am Fortbestehen der persönlichen Zuverlässigkeit begründen. Anhaltspunkte können auf internen Erkenntnissen (z. B. der Compliance-Management-Funktion, der Internen Revision oder des Geldwäschebeauftragten) beruhen oder sich aus externen Hinweisen (z. B. in Form von Beschwerden oder durch die Medien) ergeben.

Übersicht über Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten und Berichtswege

Erstmalige und laufende Prüfung sowie Dokumentation

Tab. 9: Zuständigkeiten bei erstmaliger und laufender Prüfung

Funktion	Fit & Proper	Zuständiger Bereich
Aufsichtsrat	Fit & Proper	Rechtsabteilung
Vorstand	Fit	Personalabteilung
	Proper	Rechtsabteilung
Schlüsselfunktionen	Fit & Proper	Personalabteilung

Rechts- und Personalabteilung berichten an den Vorstand bzw. über den Vorstand an den Aufsichtsrat.

Eskalationsmatrix bei Anhaltspunkten für mangelnde Eignung oder Zuverlässigkeit

Die für die erstmalige und laufende Prüfung zuständigen Gremien bzw. fachverantwortlichen Leiter Personal und Recht (s. o.) sind auch befähigt, Zweifel an der fachlichen Eignung oder persönlichen Zuverlässigkeit von Personen zu äußern und an den zuständigen Adressaten zu melden. Siehe hierzu die nachfolgende Tabelle:

Tab. 10: Verantwortlichkeiten bei Zweifeln an fachlicher Eignung oder persönlicher Zuverlässigkeit

Fit & Proper-Kandidat	Adressat für die Meldung von Anhaltspunkten	Entscheidungsgremium
Vorstand	Aufsichtsratsvorsitzender	Aufsichtsrat
Vorstandsvorsitzender		
Vorstandsmitglied		
Aufsichtsrat	Aufsichtsratsvorsitzender	Hauptversammlung
Aufsichtsratsvorsitzender	Aufsichtsrat	
Aufsichtsratsmitglied	Aufsichtsratsvorsitzender	
Schlüsselfunktionen	Vorstand	Vorstand

Die verantwortlichen Entscheidungsgremien befinden abschließend über die fachliche Eignung und Zuverlässigkeit und die eventuell zu treffenden Maßnahmen.

Soweit der Vorgang für ihre Tätigkeit relevant ist, werden zusätzlich die Compliance-Management-Funktion, die Interne Revision, der/die Geldwäschebeauftragte, der/die Datenschutzbeauftragte und ggf. weitere Stellen einbezogen.

Alle Veränderungen im Bereich der Zielgruppe Fit & Proper werden mit den zugehörigen Nachweisen an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht gemeldet. Diese prüft ihrerseits die fachliche Eignung und Zuverlässigkeit.

B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

Auf einen Blick

Das Risikomanagementsystem ist als zentrales Risikomanagement in der DEVK etabliert und hierbei für alle Versicherungsgesellschaften der DEVK-Gruppe tätig. Das zentrale Risikomanagement wird durch dezentrale Risikomanagementeinheiten (z. B. Rückversicherung und Kapitalanlagen) unterstützt. Das zentrale Risikomanagement ist methodisch für die Umsetzung der drei Solvency II-Säulen verantwortlich. Wesentliche Aufgabe des Risikomanagements ist es, die Risikosituation transparent zu machen und eine angemessene Berichterstattung sicherzustellen.

B.3.1 Risikomanagement und -funktion

Risikomanagementsystem

Die Risikomanagementfunktion und das zugehörige Risikomanagementsystem wurden gemäß den Solvency II-Anforderungen ausgerichtet. Die Risikomanagementfunktion wurde als Schlüsselfunktion in einer zentralen Einheit etabliert. Unterstützt wird die Risikomanagementfunktion durch dezentrale Risikomanagementeinheiten (z. B. Rückversicherung und Kapitalanlagen). Hierzu findet ein regelmäßiger Austausch, nicht zuletzt durch das Gremium der dezentralen Risikorunde, statt. Das Risikomanagementsystem der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG verfügt somit sowohl über eine zentral organisierte Einheit, deren Aufgabe es ist, das Risikomanagement übergreifend über alle Risikokategorien sicherzustellen, als auch über dezentrale Einheiten, die mit ihrem Spezialwissen in einzelnen Bereichen nah am Risiko agieren können. Die operative Risikoverantwortung der Fachbereiche sowie die Verantwortung des Vorstands bleiben hiervon unberührt.

Das zentrale Risikomanagement ist untergliedert in die Abteilungen quantitatives Risikomanagement und qualitatives Risikomanagement. Die Abteilung quantitatives Risikomanagement führt folgende Tätigkeiten durch:

- Gesamtkoordination der Säule 1-Berechnungen mittels Standardformel,
- Modellvorgaben und Validierung der Modellergebnisse,
- teilweise Durchführung der Säule 1-Berechnungen mittels Standardformel,
- Meldung der Quantitative Reporting Templates an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht,
- Berechnung der Risikotragfähigkeit,
- Überprüfung der Angemessenheit der Standardformel und
- Berechnungen im Rahmen der narrativen Solvency II-Berichterstattung.

Die Abteilung qualitatives Risikomanagement führt folgende Tätigkeiten durch:

- Überarbeitung der Risikostrategie,
- Koordination des Neuproduktprozesses und Bewertung des neuen Produkts aus Risikogesichtspunkten,
- Durchführung der Risikoinventur,
- Sicherstellung der Anforderungen zum Governance-System (unter anderem Leitlinien-Management und Überprüfung des Governance-Systems),
- Sicherstellung der Einhaltung der Datenqualität in den Solvency II-Berechnungen,
- Erstellung und Überwachung des Limitsystems,
- Erstellung quartalsweiser Risikoberichte für die DEVK-Gesellschaften,
- Überprüfung der Wesentlichkeitsgrenzen,
- Own Risk and Solvency Assessment-Berichterstattung,
- Berichterstattung Solvency and Financial Condition Report/Regular Supervisory Report,
- Erstellung von Risikoanalysen im Rahmen des Ausgliederungsprozesses und
- Aufgaben und Verantwortlichkeiten der IKT-Risikokontrollfunktion sowie IKT-Drittdienstleister Überwachungsfunktion.

Die Funktionstrennung zwischen den risikoverantwortlichen Fachbereichen und der Risikoüberwachung durch das Risikomanagement ist gewährleistet. Die Aufgaben und Verantwortlichkeiten sind klar definiert und aufeinander abgestimmt. Formalisiert ist dies in 19 Solvency II-Gruppen-Leitlinien, die die jeweiligen Verantwortlichkeiten, Prozesse und Aufgaben wie z. B. für Schlüsselfunktionen oder zum Governance-System regeln. Die Gruppen-Leitlinien wurden aufgrund des übergreifenden Geltungsbereichs von den jeweiligen Vorständen der DEVK-Versicherungsunternehmen verabschiedet und bei Bedarf um spezifische Inhalte in eigenen Leitlinien erweitert. Neben gesellschaftsübergreifenden Leitlinien werden auf Ebene der Einzelgesellschaften Richtlinien und Arbeitsanweisungen verfasst.

Unternehmensstrategie und Risikostrategie

Unternehmensstrategie

Die Strategie 2025 der DEVK-Gesellschaften stellt eine Weiterentwicklung der Strategie 2022 dar. Der Vorstand war eng in die Diskussionen des Strategie-Arbeitskreises eingebunden. Das strategische Ziel der aktuellen Unternehmensstrategie lautet „Kundenkontakte verdoppeln“. Dementsprechend sollen aktive Kontakte zu unseren Mitgliedern und Kunden bis Ende 2025 verdoppelt werden. Kundenbegeisterung und -zufriedenheit stehen dabei weiterhin im Fokus.

Kern der Unternehmensstrategie 2025 sind drei strategische Erfolgsfaktoren:

- Gestaltende Menschen
- Markenerlebnis
- Wirtschaftlichkeit

Zu jedem strategischen Erfolgsfaktor wurden Handlungsfelder entwickelt, die mit strategischen Thesen untermauert sind. Die Konkretisierung erfolgte über Ergebnistypen, die mit Blick auf das Jahr 2025 formuliert wurden. Alle zukünftig durch die DEVK-Gesellschaften gestarteten Aktivitäten werden auf ihren Bezug zur neuen Unternehmensstrategie, welche ab 2026 gilt, hin untersucht.

Abb. 3: Die Kernfaktoren der Strategie 2025



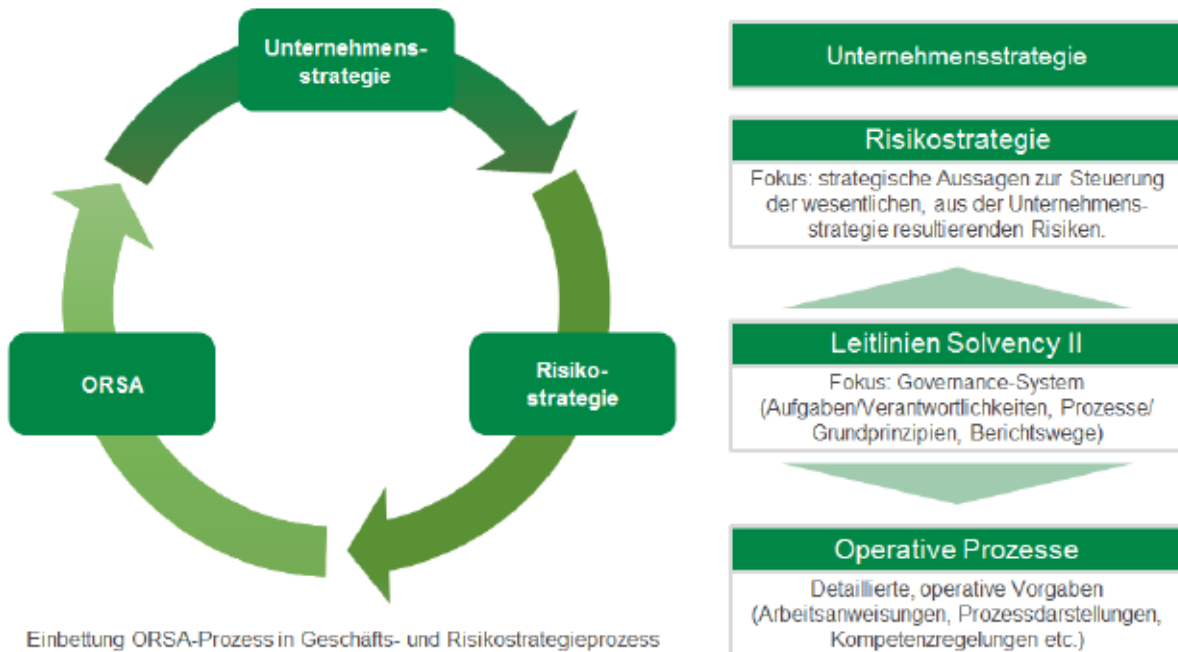
Risikostrategie

Die Risikostrategie ist aus der Unternehmensstrategie abgeleitet und wird aufgrund der neuen Unternehmensstrategie im ersten Quartal des Jahres 2026 aktualisiert. Die Risikostrategie dokumentiert unter anderem das Prinzip der Risikotragfähigkeit. Sie fasst des Weiteren angemessene Maßnahmen zusammen, die sich aus der Unternehmensstrategie ergeben. Zudem definiert sie den übergeordneten Rahmen für den Umgang mit allen Risiken, die die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG belasten.

Unter den Prämissen von Unternehmens- und Risikostrategie beschreibt das Own Risk and Solvency Assessment Steuerungsimpulse, die wiederum in der Überarbeitung von Unternehmens- und Risikostrategie Berücksichtigung finden.

Das folgende Schaubild zeigt den Zusammenhang von Unternehmens-, Risikostrategie und Own Risk and Solvency Assessment:

Abb. 4: Einbettung des Own Risk and Solvency Assessments in den Unternehmens- und Risikostrategieprozess



Konkrete Erläuterungen zum Own Risk and Solvency Assessment der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG folgen im nächsten Kapitel.

Risikomanagementprozess

Abb. 5: Risikomanagementprozess



Der Risikomanagementprozess setzt sich aus fünf Teilsegmenten zusammen. Alle in der Standardformel enthaltenen Risiken stehen bei der internen Berichterstattung sowie der Berichterstattung gegenüber der Aufsicht bzw. Öffentlichkeit im Fokus. Ziel des Risikomanagements ist es, alle Risiken, die für die DEVK relevant sind, zu identifizieren. Denn nur ein bekanntes Risiko kann gemanagt werden, sodass es den Erfolg der DEVK nicht negativ beeinflusst. Neben den Risiken der Standardformel werden im Own Risk and Solvency Assessment weitere „qualitative“ Risiken betrachtet. Diese werden über die Risikoinventur identifiziert und nach Möglichkeit quantifiziert. Alle wesentlichen Risiken stehen unter ständiger Beobachtung, sodass über die aktuelle Risikosituation eine möglichst hohe Transparenz vorliegt.

Die Risikosituation wird transparent dargestellt, um so auch eine Beurteilung der Risikotragfähigkeit zu erlauben. So wird der Vorstand quartalsweise durch einen internen Risikobericht über die Risikosituation informiert. Der Vorstand prüft dann, inwieweit die in der Risikostrategie festgelegten Ziele des Risikomanagements erreicht wurden und inwieweit die für die Risiken gesetzten Limite ausgelastet sind. Die Limite selbst werden monatlich/quartalsweise betrachtet und bewertet. Die Ergebnisse werden im Risikokomitee sowie in der dezentralen Risikorunde diskutiert und in einer Vorstandssitzung behandelt.

Alle dem Solvency II-Aufsichtsregime unterliegenden DEVK-Gesellschaften verfolgen einen ganzheitlichen Berichtsansatz zu allen relevanten Risikoarten. Auf Grundlage der Analysen und Bewertungen werden die Risiken aktiv gesteuert und frühzeitig Managemententscheidungen getroffen. Um dies zu unterstützen, ist die Risikoberichterstattung in der Darstellung und den Anforderungen, neben den Anforderungen des Gesetzgebers, an die Managementbedürfnisse angepasst. Das Risikomanagement unterbreitet Vorschläge für die operative Steuerung (vermeiden, transferieren, reduzieren oder akzeptieren). Die gemäß Solvency II geforderten Berichterstattungen (Reporting der Quantitative Reporting Templates, Own Risk and Solvency Assessment, Solvency and Financial Condition Report und Regular Supervisory Report) werden entsprechend der Anforderungen erfüllt. Das Risikomanagement gewährleistet dadurch ein laufendes Informieren der Stakeholder, sodass diese ihre Entscheidungen zeitnah treffen können.

Die Risikomanagementfunktion berichtet turnusmäßig an den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats über die Risikolage des Unternehmens.

Organisation Risikomanagement

Dezentrale Risikomanager/dezentrale Risikorunde

In den jeweiligen Fachbereichen sind für das Risikomanagement Verantwortliche benannt, die die erforderlichen Informationen für das Risikomanagement ermitteln und die jeweiligen Teilprozesse im Fachbereich koordinieren oder ggf. selbst durchführen.

Turnusgemäß findet ein Austausch zwischen dem zentralen und dem dezentralen Risikomanagement statt. In der dezentralen Risikorunde werden die Inhalte der Risikoberichte sowie der Solvency II-Berichterstattung diskutiert. Zudem werden Methodenänderungen im Risikomanagement diskutiert.

Schnittstellen innerhalb der Governance-Struktur:

Die Risikoverantwortlichen stehen in direktem Kontakt zur Risikomanagementfunktion. Kommt es infolge von Ergebnissen der Berechnungsverantwortlichen zu Limitbrüchen oder drohenden Limitbrüchen, erfolgt seitens der Risikomanagementfunktion eine Anfrage an die Risikoverant-

wortlichen mit der Bitte um Kommentierung. Die Risikomanagementfunktion nimmt ebenfalls eine eigene Kommentierung vor. Die Kommentierungen der Limitbrüche der Risikoverantwortlichen sowie der Risikomanagementfunktion fließen in den Risikobericht ein.

Risikokomitee

Das Risikokomitee ist ein DEVK-internes Informationsgremium zur Entscheidungsvorbereitung für den Vorstand. Das Gremium dient dem unternehmensweiten Austausch über alle wesentlichen Risiken der DEVK-Gesellschaften und besteht aus:

- Ressortvorstand Risikomanagement DEVK-Gruppe,
- Ressortvorstand Kapitalanlagen und Rückversicherung DEVK-Gruppe,
- Ressortvorstand Risikomanagement DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG,
- Ressortvorstand Risikomanagement Freeyou Insurance AG,
- Risikomanagementfunktion,
- Verantwortlicher Aktuar Leben,
- Verantwortlicher Aktuar Pensionsfonds,
- Verantwortlicher Aktuar Kranken,
- Leiter Hauptabteilung Sach/HUK-Schaden,
- Leiter Hauptabteilung Leben,
- Leiter Hauptabteilung Vertrieb,
- Leiter Hauptabteilung Sach/HUK-Betrieb und
- themenbezogenen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus dem Risikomanagement.

Schnittstellen innerhalb der Governance-Struktur:

Aus der Besetzung des Risikokomitees resultieren automatisch direkte Verbindungen zu Schlüsselfunktionen (Risikomanagementfunktion und Versicherungsmathematische Funktion) und weiteren Gremien (z. B. Asset Liability Management). Die entsprechende Berichterstattung erfolgt nicht durch das Risikokomitee selbst, sondern durch die Risikomanagementfunktion.

Asset Liability Management

Unter Asset Liability Management werden die auf die Zukunft ausgerichteten Techniken und Methoden verstanden, die Aktiva (Assets) und Passiva (Liabilities) simultan zu betrachten. Das Asset Liability Management hat das Ziel, ein professionelles, geschäftsbereichs- bzw. unternehmensspezifisches Instrumentarium bereitzustellen, das die Entscheidungsträger (unter anderem den Vorstand) in die Lage versetzt, Entscheidungen zur Gestaltung von Assets und Liabilities unter Berücksichtigung des wechselseitigen Zusammenspiels auf einer fundierten Informationsgrundlage zu treffen. Der für das Thema Asset Liability Management auf Gruppenebene der DEVK eingerichtete Arbeitskreis ist mit folgenden ständigen Vertretern besetzt:

- Leiter Hauptabteilung Kapitalanlagen,
- Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen Hauptabteilung Kapitalanlagen,
- Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen Financial Risk Controlling,
- Leiter Hauptabteilung Aktuariat Leben,
- Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen Aktuariat Leben,
- Leiter Hauptabteilung Unternehmensplanung und -controlling/Risikomanagement und
- Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen Hauptabteilung Unternehmensplanung und -controlling/Risikomanagement.

Schnittstellen innerhalb der Governance-Struktur:

Der Arbeitskreis Asset Liability Management berichtet unter anderem direkt an den Vorstand. Die Asset Liability Management-Risikokennzahlen und Risikolimits werden in Abstimmung mit dem Risikomanagement festgelegt. Ein regelmäßiger, wechselseitiger Austausch erfolgt mit der Risikomanagementfunktion und der Versicherungsmathematischen Funktion.

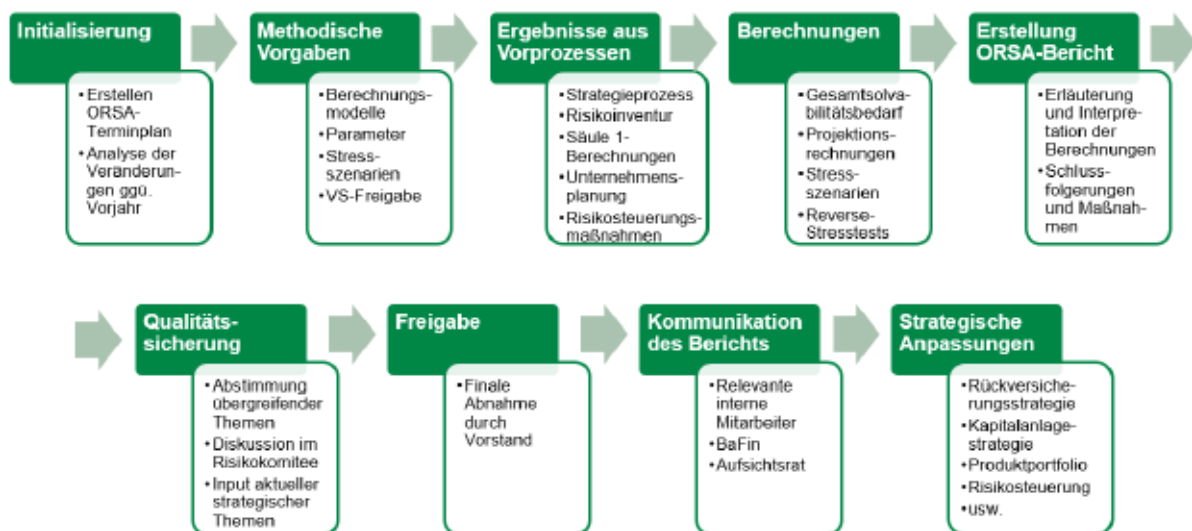
B.3.2 Own Risk and Solvency Assessment

Own Risk and Solvency Assessment-Prozess/-Bericht

Das Own Risk and Solvency Assessment wird turnusmäßig einmal jährlich durchgeführt. Bei außergewöhnlichen Ereignissen oder Risikosituationen wird ein ad hoc-Own Risk and Solvency Assessment durchgeführt und anlassbezogen auf die Situation reagiert. Die Ergebnisse werden dem Vorstand in Form eines Berichts übermittelt und von diesem freigegeben.

Das folgende Schaubild stellt den Own Risk and Solvency Assessment-Prozess grafisch dar:

Abb. 6: Own Risk and Solvency Assessment-Prozess



Ziel des Own Risk and Solvency Assessments ist die Darstellung der ökonomischen Risikosituation und die Ableitung von Steuerungsimpulsen zur stetigen Erfüllung der Solvenzkapitalanforderungen.

Im Own Risk and Solvency Assessment werden auf Basis der Risikoinventur und der SCR-Berechnung mit Hilfe der Standardformel die eigenen Einschätzungen zu den Einzelrisiken durch jeweils verantwortliche Fachbereiche ermittelt. Hierbei werden die in der Standardformel verwendeten Parameter und Annahmen intensiv analysiert, in Fachgremien diskutiert und im Anschluss bei Bedarf für die unternehmenseigene Risikoeinschätzung im Own Risk and Solvency Assessment angepasst. Hierbei findet unter anderem eine enge Interaktion zwischen dem verantwortlichen Bereich für das Kapitalmanagement und dem Risikomanagement statt, um z. B. die Annahmen der Standardformel bzgl. der Marktrisiken aus den investierten Finanzinstrumenten im Gesamtsolvabilitätsbedarf adäquat abzubilden. Die Annahmen für das Own Risk

and Solvency Assessment zum Aktien-, Immobilien-, Spread- und Währungsrisiko werden auf Grundlage von unternehmensindividuellen Zeitreihen hergeleitet.

Zudem werden die Ergebnisse der Risikoinventur hinterfragt und das operationelle Risiko aus der eigenen Bewertung im Gesamtsolvabilitätsbedarf angesetzt.

Die Bewertungen der Einzelrisiken werden von der Risikomanagementfunktion zur Gesamtsolvabilität aggregiert. Auf Basis der Berechnungen zum jeweiligen Stichtag werden die Kerngrößen Eigenmittel, SCR und MCR über den Planungszeitraum projiziert.

Die vom Vorstand definierten und freigegebenen Own Risk and Solvency Assessment-Stressszenarien werden auf Basis der Ergebnisse des Planungszeitraums angewendet und somit die Auswirkungen sowohl auf das Risikoprofil als auch auf die Eigenmittel je Stressszenario dargestellt.

Aus den Ergebnissen (aktuelles Jahr/Projektion) sowie den Stressszenarien empfiehlt die Risikomanagementfunktion in Abstimmung mit den Fachbereichen Maßnahmen zur Steuerung und erläutert diese im Bericht.

Parallel zum Own Risk and Solvency Assessment-Prozess wird eine Durchführungsdokumentation erstellt, die den gesamten Ablauf (inklusive Zulieferungen, Berechnungen und Validierungen) dokumentiert und somit die Nachvollziehbarkeit des Own Risk and Solvency Assessments sicherstellt.

Einbindung Own Risk and Solvency Assessment in Unternehmensführung und Entscheidungsprozesse

Der Vorstand sowie die Schlüsselfunktionen sind aktiv in die Erstellung des Own Risk and Solvency Assessments sowie das Ableiten von Maßnahmen aus den Ergebnissen eingebunden. Die berechneten Bedeckungsquoten dienen dem Risikotragfähigkeitskonzept und somit der Steuerung als Grundlage. Die Einhaltung wird über das Limitsystem sichergestellt. Hierbei spielt auch das Wesentlichkeitskonzept eine wichtige Rolle.

Darüber hinaus fließen die Ergebnisse in die Produktgestaltung bzw. in Kapitalanlageentscheidungen mit ein. So wird z. B. bei Kapitalanlageentscheidungen im Rahmen des Neuproduktprozesses die Auswirkung auf die Bedeckungsquote geprüft und eine Empfehlung durch die Risikomanagementfunktion ausgesprochen.

Weitere Maßnahmen werden bei Bedarf aus den im Own Risk and Solvency Assessment dargestellten Projektionen und Stressszenarien abgeleitet.

B.4 Internes Kontrollsystem

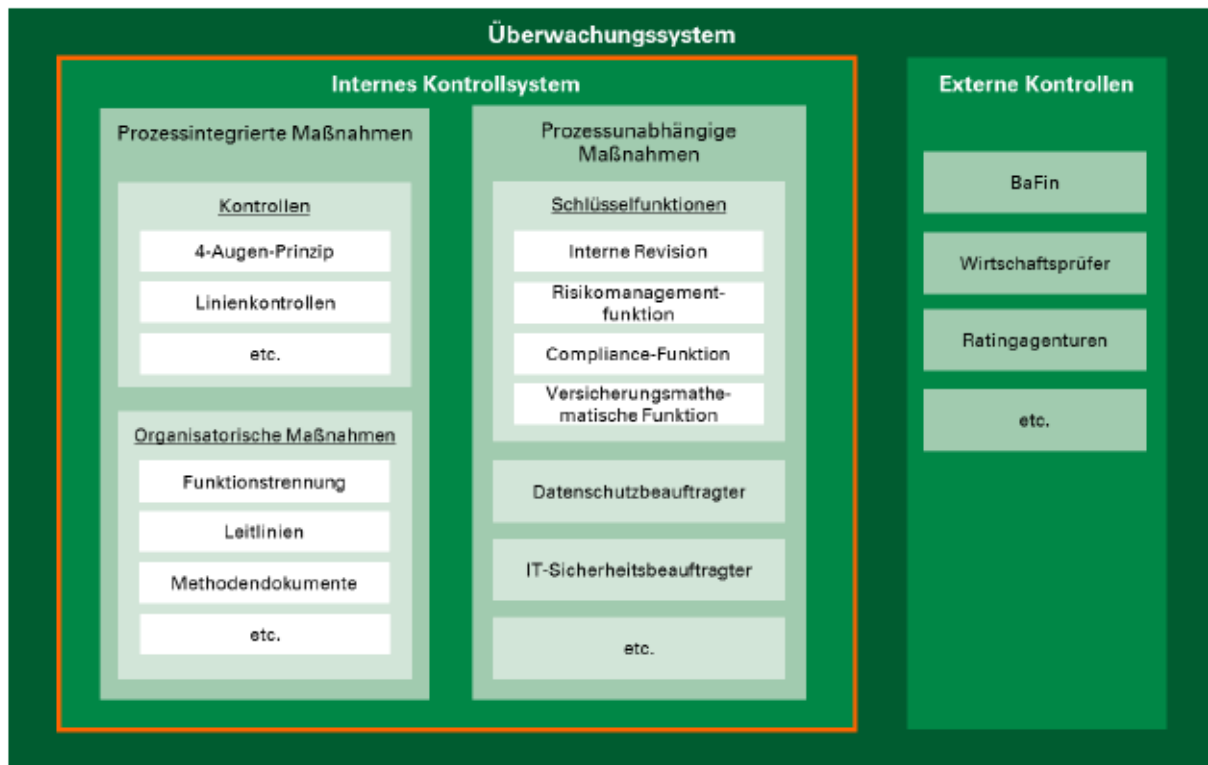
B.4.1 Leitlinie und Prozesse zum Internen Kontrollsystem

Das zum 1. Januar 2016 in Kraft getretene neue Aufsichtsregime Solvency II fordert zur Sicherstellung der Ausgestaltung des Internen Kontrollsystems unter anderem das Erstellen einer Leitlinie, welche Prozesse, Verfahren und Methoden regelt.

Mit Vorstandsbeschluss vom 21. Dezember 2015 wurde die Gruppen-Leitlinie „Internes Kontrollsystem“ in Kraft gesetzt und ein Beauftragter für die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG benannt. Der Beauftragte berichtet dem Vorstand jährlich und ggf. ad hoc mittels eines Berichts über das Interne Kontrollsystem zur aktuellen Kontrollsituation.

Das Zusammenspiel einzelner Komponenten innerhalb und außerhalb des Internen Kontrollsystems der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG verdeutlicht zudem folgende Darstellung:

Abb. 7: Überwachungssystem



Leitlinie zum Internen Kontrollsystem

Die Leitlinie zum Internen Kontrollsystem ist in das Governance-System der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG eingebunden und im Intranet veröffentlicht.

Die Ausgestaltung des Internen Kontrollsystems in Bezug auf Rollen, Aufgaben, Funktionen und Verantwortungen ist in der Leitlinie zum Internen Kontrollsystem beschrieben und wird im Zuge der jährlichen Überprüfung der Governance-Leitlinien regelmäßig aktualisiert.

Die Leitlinie zum Internen Kontrollsystem regelt unter anderem:

- die Beschreibung von Kontrollen einschließlich
 - der Festlegung der Kontrollmethode,
 - der Festlegung der Kontrollausführung,
 - der Festlegung der Schlüsselkontrolle,
 - der Festlegung der Häufigkeit der Kontrolldurchführung,
 - der Festlegung der Häufigkeit der Kontrolltests,
 - der Festlegung der Kontrolldurchführungs- und Kontrolltestverantwortung,
 - der Festlegung des Ablageorts der Kontrolldurchführung,
 - der laufenden Dokumentation der Kontrolldurchführung, der Kontrolltests und eventuell eingeleiteter Maßnahmen durch die Fachbereiche.
- die Beschreibung und Veröffentlichung der Kontrollen in Arbeitsanweisungen und Prozessdokumentationen.
- die laufende Analyse und Dokumentation der Geschäftsprozesse, Risiken und Kontrollen.
- die Einbindung von Prozessdokumentationen mit relevanten Prozessrisiken und Kontrollen in die DEVK-Prozesslandkarte.
- die Definition eines Eskalations- und Meldeprozesses bei Auffälligkeiten bzw. Kontrollverletzungen.
- die jährliche und ggf. ad hoc-Berichterstattung an den Vorstand.

Prozesse zum Internen Kontrollsystem

Die bestehenden Komponenten (z. B. Arbeitsrichtlinien, Prozessdokumentationen, etc.) wurden zu einem durchgängigen Internen Kontrollsystem zusammengefasst. Ein ständiger Prozess zum Internen Kontrollsystem, der im Wesentlichen aus den folgenden fünf Elementen besteht, wurde etabliert:

1. Analyse

- Laufende Analyse der Geschäftsprozesse, Risiken und Kontrollen durch die prozessverantwortlichen Fachbereiche.

2. Dokumentation

- Laufende Dokumentation der Geschäftsprozesse, Risiken und Kontrollen (Arbeitsanweisungen, Prozessdokumentationen, etc.) durch die prozessverantwortlichen Fachbereiche.
- Meldung von den Fachbereichen von Anpassungen der Risiken und Kontrollen an das Prozessmanagement.
- Laufende Dokumentation der Kontrolldurchführung, der Kontrollergebnisse und Feststellungen sowie der eingeleiteten Maßnahmen durch die Fachbereiche.

3. Self-Assessment

- Jährliche Anfrage des IKS-Beauftragten an die prozessverantwortlichen Fachbereiche zum Status des IKS.
- Im Rahmen eines Self-Assessment bewerten die Fachbereiche
 - die Aktualität ihrer Geschäftsprozesse, Risiken und Kontrollen und
 - die Angemessenheit und Wirksamkeit der Kontrollen.

4. Berichterstellung

- Die Einschätzungen der Fachbereiche werden vom IKS-Beauftragten verdichtet und einmal jährlich an den Gesamtvorstand und die Interne Revision berichtet.

- Laufende Berichte der Internen Revision über die durchgeführten Prüfungen zur Angemessenheit und Wirksamkeit des IKS.
- Zusätzlich kann ein ad hoc-Bericht vom IKS-Beauftragten erstellt werden, z. B. wenn erhebliche Mängel der internen Kontrollen vorliegen. Der ad hoc-IKS-Bericht beschränkt sich auf die identifizierten Sachverhalte und wird, wie im regulären IKS-Bericht, an den Gesamtvorstand und die Interne Revision berichtet. Auch die Verantwortlichkeiten sind identisch zu einem regulären IKS-Bericht. Ob erhebliche Mängel interner Kontrollen vorliegen, wird individuell geprüft.

5. Weiterentwicklung

- Jährliche Überprüfung und Weiterentwicklung des IKS-Prozesses durch den IKS-Beauftragten.
- Laufende Umsetzung von Maßnahmen aufgrund von Feststellungen der Internen Revision an dem bestehenden IKS der DEVK.
- Laufende Beratung und Unterstützung der prozessverantwortlichen Fachbereiche bei der Umsetzung ihrer Maßnahmen durch den IKS-Beauftragten.

Der Prozess des Internen Kontrollsystems wurde auch 2025 durchlaufen. Der Bericht zum Internen Kontrollsystem wird jeweils im ersten Quartal eines Jahres erstellt. Ein regelmäßiger Durchlauf des Prozesses des Internen Kontrollsystems (inklusive Berichterstellung) in den Folgejahren ist sichergestellt.

Jährlicher Bericht zum Internen Kontrollsystem

Basis der jährlichen Berichterstattung ist eine Selbsteinschätzung der jeweiligen Fachbereiche zum Internen Kontrollsystem im Rahmen eines Self-Assessments.

Zu diesem Zweck erfolgt durch den Beauftragten des Internen Kontrollsystems eine strukturierte Abfrage der Fachbereiche zur aktuellen Situation mit Hilfe eines Fragebogens. Dieser Fragebogen wird jährlich überprüft und ggf. aktualisiert. Die Fachbereiche bewerten dabei

- die Dokumentation ihrer Prozesse, Risiken und Kontrollen,
- die Dokumentation ihrer Kontrollvorgaben,
- die Ausgestaltung ihrer Kontrolldurchführung und
- die Angemessenheit und Wirksamkeit ihrer Kontrollen.

Der Bericht zum Internen Kontrollsystem für 2025 wird dem Vorstand in der Sitzung am 13. April 2026 vorgelegt.

Ad hoc-Bericht zum Internen Kontrollsystem

Es kann ein ad hoc-Bericht erstellt werden, wenn erhebliche Mängel der internen Kontrollen vorliegen. Der ad hoc-Bericht beschränkt sich auf die identifizierten Sachverhalte und wird, wie im regulären IKS-Bericht, an den Gesamtvorstand und die Interne Revision berichtet. Auch die Verantwortlichkeiten sind identisch zu einem regulären IKS-Bericht. Ob erhebliche Mängel interner Kontrollen vorliegen, wird individuell geprüft.

B.4.2 Umsetzung Compliance-Management-Funktion

Die Compliance-Leitlinie sowie die zugehörigen Leitfäden beschreiben das Compliance-Management-System des Konzerns und regeln die Verfahrensabläufe sowie einzelne Zuständigkeiten für die durch die Compliance-Management-Funktion wahrgenommenen Aufgaben.

Zu den Kernaufgaben von Compliance gehört die Beratung der Geschäftsleitung in Bezug auf die Einhaltung der für den Betrieb des Versicherungsgeschäfts geltenden Gesetze, Verordnungen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Die Wahrnehmung der Frühwarnfunktion erfolgt durch Beobachtung der relevanten Rechtsgebiete durch qualifizierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und durch Verteilung der Ergebnisse durch die Compliance-Management-Funktion an alle Führungskräfte in regelmäßig erscheinenden Compliance-Newslettern sowie bei Anlass durch ad hoc-Meldungen. Sämtliche Newsletter und ad hoc-Meldungen werden zusätzlich in einem für alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zugänglichen SharePoint archiviert.

Im Berichtsjahr 2025 wurde die Compliance-Risikoanalyse in enger Zusammenarbeit mit der Risikomanagementfunktion durchgeführt. Die im Rahmen der Risikoanalyse identifizierten Risiken wurden in einem Überwachungsplan aufgenommen und die daraufhin durchgeführte Überwachung dokumentiert.

Die Compliance-Themen Vertriebs-Compliance, Beschwerdemanagement, IT-Sicherheit, Geldwäsche und Datenschutz werden durch dezentrale Compliance-Beauftragte betreut. Diese sind eigenverantwortlich für die Umsetzung wesentlicher Maßnahmen im eigenen Themengebiet zuständig, wobei sie fachlich bzw. methodisch an die Vorgaben und Weisungen der zentralen Compliance-Management-Funktion gebunden sind. Auf Gruppenebene wurde zusätzlich eine Gruppengeldwäsche-Funktion eingerichtet.

Die dezentralen Compliance-Beauftragten informieren die zentrale Compliance-Management-Funktion über alle relevanten Informationen regelmäßig und ad hoc.

Die zentrale Compliance-Management-Funktion verfasst einen jährlichen Compliance-Gesamtbericht aller zentral und dezentral betreuten Compliance-Themen an den Vorstand und berichtet ebenfalls an die Prüfungsausschüsse der Aufsichtsräte zum Zweck der Vermittlung eines konzernweiten Überblicks über den aktuellen Umsetzungsstand zu Compliance.

In einem jährlichen Compliance-Plan werden sämtliche Tätigkeiten der Compliance-Management-Funktion aufgeführt und systematisch abgearbeitet.

Das Compliance-Management-System wird durch die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Compliance-Management-Funktion laufend auf Wirksamkeit überprüft.

Im Rahmen des mindestens jährlich tagenden Compliance-Boards, das dem fachübergreifenden Austausch von Compliance-relevanten Sachverhalten dient, wird die Umsetzung von Compliance gruppenweit analysiert und kontinuierlich verbessert. Darüber hinaus findet ein regelmäßiger Austausch zwischen den Teilnehmenden des Compliance-Boards statt. Dies gewährleistet zusätzlich ein frühzeitiges Erkennen von Compliance-Risiken und eine hohe Qualität bei der Entwicklung der Maßnahmen zur Verringerung dieser Risiken.

B.5 Funktion der Internen Revision

Die Einrichtung einer wirksamen Internen Revision liegt in der Verantwortung der Vorstandsmitglieder und dient der Überprüfung der Ordnungsmäßigkeit aller wesentlichen Geschäftsaktivitäten des Unternehmens.

Die Ziele und Aufgaben der Internen Revision sind durch die Solvency II-Rahmenrichtlinie, das VAG, die DORA-Verordnung, das internationale Regelwerk der beruflichen Praxis der Internen Revision sowie die Revisionsstandards des Deutschen Instituts für Interne Revision e.V. festgelegt. Demnach erbringt die Interne Revision unabhängige Prüfungs- und Beratungsleistungen. Die Einhaltung des Prüfungsplans geht der Beratungsfunktion vor.

Die Interne Revision prüft die gesamte Geschäftsorganisation und das Interne Kontrollsystem auf deren Angemessenheit und Wirksamkeit. Dies umfasst auch die Prüfung der Schlüsselfunktionen Risikomanagementfunktion, Compliance-Management-Funktion und Versicherungsmathematische Funktion. Die Prüfungen richten sich auf die Effektivität und Effizienz von Strukturen, Prozessen und Kontrollen in der gesamten Geschäftsorganisation, auf die Einhaltung von Vorgaben, die Angemessenheit des Berichtswesens sowie die Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität der IT-Systeme und Daten.

Die Interne Revision berichtet ihre Prüfungsergebnisse und Empfehlungen direkt an den Vorstand. Die Umsetzung der vom Vorstand auf Basis der Prüfungsberichte beschlossenen Maßnahmenempfehlungen wird von der Internen Revision überwacht.

Daneben erbringt die Interne Revision Beratungsleistungen. Diese sind darauf ausgerichtet, konkrete Anfragen von Fachbereichen und Projekten zu beantworten, vornehmlich zu Themen der Regulatorik oder Ordnungsmäßigkeit z. B. in Prozessen oder IT-Systemen. Die Grundsätze der Objektivität und Unabhängigkeit werden beachtet, sodass die Prüffähigkeit in diesen Bereichen nicht beeinflusst wird. Revisionsfremde oder operative Aufgaben werden von der Internen Revision aus diesem Grund nicht übernommen.

Die Interne Revision erstellt jährlich einen nach fachlichen und risikoorientierten Gesichtspunkten umfassenden Prüfungsplan und reicht diesen zur Beschlussfassung durch den Vorstand ein.

Der Internen Revision ist ein freier und uneingeschränkter Zugang zu Personen, Informationen und Vermögensgegenständen der Organisation eingeräumt. Den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Internen Revision stehen umfassende und uneingeschränkte Auskunfts-, Vorlage-, Lese- und Prüfrechte zu. Die Interne Revision besitzt jedoch gegenüber anderen Stellen keine Weisungsbefugnis.

Darüber hinaus berichten alle Organisationseinheiten der Internen Revision unverzüglich wesentliche Mängel, finanzielle Schäden oder Verdachtsfälle auf Unregelmäßigkeiten. Entscheidungen und Beschlüsse des Vorstands, die für die Erfüllung der Revisionsfunktion von Bedeutung sind, werden dieser bekannt gegeben.

B.6 Versicherungsmathematische Funktion

Die Versicherungsmathematische Funktion ist eine der vier unter Solvency II definierten Schlüsselfunktionen (zudem Interne Revisionsfunktion, Compliance-Management-Funktion und Risikomanagementfunktion). Regulatorisch wird von ihr die Unabhängigkeit erwartet. So sollten beispielsweise keine Interessenkonflikte zu den anderen aufsichtsrechtlichen Schlüsselfunktionen bestehen.

Die Versicherungsmathematische Funktion der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG ist organisatorisch von der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen und der Tarifierung so getrennt, dass keine Interessenkonflikte eintreten können. Sonstige Überschneidungen und Interessenkonflikte zu den anderen Schlüsselfunktionen bestanden bzw. bestehen nicht.

Die Versicherungsmathematische Funktion hat im Zusammenhang mit dem Berichtsjahr 2025 die nachstehenden Aufgaben und Maßnahmen im Einklang mit § 31 VAG umgesetzt:

Versicherungstechnische Rückstellung

Gemäß § 31 VAG hat die Versicherungsmathematische Funktion die Verlässlichkeit und Angemessenheit der in der Solvenzbilanz per 31. Dezember 2025 ausgewiesenen versicherungstechnischen Rückstellungen überprüft. Im Rahmen dieses Validierungsprozesses wurden die verwendeten Berechnungsmethoden, die getroffenen Annahmen und die Qualität der zugrunde liegenden Daten sowie die Vollständigkeit der zu bewertenden Verpflichtungen untersucht. Wesentliche und schwerwiegende Defizite konnten in diesem Validierungsprozess nicht festgestellt werden.

Zeichnungs- und Annahmepolitik

Bezüglich der Zeichnungs- und Annahmepolitik hat die Versicherungsmathematische Funktion die entsprechenden Unterlagen hinsichtlich ihrer Aktualität und Konsistenz zur Risikostrategie untersucht. Insbesondere wurde hier analysiert, ob das Beitragsniveau ausreichend ist, sodass eine Gefährdung der Solvabilität durch unzureichende Beitragseinnahmen ausgeschlossen werden kann. Ferner wurde geprüft, ob in den Annahmerichtlinien Tarifbegrenzungen, unter anderem zur Begrenzung des Zinsrisikos enthalten sind und der Prozess zur Einführung neuer Produkte dokumentiert ist. Die Versicherungsmathematische Funktion hat Hinweise zur Zeichnungs- und Annahmepolitik gegeben.

Rückversicherungspolitik

Die Versicherungsmathematische Funktion hat die Rückversicherungspolitik überprüft. Hinsichtlich der Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen wurde überprüft, ob die bestehende Rückversicherungsstruktur angemessen in der Solvenzbilanz und in den Solvenzberech-

nungen berücksichtigt worden ist. Ferner wurde die Rückversicherungsstruktur hinsichtlich ihrer Konsistenz zur Risikostrategie und zur Zeichnungs- und Annahmepolitik untersucht.

Die Versicherungsmathematische Funktion hat die Risikomanagementfunktion bei folgenden Tätigkeiten beraten:

- Teilnahme an den dezentralen Risikorunden und Kommentierungen zu Limitbrüchen aus der Versicherungstechnik,
- Teilnahme an den Sitzungen des Risikokomitees, in denen die Ergebnisse der narrativen Berichterstattung besprochen wurden,
- regelmäßige Teilnahme an Sitzungen des Arbeitskreises Asset Liability Management und Berichterstattung zum Asset Liability Management der Lebengesellschaften sowie Darstellung der Ergebnisse von Sensitivitätsberechnungen zur Extrapolation der risikofreien Zinsstrukturkurve und zur Sensitivität der Volatilitätsanpassung auf die Versicherungstechnischen Rückstellungen,
- Erstellung von Validierungsberichten zur quartalsweisen Berichterstattung zu Solvency II an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht für die Lebengesellschaften,
- Erstellung der Prognoserechnungen und Szenariorechnungen der Lebengesellschaften im Rahmen der Own Risk and Solvency Assessment-Berichterstattung und
- Erstellung des Datenqualitätsberichts.

Übergreifend über alle Themen hat die Versicherungsmathematische Funktion einen Bericht erstellt und dem Vorstand vorgelegt. Im Rahmen der Berichtspflichten der Versicherungsmathematischen Funktion der DEVK-Gruppe an den Konzernvorstand wurden unter anderem die Ergebnisse der Sologesellschaften kommuniziert, erläutert und Fragen des Vorstands zu den Ergebnissen beantwortet.

Die Versicherungsmathematische Funktion der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG hat als Mitglied an den regelmäßigen Sitzungen der Versicherungsmathematischen Funktion der DEVK-Gruppe teilgenommen, in denen

- die Ergebnisse der Sologesellschaften präsentiert wurden,
- der Bericht der Versicherungsmathematischen Funktion der DEVK-Gruppe erarbeitet wurde,
- die Validierung der versicherungstechnischen Rückstellungen der DEVK-Gruppe vorgenommen wurde und
- die Abstimmung zu übergreifenden methodischen Fragen bezüglich der versicherungstechnischen Rückstellungen und anderer aktuarieller Themen innerhalb von Solvency II diskutiert wurden.

Die Versicherungsmathematische Funktion hat die ihr übertragenen Aufgaben wahrgenommen und die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen im Rahmen sowohl der Jahresberechnung als auch der Quartalsberechnungen formal bestätigt, den Vorstand über die Ergebnisse ihrer Tätigkeit unterrichtet sowie die Risikomanagementfunktion hinsichtlich der Berechnung der Solvenz- und Mindestkapitalanforderungen beraten.

B.7 Outsourcing⁷

Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG hat in ihrer Leitlinie Dienstleistungsmanagement Ausgliederungsprozesse und -verfahren definiert, wie Ausgliederungen bzw. wichtige Ausgliederungen betrachtet werden. Hierbei orientiert sich die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG an dem Rundschreiben 09/2025 (VA) – Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Versicherungsunternehmen sowie der Verordnung 2022/2554 über die digitale operationale Resilienz im Finanzsektor (DORA). Zusätzlich hat die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG einen Kriterienkatalog entwickelt, mittels dem das Vorliegen einer wichtigen Tätigkeit überprüft wird.

Ausgliederungsprozess

Solvency II fordert von den Versicherungsunternehmen einen stringenten Prozess bezüglich der Ausgliederungsentscheidungen. Die einzelnen Prozessschritte sind transparent darzustellen und zu dokumentieren. Dabei differenziert Solvency II zwischen Ausgliederungen sowie „kritischen und wichtigen“ Ausgliederungen. Die BaFin fokussiert sich auf den Begriff „wichtig“. Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG folgt dieser Definition.

Zu Beginn einer Ausgliederung, aber auch zur laufenden Überprüfung der Ausgliederungsentscheidung, werden die kritischen Erfolgsfaktoren einer Ausgliederung überprüft. Bei der Auswahl eines Dienstleisters, dem wichtige operative Funktionen oder Tätigkeiten übertragen werden, wird eine detaillierte Sorgfaltsprüfung sichergestellt. Zudem wird vor jeder Ausgliederungsentscheidung eine Risikoanalyse durchgeführt und dokumentiert. Von den Dienstleistern übernommene Tätigkeiten werden vertraglich festgelegt. Die Anforderungen an den Vertrag definiert die Leitlinie Dienstleistungsmanagement. Die Leitlinie regelt auch die Anforderungen an den Umgang mit IKT-Dienstleistungen durch Dritte. Bei ausgegliederten Tätigkeiten bleibt die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG für die Funktion oder Tätigkeit voll verantwortlich. Daher sind die Steuerung und die Überwachung der Qualität der ausgegliederten Tätigkeit von elementarer Bedeutung. Hierzu werden die ausgegliederten Tätigkeiten in das Interne Kontrollsystem integriert. Auch nach Beendigung der Zusammenarbeit mit einem Dienstleister wird bei ausgegliederten Tätigkeiten die Kontinuität und Qualität der Dienstleistung sichergestellt. Unter Beendigung wird sowohl die beabsichtigte als auch die unbeabsichtigte Beendigung einer Ausgliederung verstanden.

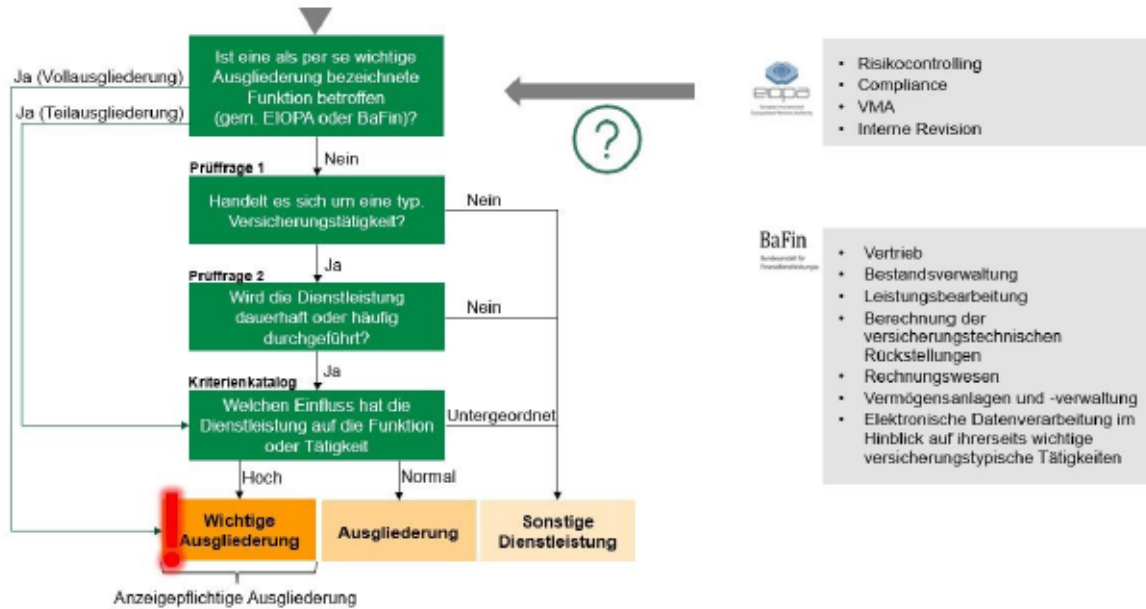
Ausgliederung wichtiger Funktionen oder Versicherungstätigkeiten

Grundlage für eine wichtige Ausgliederung sind die Aspekte, dass die Tätigkeit einerseits eine vom Versicherungsunternehmen typische durchzuführende Aufgabe darstellt und andererseits dauerhaft erbracht wird. Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, handelt es sich lediglich um eine Sonstige Dienstleistungsbeziehung. Sollten die genannten Aspekte vorliegen, greift ein Kriterienkatalog, der hinsichtlich der Einschätzung für eine Ausgliederung bzw. wichtige Ausgliederung dient. Darüber hinaus wird in diesem Zusammenhang ein Scoring-Modell verwendet.

⁷ Regulatorisch wird der Begriff Outsourcing verwendet. Die DEVK verwendet den Begriff Ausgliederung und organisatorisch erfolgt die Steuerung über den Bereich Zentrales Dienstleistungsmanagement.

Der Prüfungsprozess zur Bewertung der Wesentlichkeit einer Dienstleistung ist wie folgt aufgebaut:

Abb. 8: Prüfungsprozess zur Bewertung der Wesentlichkeit einer Dienstleistung



Im Zuge der letzten Ausgliederungsinventur zum 31. Dezember 2025 wurden sechs Dienstleistungen als wichtige Ausgliederung eingestuft.

B.8 Sonstige Angaben

Darüber hinaus liegen keine wesentlichen sonstigen Angaben über das Governance-System vor.

Risikoprofil

C

Auf einen Blick

Die DEVK berechnet eine sogenannte Solvenzkapitalanforderung (SCR) anhand der Standardformel. Das SCR wiederum setzt sich aus verschiedenen Subrisiken zusammen (versicherungstechnisches Risiko, Markt-, Ausfall-, und operationelles Risiko). Die Summe aller Risiken stellt das Gesamtrisiko und somit das Risikoprofil dar. Hierbei wird auf das Bruttoreisiko der Gesellschaft fokussiert. Das heißt, dass etwaige Risikominderungen (außer Risikominderung latente Steuern) in den Subkategorien verrechnet werden.

Das versicherungstechnische Risiko bezeichnet die Gefahr, dass der Schadenaufwand und die Kosten für Versicherungsfälle die korrespondierenden Prämieinzahlungen überschreiten. Es resultiert aus fehlerhaften Annahmen in der Beitragskalkulation, Schwankungen im Schadenverlauf oder aus zukünftigen Änderungen der Risiko-/Kostensituation.

Unter Marktrisiko sind Schwankungen in der Höhe und der Volatilität der Marktpreise für Vermögensgegenstände und Finanzinstrumente zu verstehen, die zu Verlusten führen oder eine nachteilige Veränderung der Finanzlage bewirken. Das Marktrisiko setzt sich grundsätzlich aus den Subrisiken Zins-, Spread-, Aktien-, Konzentrations-, Immobilien- und Währungsrisiko zusammen.

Unter dem Kreditrisiko wird neben der Gefahr der Insolvenz und des Zahlungsverzugs von Schuldern auch die Gefahr von Bonitätsverschlechterungen eines Schuldners und damit einhergehenden höheren Risikoaufschlägen und somit niedrigeren Kursen von z. B. Rentenspapieren verstanden. Das Kreditrisiko kann sowohl aus Rückversicherungsbeziehungen als auch aus der Investition in Kapitalanlagen resultieren.

Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen nicht in der Lage sind, Anlagen und andere Vermögenswerte zu realisieren, um ihren finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen. Das Liquiditätsrisiko ist nicht Bestandteil der Standardformel. Nichtsdestotrotz handelt es sich um ein Risiko, das intensiv durch den Versicherer beobachtet wird.

Das operationelle Risiko bezeichnet das Verlustrisiko, das sich aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen oder Systemen oder durch externe Ereignisse ergibt. Das operationelle Risiko umfasst auch Rechtsrisiken. Hierbei werden zudem die Compliance-Risiken miteingefasst. Es umfasst jedoch weder Reputationsrisiken noch Risiken, die sich aus strategischen Entscheidungen ergeben.

Im Rahmen der anderen Risiken werden alle Risiken betrachtet, die nicht im Rahmen der bereits dargestellten Risikokategorien und damit der Standardformel beleuchtet werden. Im Wesentlichen werden unter den anderen Risiken das strategische Risiko, das Reputationsrisiko, außerbilanzielle Risiken sowie Emerging Risks gefasst.

Hinweis: Die Begriffe Ausfallrisiko und Kreditrisiko werden synonym verwendet.

In der folgenden Tabelle werden das Gesamtrisiko sowie die Risikoexponierung in den einzelnen Risikokategorien dargestellt:

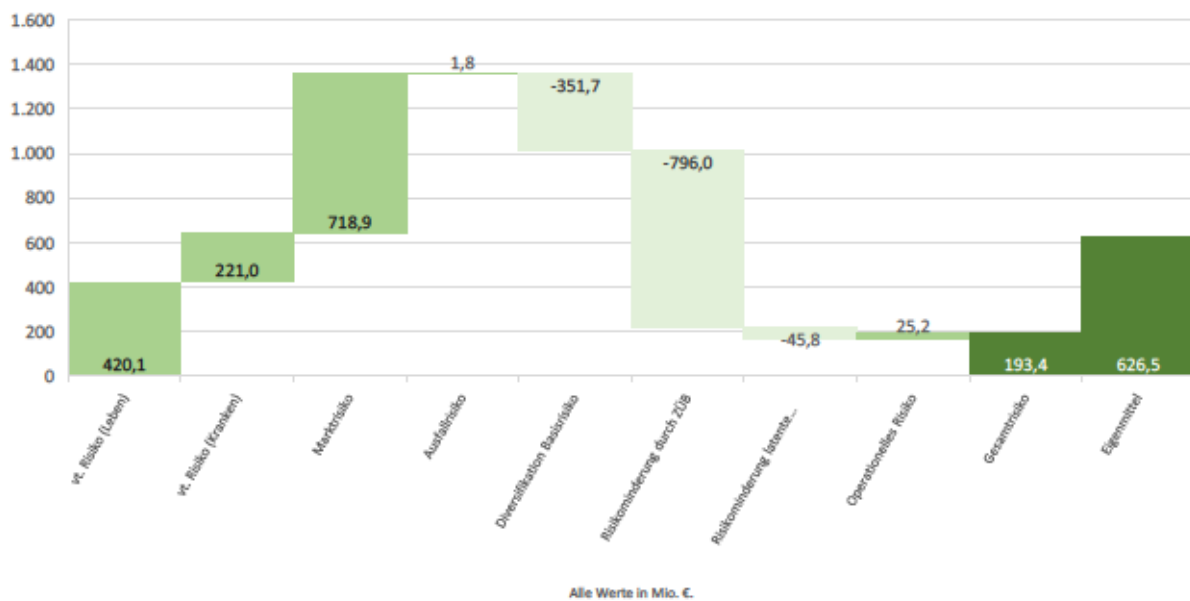
Tab. 11: Solvenzkapitalanforderung nach Risikokategorien (brutto)

Risikokategorie	SCR 2025 (brutto)	SCR 2024 (brutto)
vt. Risiko (Leben)	420,1	276,3
Sterblichkeitsrisiko (Leben)	24,6	26,1
Langlebigkeitsrisiko (Leben)	37,5	51,0
Invaliditätsrisiko (Leben)	4,1	4,9
Stornorisiko (Leben)	359,1	193,6
Revisionsrisiko (Leben)	-	-
Kostenrisiko (Leben)	76,7	87,5
Katastrophenrisiko (Leben)	12,6	16,5
Diversifikation vt. Risiko (Leben)	-94,4	-103,2
vt. Risiko (Kranken)	221,0	221,5
Sterblichkeitsrisiko (Kranken nAdLV)	-	-
Langlebigkeitsrisiko (Kranken nAdLV)	-	-
Invaliditätsrisiko (Kranken nAdLV)	88,4	109,7
Stornorisiko (Kranken nAdLV)	189,2	177,6
Revisionsrisiko (Kranken nAdLV)	-	-
Kostenrisiko (Kranken nAdLV)	17,0	17,5
Prämienrisiko (Kranken nAdSV)	-	-
Reserverisiko (Kranken nAdSV)	-	-
Stornorisiko (Kranken nAdSV)	-	-
Katastrophenrisiko (Kranken)	2,0	1,4
Diversifikation vt. Risiko (Kranken)	-75,6	-84,7
Markttrisiko	718,9	858,2
Zinsrisiko	-	146,6
Spreadrisiko	200,5	234,2
Aktienrisiko	350,1	285,1
Konzentrationsrisiko	-	8,9
Immobilienrisiko	230,0	309,6
Währungsrisiko	64,0	96,6
Diversifikation Markttrisiko	-125,6	-222,7
Ausfallrisiko	1,8	2,3
Ausfallrisiko Typ 1	1,5	1,6
Ausfallrisiko Typ 2	0,5	0,8
Diversifikation Ausfallrisiko	-0,1	-0,1
Diversifikation Basisrisiko	-351,7	-305,8
Basisrisiko	1.010,1	1.052,4
Risikominderung durch ZÜB	-796,0	-793,3
Risikominderung latente Steuern	-45,8	-59,7
Operationelles Risiko	25,2	25,5
Gesamtrisiko	193,4	225,0

alle Werte in Mio. €

Im Vergleich zum Stichtag 31. Dezember 2024 reduzierte sich das Gesamtrisiko um 31,6 Mio. €.

Abb. 9: Kumulierte Solvenzkapitalanforderung



Das größte Risiko der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG stellte das Marktrisiko dar (718,9 Mio. €), das um 139,3 Mio. € sank. Größtes Bruttoeinzelsrisiko hierbei war das Aktienrisiko mit 350,1 Mio. €. Die größte Veränderung entstand beim Zinsrisiko, das sich um brutto 146,6 Mio. € aufgrund des verbesserten Zinsumfelds reduzierte.

Das versicherungstechnische Bruttoeinzelsrisiko (Leben) stieg um 143,8 Mio. € an. Hierbei dominierte das Stornorisiko (+165,5 Mio. €), das im Rahmen des Zinsanstiegs und dem damit erhöhten Massenstorno-Risiko resultierte.

Der Rückgang der Risikominderung aus latenten Steuern ergab sich aufgrund der geringeren bilanziellen passiven latenten Steuern. Für Details zur Berechnung der Risikominderung aus latenten Steuern sei an dieser Stelle auf das Kapitel C.7 verwiesen.

Die Risikosensitivität der einzelnen Risikokategorien wurde auf Basis zahlreicher Sensitivitätsanalysen bewertet. Dabei wurden die Auswirkungen von Änderungen des ökonomischen Umfelds einschließlich Änderungen der Extrapolation der Zinsstrukturkurve, die Parametrisierungen von Managementregeln im Branchensimulationsmodell sowie die biometrischen Annahmen auf die Risikokapitalanforderungen der einzelnen Risikokategorien und die gesamte Bedeckungsquote ermittelt. Die Ergebnisse dieser Analysen sind im jeweiligen Abschnitt Risikosensitivität dargestellt. Darüber hinaus werden im Rahmen des Own Risk and Solvency Assessment-Prozesses Sensitivitätsrechnungen, ein Reverse-Stresstest sowie Szenarioanalysen durchgeführt.

Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG verwendet die Risikokategorien der Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation. Hierbei geht die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG von marktüblichen Abhängigkeiten der Risikomodule aus, sodass die Korrelationsmatrizen der Standardformel in den Berechnungen Anwendung finden.

C.1 Versicherungstechnisches Risiko

C.1.1 Risikoexponierung

Unter dem versicherungstechnischen Risiko wird die Gefahr verstanden, dass der tatsächliche Aufwand für Schäden und Leistungen den in der Tarifikalkulation zugrunde gelegten Aufwand übersteigt.

Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG nutzt zur Berechnung des Risikokapitalbedarfs die Standardformel. Die Solvenzkapitalanforderungen werden dabei unter Verwendung des Value at Risk der Basiseigenmittel zu einem Konfidenzniveau von 99,5 % über ein Jahr kalibriert.

Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG betreibt Lebensversicherungsgeschäft und bietet auf dem deutschen Markt folgende Haupt- (als Einzel- oder Kollektivversicherung) und Zusatzversicherungen an:

- Todesfall- und Erlebensfallversicherung (Kapital-, Renten-, Risiko-, fondsgebundene Versicherung sowie Hinterbliebenen- und Unfallzusatzversicherung),
- Berufs-, Erwerbs- und Arbeitsunfähigkeitsversicherung sowie Grundfähigkeitsversicherung und schwere Krankheiten Zusatzversicherung und
- Kapitalisierungsgeschäfte zur Rückdeckung von Langzeitkonten.

Das Angebot richtet sich überwiegend an Privatpersonen und Privathaushalte.

Aufgrund des gezeichneten Geschäfts setzt sich das versicherungstechnische Risiko der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG aus den Risiken Sterblichkeits-, Langlebighkeits-, Invaliditäts-, Storno-, Kostenrisiko sowie dem Katastrophenrisiko zusammen. Darüber hinaus ist die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG durch das derzeitige Geschäft vom versicherungstechnischen Risiko Kranken (Invaliditäts-, Storno- und Kostenrisiko sowie Katastrophenrisiko) betroffen.

Die biometrischen Risiken (Sterblichkeits-, Langlebighkeits- und Invaliditätsrisiko) bestehen darin, dass der tatsächliche Aufwand von dem in den Tarifen verwendeten Rechnungsgrundlagen (bspw. Sterbewahrscheinlichkeiten), im Laufe der Zeit abweicht. Die im Neugeschäft und Bestand verwendeten Wahrscheinlichkeitstabellen enthalten bei der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG ausreichende Sicherheitsmargen und beinhalten zukünftig erwartete Entwicklungen.

Das Stornorisiko stellt die Unsicherheit des Fortbestehens von Versicherungsverträgen dar. Beim Stornorisiko werden drei Teilrisiken betrachtet. Auf Verträgen, bei denen Storno rückstellungsmindernd wirkt, ist das Risiko der Verringerung der Stornoraten anzuwenden und auf Verträgen, bei denen Storno rückstellungserhöhend wirkt, ist das Risiko der Stornoratenerhöhung (über die Restlaufzeit) bzw. des Massenstornos im ersten Jahr der Projektion in Ansatz zu bringen. In den Berechnungen wird das Maximum aus diesen drei Szenarien verwendet.

Das Kostenrisiko besteht darin, dass die tatsächlichen Kosten die rechnungsmäßigen Kosten übersteigen. Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG widmet dem Risiko eine hohe Aufmerksamkeit. Es wird intensiv beobachtet und laufend analysiert.

Das Katastrophenrisiko erfasst das Risiko extremer Schwankungen von Sterblichkeit.

Den Risiken wird durch eine sorgfältige Produktentwicklung und ständige aktuarielle Verlaufsanalysen Rechnung getragen. Hierbei wird beachtet, dass die verwendeten Rechnungsgrundlagen angemessen und ausreichende Sicherheitsmargen enthalten sind.

Bei den SCR-Berechnungen werden die Risiken mit der Solvency II-Standardformel quantifiziert. Dabei wird der Bestand in die folgenden vier Geschäftsbereiche unterteilt:

Tab. 12: Übersicht nach Geschäftsbereichen

Geschäftsbereich	Bezeichnung	Verdienter Bruttobeitrag	Solvency II vt. Rückstellungen
29	Krankenversicherung nach Art der Leben	67,4	-110,7
30	Versicherung mit Überschussbeteiligung	296,8	4.873,1
31	Index- und fondsgebundene Versicherung	96,8	556,7
32	Sonstige Lebensversicherung	1,5	1,5
	Summe	462,5	5.320,7

alle Werte in Mio. €

C.1.2 Risikokonzentration

Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG erreicht durch die verschiedenen Lebensversicherungsprodukte eine gute Diversifikation der versicherungstechnischen Risiken. Hierbei geht die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG von marktüblichen Abhängigkeiten der Risikomodule aus, sodass die Korrelationsmatrizen der Standardformel in den Berechnungen Anwendung finden.

Gemäß der Standardformelbewertung ist das Stornorisiko das größte versicherungstechnische Risiko, gefolgt vom Kosten- und Invaliditätsrisiko.

C.1.3 Risikominderungsmaßnahmen

Es werden Rückversicherungsvereinbarungen getroffen, um das versicherungstechnische Risiko zu reduzieren, beispielsweise indem Spitzenrisiken über einen gewissen Selbstbehalt hinaus quotaal abgegeben werden. Die Bestände werden regelmäßig auf besonders exponierte Risiken untersucht. Diese werden bei Bedarf rückversichert, um eine Glättung des Bestands zu erreichen. Darüber hinaus sind Serviceleistungen der Rückversicherer beispielsweise bei der Produktgestaltung oder der Bereitstellung von Rechnungsgrundlagen von Bedeutung.

Im letzten Jahr gab es bei den bestehenden Rückversicherungsverträgen Anpassungen bzgl. der Selbstbehalte bei den Invaliditätsversicherungen.

Darüber hinaus enthalten die verwendeten Rechnungsgrundlagen (z. B. Sterbe- und Invalidisierungstafeln) ausreichende Sicherheitsmargen. Die daraus entstehenden Überschüsse können in Stresssituationen ebenfalls risikomindernd angesetzt werden.

Eine weitere wichtige Maßnahme ist die Anwendung einer wirksamen Risikoprüfung im Antragsprozess, die das versicherungstechnische Risiko bereits bei Vertragsabschluss reduziert.

C.1.4 Risikosensitivität

Das versicherungstechnische Risiko spielt bei der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG gemessen an dem Beitrag zu den Solvabilitätskapitalanforderungen im aktuellen Zinsumfeld eine wesentliche Rolle.

Die durchgeführten Sensitivitätsanalysen zeigen, dass das Stornorisiko in erheblichem Umfang von Veränderungen des ökonomischen Umfelds – insbesondere vom Zinsniveau – beeinflusst wird.

Im Rahmen der Analysen wurde eine Sensitivitätsrechnung durchgeführt, bei der die risikofreie Zinsstrukturkurve jeweils um +50 Basispunkte bzw. –50 Basispunkte verschoben wurde. Diese Anpassungen führen zu einer absoluten Veränderung des versicherungstechnischen Nettorisikos in Leben und Kranken von rund 4 %.

Weitere Analysen zeigten, dass ein Eintreten des 200-Jahres-Ereignisses hinsichtlich des Storno- und Kostenstresses zu einem spürbaren Risiko führt, welches zum jetzigen Zeitpunkt unter Solvency II allerdings verkräftbar wäre.

C.2 Marktrisiko

C.2.1 Risikoexponierung

Übersicht und Bewertung der wesentlichen Risikoexponierungen

Dem Marktrisiko kommt in der Betrachtung von Solvency II eine besondere Bedeutung zu, da die Einhaltung der Versicherungsversprechen und damit die Qualität des Versicherungsschutzes maßgeblich durch den Erfolg und die Erträge aus der Kapitalanlage bestimmt wird.

Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG bewertet die Marktrisiken im aufsichtsrechtlichen Kontext mit der Standardformel. Die Solvenzkapitalanforderungen werden dabei unter Verwendung des Value at Risk der Basiseigenmittel zu einem Konfidenzniveau von 99,5 % über ein Jahr kalibriert. In der Standardformel werden die wesentlichen Risiken berücksichtigt und europaweit einheitlich quantifiziert. Die im Folgenden vorgenommene Risikokategorisierung orientiert sich an diesem Branchenstandard.

Die Strategische Asset Allokation für die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG wurde 2025 aktualisiert. Gemäß Strategischer Asset Allokation müssen (inklusive strategischer Beteiligungen) mindestens 72,5 % in Anleihen, dürfen maximal 10 % in Aktien und Finanzbeteiligungen, maximal 12,5 % in Immobilien und maximal 5 % in Alternative Kapitalanlagen investiert werden.

Aufgrund des deutlichen Zinsanstiegs sanken die Marktwerte und Durationen der Zinstitel im Jahresverlauf deutlich, sodass sich folglich das Spreadrisiko reduzierte. Während das Immobilienrisiko aktiv reduziert wurde, erhöhte sich das Aktienrisiko unter anderem durch die Marktentwicklung und den höheren symmetrischen Anpassungsfaktor. Durch den Wechsel des relevanten Zinsszenarios (netto) sank das Zinsrisiko (brutto) auf Null. Daraus resultierte auch ein Rückgang des Marktrisikos gesamt.

Das gesamte Marktrisiko (nach Diversifikation) sank im Vergleich zum Vorjahr um 139,3 Mio. € auf 718,9 Mio. € (brutto).

Zinsrisiko

Beim Zinsrisiko handelt es sich um das Risiko, dass sich der Wert der Basiseigenmittel aufgrund von Bewegungen der risikofreien Zinsstrukturkurve oder deren Volatilität verändert. Es existieren Arbeitskreise zur Steuerung des Asset Liability Managements (ein operativer Arbeitskreis und einer auf Vorstandsebene). Diese haben das Ziel, ein professionelles, ggf. geschäftsbereich- bzw. unternehmensspezifisches Instrumentarium bereitzustellen, das die Entscheidungsträger in die Lage versetzt, Entscheidungen zur Gestaltung von Assets und Liabilities auf fundierten Informationsgrundlagen zu treffen. Das Asset Liability Management unterstützt die zentralen Unternehmensziele mit einem besonderen Fokus auf

- die Sicherstellung der dauerhaften Erfüllbarkeit der eingegangenen Verpflichtungen und
- die Sicherstellung der kurz-, mittel- und langfristigen ausreichenden Kapitalausstattung

durch Analysen zu Wechselwirkungen zwischen der Kapitalanlage und dem Produktportfolio und den Auswirkungen auf definierte Asset Liability Management-Kennzahlen für Entscheidungen zur Kapitalanlagepolitik und Produktstrategie. Ferner unterstützt das Asset Liability Ma-

nagement die Risikomanagementfunktion mit der Bereitstellung von Methoden und Fachexpertise zu den wechselseitigen Risiken von Assets und Liabilities.

Innerhalb des Zinsportfolios wird das Zinsänderungsrisiko über Durationsvorgaben je nach aktuellem Marktumfeld gesteuert. Im operativen Arbeitskreis Asset Liability Management werden die Durationskennzahlen der Assets und Liabilities berichtet und diskutiert. Über Sensitivitäten sowie Berechnungen des Basis Point Values wird dem unterschiedlichen Volumen zwischen Verpflichtungen und den Zinsanlagen in der Steuerung Rechnung getragen.

Das Zinsrisiko sank im Vergleich zum Vorjahr um 146,6 Mio. € auf 0,0 Mio. € (brutto).

Spreadrisiko

Beim Spreadrisiko handelt es sich um das Risiko, dass sich der Wert der Basiseigenmittel aufgrund von Bewegungen der Marge aktueller Marktzinsen gegenüber der risikofreien Zinsstrukturkurve oder deren Volatilität verändert.

Aufgrund des umfangreichen Zinsexposures der Versicherungen ist dies ein bedeutendes Risiko, das durch eine Durationssteuerung und Ratingvorgaben begrenzt wird.

Das Spreadrisiko sank im Vergleich zum Vorjahr um 33,7 Mio. € auf 200,5 Mio. € (brutto).

Aktienrisiko

Beim Aktienrisiko handelt es sich um das Risiko, das sich aufgrund von Schwankungen an den Aktienmärkten ergibt und somit die Eigenmittel des Unternehmens verändert. Zusätzlich wird das Risiko aus Beteiligungen an Tochterunternehmen im Aktienrisiko betrachtet. Aktien liefern im historischen Vergleich eine höhere Rendite als festverzinsliche Anlagen, weswegen die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG im Rahmen der Strategischen Asset Allokation einen gewissen Anteil der Kapitalanlagen in Aktien investiert. Die Qualität des Portfolios wird über eine separate Aktienstrategie vorgegeben, sodass vorwiegend in große deutsche und europäische Titel investiert wird. Die Exponierung kann kurzfristig durch Futureabsicherungen gesteuert werden.

Das Aktienrisiko stieg im Vergleich zum Vorjahr um 65,0 Mio. € auf 350,1 Mio. € (brutto).

Konzentrationsrisiko

Beim Konzentrationsrisiko handelt es sich um das Risiko, dass aus Konzentrationen in der Kapitalanlage ein Kumulrisiko entsteht. Kapitalanlagen werden gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 7 VAG in angemessener Weise gemischt und gestreut, sodass eine übermäßige Abhängigkeit von einem bestimmten Vermögenswert, einem Emittenten, einer bestimmten Unternehmensgruppe, einer Region oder eine übermäßige Risikokonzentration im Portfolio insgesamt vermieden wird.

Das Konzentrationsrisiko sank im Vergleich zum Vorjahr um 8,9 Mio. € auf 0,0 Mio. € (brutto).

Währungsrisiko

Beim Währungsrisiko handelt es sich um das Risiko, dass sich der Wert der Basiseigenmittel aufgrund von Bewegungen im Wechselkurs negativ verändert. Durch die Volatilität der Wechselkurse unterliegen Exposures in Fremdwährung entsprechenden Schwankungen. Angesichts der Staatsschuldenkrise der Europäischen Union werden Währungsinvestitionen als wichtiger Diversifikationsbeitrag gesehen. Die Gesamtinvestition in den Nicht-Euro-Raum ist dabei nach oben beschränkt und unterliegt einer regelmäßigen Überwachung im Rahmen des internen Limittools.

Das Währungsrisiko sank im Vergleich zum Vorjahr um 32,6 Mio. € auf 64,0 Mio. € (brutto).

Immobilienrisiko

Beim Immobilienrisiko handelt es sich um das Risiko, dass sich der Wert der Basiseigenmittel aufgrund von Bewegungen der Immobilienpreise oder deren Volatilität negativ verändert. Durch die Investition in Immobilienanlagen sollen ein angemessener Wertzuwachs sowie dauerhafte Mieteinnahmen das Portfolio ergänzen. Der Anteil der Immobilienanlagen am Gesamtportfolio ist dabei durch die Strategische Asset Allokation limitiert und wird regelmäßig überwacht. Weiterhin sind zur Risikoreduktion klare Standort- und Nutzungsvorgaben für direkte und indirekte Investitionen in einer Immobilienstrategie vorgegeben.

Das Immobilienrisiko sank im Vergleich zum Vorjahr um 79,6 Mio. € auf 230,0 Mio. € (brutto).

Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht

Ein interner Anlagekatalog gibt die maßgeblichen Rahmenbedingungen für die Anlagepolitik vor. Dem bestehenden Kurs- und Zinsrisiko wird durch eine ausgewogene Mischung der Anlagearten begegnet. Durch ein aktives Portfoliomanagement konnten Chancen aus Marktbewegungen für ein Ergebnis positiv genutzt werden.

Im Rahmen der Kapitalanlagen fordert der Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht ein konservatives Vorgehen für das Management von Kapitalanlagen und erweitert die bisherigen Anforderungen an das Kapitalanlagemanagement gemäß Rundschreiben 05/2025 der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und weiterer jeweils aktueller Rundschreiben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG trifft seit jeher alle Entscheidungen bezüglich der Kapitalanlagen bzw. der Herleitung der Anlagestrategie mit gebührender Sorgfalt und im Rahmen der dafür vorgesehenen etablierten Prozesse. Dabei ist es unerlässlich, dass sich das Anlagemanagement eine eigene, unabhängige Meinung über die zu tätigenden und die bestehenden Kapitalanlagen bildet.

Die verschiedenen Aspekte zum Management des Anlagerisikos, wie fachliche Anforderungen an die mit den Kapitalanlagen betrauten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, unternehmenseigene Vorgaben der Risikostreuung, Berichtspflichten und Bewertungsverfahren etc. finden sich in der Kapitalanlagestrategie und den darin enthaltenen Teilstrategien sowie im Rahmen der Vollmachtvorgaben und der entsprechenden Arbeitsanweisungen und Vermerke (z. B. zur Europäischen Ratingverordnung) wieder. Die Vorgaben und Limite werden regelmäßig auf Aktualität und Angemessenheit überprüft.

Die Risiken aus Kapitalanlagen sind in den Risikomanagementprozess integriert. Sie sind ferner zentraler Bestandteil des Asset Liability Managements und werden auch in den Revisionsplan

eingebunden. Das Management der Anlagerisiken findet auch durch mittelfristige Planungsrechnungen und Szenarien im Own Risk and Solvency Assessment Berücksichtigung.

Das Financial Risk Controlling (dezentrales Risikomanagement), das direkt an den Vorstand Kapitalanlagen angebunden ist, überwacht aus Risikogesichtspunkten die Einhaltung der Risiken aus den Kapitalanlagen.

Bei Anlageentscheidungen wird insbesondere auf die Rentabilität der Kapitalanlagen im Vergleich zum eingegangenen Risiko sowie auf die Zinsanforderung der Passivseite geachtet. Berechnungen dazu werden in den mittelfristigen Planungs- und Szenariorechnungen, z. B. im Rahmen des Prozesses zum Own Risk and Solvency Assessment und des Arbeitskreises Asset Liability Management, berücksichtigt. Ein großer Teil der Anleihen verfügt über eine Besicherung oder fällt unter eine Einlagensicherung bzw. einen Haftungsverbund. Der Zinsblock hat strenge Ratingvorgaben zu erfüllen, welche monatlich überprüft und bei der Kaufentscheidung mit einbezogen werden.

Bezüglich der Liquidität der Kapitalanlagen gilt, wie im internen Anlagekatalog festgehalten, dass Wertpapiere, mit einer vertraglichen Einschränkung der Veräußerbarkeit über einen Sechsmonatszeitraum hinaus, nicht für das Sicherungsvermögen geeignet sind. Kürzer laufende Rückgabefristen schränken die Sicherungsvermögensfähigkeit dagegen nicht ein. Regelmäßig erfolgt eine Erstellung von Liquiditätsplanungen und Liquiditätsstressberechnungen, welche im Arbeitskreis Asset Liability Management vorgestellt und diskutiert werden.

Die Vorgaben zur Mischung und Streuung sind im internen Anlagekatalog dargelegt. Dieser interne Anlagekatalog gilt für die Anlage des Sicherungsvermögens und orientiert sich an der seit 1. Januar 2016 geltenden Verordnung über die Anlage des Sicherungsvermögens von Pensionskassen, Sterbekassen und kleinen Versicherungsunternehmen (Anlageverordnung - AnIV). Dabei werden auch die allgemeinen Anlagegrundsätze gemäß § 124 Abs. 1 VAG berücksichtigt.

C.2.2 Risikokonzentration

Risikokonzentrationen in der Kapitalanlage ergeben sich dadurch, dass einzelne hohe Risiken oder stark korrelierte Risiken eingegangen werden, die ein bedeutendes Schaden- oder Ausfallpotenzial haben. Über diese wird regelmäßig berichtet. Den Risikokonzentrationen wird durch die Kapitalanlagestrategie der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG vorgebeugt, die die Aufteilung zwischen Zinsblock, Aktienanlagen, Immobilien sowie Alternativen Investments regelt. Darüber hinaus sind der Anteil an Fremdwährungen sowie die Ratingstruktur im Portfolio geregelt.

Signifikante länder- und branchenbezogene Konzentrationsrisiken bestehen gegenüber Deutschland und dem Bankensektor. Diese sind für einen deutschen Versicherer nicht zu vermeiden, ohne andere Risiken signifikant zu erhöhen. Deutschland stellt weltweit eines der am besten gerateten Länder dar. Die Bankanleihen im Bestand bestehen zum großen Teil aus Pfandbriefen bzw. sind besichert. Insofern sind die Konzentrationsrisiken innerhalb der Kapitalanlagen aus Sicht der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG als gering einzuschätzen.

Die größten zehn Kreditnehmereinheiten verfügten über 23,8 % des Zinsblocks. Die Zinstitel der Gesellschaft sind auf Staaten und Gebietskörperschaften, Banken (besichert, unbesichert) und Unternehmen gestreut. Die zehn größten Kreditnehmereinheiten mit unbesicherten Anleihen oder Industrieobligationen mit einem Rating "BBB+ oder schlechter" haben einen Anteil von 4,9 % an den gesamten Zinsanlagen.

C.2.3 Risikominderungsmaßnahmen

Die Kapitalanlagestrategie bewegt sich im Spannungsfeld von Sicherheit, Liquidität und Rentabilität. Kern der langfristigen Kapitalanlagestrategie der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG ist die sogenannte Strategische Asset Allokation.

Eine kurzfristige Überschreitung der Quoten für Aktien, Alternative Kapitalanlagen und Immobilien ist aus taktischen Gründen möglich. Die Aktienquote wird im Rahmen der Taktischen Asset Allokation flexibel gesteuert, wobei einerseits die Ertragschancen, andererseits die Risikoreduzierung im Fokus stehen. Die Anlage erfolgt größtenteils in Spezialfonds, die sich am Euro-Stoxx50-Index orientieren. Über liquide Future-Kontrakte wird die taktische Steuerung abgesichert. Dabei wird berücksichtigt, dass Aktien, Alternative Kapitalanlagen und Immobilien regulatorisch einen höheren Risikokapitalbedarf als Zinsanlagen haben.

Die Bondstrategie sieht vor, dass sowohl das Zinsanstiegs- als auch das Zinsrückgangsrisiko bei Bedarf zusätzlich durch den Einsatz von Swaptions begrenzt werden können. In Rentenfonds findet die Laufzeitsteuerung auch über den Einsatz von Futures statt.

Für die Direktanlage in Immobilien sind grundsätzlich nur Objekte in Deutschland vorgesehen. Dem Grundsatz der Mischung und Streuung folgend werden auch Immobilieninvestments außerhalb Deutschlands über indirekte Anlageformen getätigt.

Eine detaillierte Beschreibung ist in der „Kapitalanlagestrategie“ dokumentiert. Darüber hinaus gibt es noch separate Leitlinien für Aktien, Beteiligungen, Bonds, Derivate, Immobilien und Immobilienfinanzierungen.

Zudem können Derivate zur Absicherung, Ertragsvermehrung oder Erwerbsvorbereitung dienen. Beim Einsatz werden die Sinnhaftigkeit und die Auswirkungen auf die Risikosituation durch den Bereich Kapitalanlagen geprüft. Derivative Finanzinstrumente werden nicht losgelöst, sondern nur in Verbindung mit den entsprechenden Kassaprodukten und der gesamten strategischen Zielsetzung eingesetzt.

Zur Absicherung von Kapitalanlagerisiken bestanden Ende 2025 folgende Maßnahmen:

- Flexible Steuerung der Investitionsquote in den Spezialfonds insbesondere im Aktienbereich z. B. über Indexfutures sowie teilweise die Implementierung von Wertuntergrenzen,
- Währungskongruente Refinanzierungen im Bereich der indirekten Immobilieninvestments,
- Nutzung von Anleihevorkäufen und
- Anpassung von Aktienrisiken über Optionsgeschäfte.

Gleichzeitig wird das Risiko, dass Gegenparteien ausfallen und damit offene Zahlungen nicht wie erwartet eintreffen, berücksichtigt. Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG ist gegenüber diesem Risiko im Wesentlichen gegenüber Gegenparteien im Bereich der Kapitalanlagerivate exponiert. Diesen Risiken wird durch angemessene Due-Diligence-Prozesse und der Verwendung von Ratingtools Rechnung getragen.

C.2.4 Risikosensitivität

Das Marktrisiko stellt aufgrund der kapitalanlagebedingten Risiken einen wesentlichen Bestandteil des Gesamtrisikoprofils der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG dar. Die Höhe des Marktrisikos wird insbesondere durch das Zinsniveau sowie durch Entwicklungen an den Kapitalmärkten beeinflusst.

Die durchgeführten Sensitivitätsanalysen zeigen, dass insbesondere Veränderungen der risikofreien Zinsstrukturkurve einen spürbaren Einfluss auf das Marktrisiko der Gesellschaft haben.

Im Rahmen der Analysen wurde eine Sensitivitätsrechnung durchgeführt, bei der die risikofreie Zinsstrukturkurve jeweils um +50 Basispunkte bzw. -50 Basispunkte verschoben wurde. Diese Anpassungen führen zu einer absoluten Veränderung des Marktrisikos (netto) von rund 12,0 %.

Die Ergebnisse zeigen, dass ein Rückgang des Zinsniveaus zu einer Erhöhung des Marktrisikos (brutto) führt. Die Bruttoreisiken werden jedoch durch die risikomindernde Wirkung zukünftiger Überschüsse deutlich reduziert.

Änderungen der biometrischen Annahmen weisen naturgemäß lediglich geringe Auswirkungen auf das Marktrisiko der Gesellschaft auf.

Insgesamt zeigen die Sensitivitätsanalysen, dass die Gesellschaft auch unter veränderten Kapitalmarktbedingungen über eine stabile Risikosituation verfügt.

C.2.5 Portfolioaufteilung

Aufteilung der Kapitalanlage nach Assetklassen (Buchwerte):

Tab. 13: Aufteilung der Kapitalanlagen nach Assetklassen

	2025		2024	
Zinsblock	4.413,1	74,7%	4.238,5	71,3%
Immobilien	706,8	12,0%	908,1	15,3%
Aktien*	612,7	10,4%	653,9	11,0%
Alternative Investments	173,3	2,9%	147,7	2,5%
Summe	5.905,9	100,0%	5.948,1	100,0%

alle absoluten Werte in Mio. €

*inklusive Beteiligungen und Private Equity

Zinsblock

Per 31. Dezember 2025 betrug der Zinsblock der Gesellschaft 4.413,1 Mio. €. Dieser wies zum Stichtag eine negative Bewertungsreserve in Höhe von 798,2 Mio. € auf. Im Vorjahr betrug diese -575,6 Mio. €. Insgesamt 2.408,2 Mio. € waren als Inhaberpapiere (inklusive der reinen Rentenfonds) bei Zinsanstiegen abschreibungsgefährdet. Von diesen Inhaberpapieren wurde gemäß § 341 Abs. 2 HGB ein Volumen von 2.391,2 Mio. € dem Anlagevermögen gewidmet, da die Absicht besteht, diese Papiere bis zur Endfälligkeit zu halten und Kursschwankungen als vorübergehend eingeschätzt werden. Sollte sich insbesondere die zweite Einschätzung als nicht zutreffend erweisen, werden die notwendigen Abschreibungen zeitnah vorgenommen. Diese Kapitalanlagen wiesen eine negative Bewertungsreserve in Höhe von 407,3 Mio. € aus. Darin enthalten

waren stille Lasten mit einem Volumen in Höhe von 411,3 Mio. € (Vorjahr 302,0 Mio. €) sowie stille Reserven in Höhe von 4,1 Mio. € (Vorjahr 6,6 Mio. €). Da die Entwicklung der stillen Lasten primär auf die Marktzinsbewegung zurückzuführen war und keine Anhaltspunkte für Bonitätsverschlechterungen vorlagen, bestand aufgrund der Halteabsicht bis zur Endfälligkeit keine dauerhafte Wertminderung. Die Auswirkung einer Renditeverschiebung um +/- 1 Prozentpunkt bedeutet eine Wertveränderung von -390,5 Mio. € bzw. 464,3 Mio. €.

Die Angabe der Auswirkung eines Zinsanstiegs um einen Prozentpunkt gibt nur ansatzweise einen Hinweis auf den Einfluss auf die Ertragssituation. Grund dafür ist, dass sich innerhalb eines Jahres durch Restlaufzeitverkürzung der einzelnen Wertpapiere Marktwertveränderungen und Veränderungen der Zinssensitivität ergeben. Weiterhin ist der überwiegende Teil der Zinsanlagen in – dem Anlagevermögen gewidmeten – Inhaberschuldverschreibungen oder zum Nennwert bilanzierten Anleihen investiert. Hier führt ein Anstieg des Marktzinses aufgrund der Bilanzierungsvorschriften nicht zu Abschreibungen. Weisen die Wertpapiere noch stille Reserven aus, würden diese zunächst abgebaut. Ausnahme hiervon sind Wertverluste aufgrund von Bonitätsverschlechterungen, die sich bei den jeweiligen Emittenten ergeben könnten. Diese würden sich unter anderem in einer kurzfristigen Ausweitung der Risikozuschläge verdeutlichen. Diese bewegten sich im Jahr 2025 jedoch weitestgehend seitlich. Ansteigende Risikozuschläge infolge von Bonitätsverschlechterungen in einer wirtschaftlichen Abschwächung, einer länger anhaltenden Rezession oder einer Aktienmarktkorrektur werden 2026 für möglich gehalten.

Aktienanlagen

Die Aktienanlagen sind schwerpunktmäßig am DAX und EuroStoxx50 ausgerichtet, so dass die Veränderung dieser Indizes auch die Wertänderung des Portfolios relativ genau abbildet. Bei einer Marktveränderung von 20 % verändert sich der Wert des effektiven Aktienportfolios um 39,7 Mio. €. Beide Referenzindizes haben 2025 eine starke Wertentwicklung vollzogen. Mittelfristig wird eine positive Entwicklung erwartet, allerdings unter zum Teil hohen Volatilitäten. Insgesamt lag die effektive Aktienquote zum Jahresende oberhalb des Niveaus vom Jahresanfang. Sollten sich zukünftig aufgrund veränderter wirtschaftlicher oder geopolitischer Rahmenbedingungen Risiken ergeben, kann die Aktienquote angepasst werden.

Aktien und Aktienfonds im Wert von 419,5 Mio. € (vor Absicherungen) waren dem Anlagevermögen gewidmet. Dem Anlagevermögen gewidmete Aktien bzw. Aktienfonds wiesen weder stille Reserven noch Lasten auf.

Immobilien

Am Bilanzstichtag waren 706,8 Mio. € zu Buchwerten in Liegenschaften investiert, davon 628,0 Mio. € über indirekte Mandate, unter anderem über Spezialfonds in Büroimmobilien und anderen gewerblichen Immobilien.

Auf den Direktbestand in Höhe von 78,8 Mio. € erfolgen pro Jahr planmäßige Abschreibungen in einem Volumen von 1,8 Mio. €. Die Bewertungsreserven im Anlagevermögen lagen bei 22,3 Mio. €, stille Lasten lagen keine vor. Abgesehen vom Inflationsrisiko, das über eine Indexierung der Mietverträge begrenzt wird, lagen im direkten Immobilienbestand keine besonderen

Risiken vor. Auf Immobilienfondsebene werden keine außergewöhnlichen Risiken bezüglich Vermietung und Qualität der Immobilien gesehen. Es wird erwartet, dass sich die ersten Wert-erholungen im Jahr 2025 auch in 2026 fortsetzen. Neben dem allgemeinen Immobilienrisiko besteht teilweise ein Währungsrisiko, das zum Teil über währungskongruente Finanzierung und Devisentermingeschäfte abgesichert wird. Risiken aus einem möglichen Abschwung am Immobilienmarkt werden durch vorhandene stille Reserven, Diversifizierung und möglichst langfristige, indexierte Mietverträge begrenzt.

Alternative Investments

Basierend auf der Strategischen Asset Allokation soll die Assetklasse Alternative Investments grundsätzlich weiter ausgebaut werden. Der Bestand an Alternativen Investments (ohne Private Equity) verteilte sich auf Investitionen in Infrastruktur (78 %) und Sonstiges (22 %). Das Volumen lag zum 31. Dezember 2025 bei 173,3 Mio. € (Vorjahr 147,7 Mio. €). Dies entsprach 2,9 % (Vorjahr 2,5 %) der gesamten Kapitalanlagen zu Buchwerten. Im Geschäftsjahr 2025 sind Abschreibungen in Höhe von 4,6 Mio. € entstanden (Vorjahr 1,5 Mio. €). Zuschreibungen wurden nicht vorgenommen (Vorjahr 0,9 Mio. €).

C.3 Kreditrisiko

C.3.1 Risikoexponierung

Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG nutzt zur Berechnung des Risikokapitalbedarfs die Standardformel. Die Solvenzkapitalanforderungen werden dabei unter Verwendung des Value at Risk der Basiseigenmittel zu einem Konfidenzniveau von 99,5 % über ein Jahr kalibriert.

Aufgrund des hohen Zinsexposures werden umfangreiche Anforderungen an das Portfoliomanagement hinsichtlich der Emittentenauswahl, z. B. in der Bondstrategie, festgehalten. Hierzu zählen unter anderem Ratingverteilungen, Diversifikationsvorgaben und Anlagearten. Durch eine solche Ratingvorgabe (Ratingmatrix) wird ein klar strukturiertes Portfolio erlangt, in dem das Kreditrisiko überschaubar ist. Bei Bedarf kann zusätzlich eine Absicherung über entsprechende Kreditderivate erfolgen.

C.3.2 Risikokonzentration

Risikokonzentrationen können in der Kapitalanlage aus einer mangelnden Streuung und Mischung im Anlageportfolio resultieren. Dem wirkt die Strategische Asset Allokation entgegen.

Die Gesellschaft verfügt über ein diversifiziertes Zinsportfolio, sowohl was Länder, Branchen, Laufzeiten als auch Emittenten und Wertpapierarten betrifft.

Bei den Emittententypen im Direktbestand dominierten zum 31. Dezember 2025 im Zinsblock Staatsanleihen mit 38,8 % vor Kreditinstituten mit 25,7 %, Unternehmensanleihen mit 24,4 % sowie Immobilienfinanzierungen und Policendarlehen mit 11,1 %.

C.3.3 Risikominderungsmaßnahmen

Es werden umfangreiche Anforderungen an das Portfoliomanagement hinsichtlich der Emittentenauswahl z. B. in der Bondstrategie festgehalten. Hierzu zählen unter anderem Ratingverteilungen, Diversifikationsvorgaben und Anlagearten. Durch die Ratingvorgabe (Ratingmatrix) wird ein klar strukturiertes Portfolio erlangt, in dem das Kreditrisiko überschaubar ist. Bei Bedarf kann zusätzlich eine Absicherung über entsprechende Kreditderivate erfolgen.

C.3.4 Risikosensitivität

Für die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG hat das Kreditrisiko im Verhältnis zum Gesamtrisiko eine nur untergeordnete Bedeutung. Daher werden keine fokussierten Stresstests oder Szenarioanalysen für das Kreditrisiko durchgeführt. Im Rahmen der Szenarien im Own Risk and Solvency Assessment werden jedoch die Auswirkungen der einzelnen Szenarioanalysen auf das Kreditrisiko untersucht.

C.4 Liquiditätsrisiko

C.4.1 Risikoexponierung

Liquiditätsrisiken werden anhand einer detaillierten, mehrjährigen Kapitalanlageplanung gesteuert. Sollte sich zukünftig eine Liquiditätsunterdeckung ergeben, kann so frühzeitig gegengesteuert werden.

Das Liquiditätsrisiko hängt stark vom gezeichneten Geschäft ab. Bei den Lebensversicherungsunternehmen zeichnet sich das Liquiditätsrisiko durch geringere Schwankungen und somit einer guten Planbarkeit aus. Das Abschmelzen der Bewertungsreserven infolge des Zinsanstiegs erhöht jedoch die Anforderungen an die kurzfristige Liquiditätsplanung.

Die Liquiditätsplanung wird sowohl für einen langfristigen (mindestens fünf Jahre für Lebensversicherungsunternehmen) als auch für den einjährigen Zeithorizont aufgestellt. Diese wird bis zur täglichen Betrachtungsweise detailliert, um die kurzfristigen Liquiditätsrisiken zu kontrollieren.

C.4.2 Risikokonzentration

Durch ein breit diversifiziertes Portfolio wird bei der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG eine angemessene Zusammensetzung der Vermögenswerte hinsichtlich Art, Laufzeit und Liquidität erfüllt. Die Aktiva werden in drei Liquiditätsklassen eingeteilt, wodurch eine Berücksichtigung des Liquiditätsniveaus stattfindet. Darüber hinaus wurden weitere Maßnahmen ergriffen, um kurzzeitige Liquiditätsengpässe zu bewältigen. Durch eine Streuung der Fälligkeiten des Zinsblocks über die kommenden Jahre wird eine Risikokonzentration vermieden. Kurzfristige Liquiditätsengpässe können, auch in einem berechneten Stressszenario, durch liquide Aktiva ausgeglichen werden.

C.4.3 Risikominderungsmaßnahmen

Primär dient die detaillierte Liquiditätsplanung dazu, das Risiko eines Liquiditätsengpasses zu minimieren. Darüber hinaus stehen grundsätzlich auch alternative Finanzierungsinstrumente zur Verfügung.

Das breit diversifizierte Portfolio stellt eine angemessene Zusammensetzung der Vermögenswerte hinsichtlich ihrer Liquidität sicher. Die Aktiva werden unter Berücksichtigung des Liquiditätsniveaus in drei Liquiditätsklassen eingeteilt. Zur Sicherstellung der Liquiditätsanforderungen wird die Einteilung der Aktiva in die drei Liquiditätsklassen regelmäßig auf die Einhaltung vorgegebener Limite überwacht. In der Konsequenz ergeben sich im Planpfad sowie im gestressten Planpfad keine Unterdeckungen, welche nicht durch den Verkauf liquider Assets abgedeckt werden können.

C.4.4 Risikosensitivität

Zur besseren Einschätzung der Liquiditätsrisiken werden Stressszenarien analog zu den Solvency II-Stressen durchgeführt und bewertet. Hierbei werden Veränderungen des versicherungstechnischen Cashflows vorgenommen. Darüber hinaus werden die Kapitalanlagen in verschiedene Liquiditätsklassen eingeteilt. Vorgegebene Grenzwerte in Relation zum Kapitalanlagebestand dürfen dabei nicht unterschritten werden. Die Einhaltung der Grenzen wird regelmäßig überprüft. Im Rahmen der Szenarien im Own Risk and Solvency Assessment werden zudem die Auswirkungen der einzelnen Szenarioanalysen auf das Liquiditätsrisiko untersucht.

Durch einen fortlaufenden Asset Liability Management-Prozess ist die jederzeitige Erfüllung der bestehenden und zukünftigen Verpflichtungen gewährleistet. Die zugesagten Zinsgarantien werden dabei berücksichtigt.

C.4.5 Einkalkulierter erwarteter Gewinn

Der bei künftigen Prämien einkalkulierte erwartete Gewinn ergibt sich aus dem erwarteten Barwert künftiger Zahlungsströme, die aus zukünftigen Prämien von bestehenden Verträgen resultieren. Die Berechnung erfolgt gemäß Art. 260 Abs. 2 DVO.

Die Berechnung wird in dem vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. und den Lebensversicherungsunternehmen gemeinsam entwickelten Branchensimulationsmodell umgesetzt. Der bei künftigen Prämien einkalkulierte erwartete Gewinn entspricht dabei im Wesentlichen der Differenz zwischen den versicherungstechnischen Rückstellungen ohne Risikomarge und den versicherungstechnischen Rückstellungen ohne Risikomarge berechnet unter der Annahme, dass die für die Zukunft erwarteten Prämien nicht gezahlt werden.

Zum Stichtag 31. Dezember 2025 ergab sich ein Wert in Höhe von 134,8 Mio. €.

C.5 Operationelles Risiko

C.5.1 Risikoexponierung

Das operationelle Risiko wird im Rahmen der Solvency II-Standardformel mit einem faktorbasierten Ansatz betrachtet. Das operationelle Risiko hängt vom Volumen der verdienten Bruttobeiträge und Bruttorestellungen ab. Die Solvenzkapitalanforderungen werden dabei unter Verwendung des Value at Risk der Basiseigenmittel zu einem Konfidenzniveau von 99,5 % über ein Jahr kalibriert.

Das operationelle Risiko wird in der Standardformel auf aggregierter Ebene betrachtet und betrug 25,2 Mio. € (Vorjahr 25,5 Mio. €).

Darüber hinaus werden die operationellen Risiken halbjährlich durch die Risikoinventur erhoben und qualitativ bzw. quantitativ bewertet. Im Rahmen der unternehmensspezifischen Wesentlichkeit werden diese Informationen im Own Risk and Solvency Assessment weiterverarbeitet.

Jedes operationelle Risiko lässt sich in eine Unterkategorie einordnen. Diese beschreiben die Art der Ursache, welche zur Verwirklichung des benannten Risikos führt. Die Kategorien sind unterteilt in menschliche, organisatorische und technische Fehler sowie externe Faktoren und Rechtsrisiken im Rahmen des operationellen Risikos.

Beispiele für operationelle Risiken sind insbesondere auch IT-Risiken. Seit Januar 2025 gilt die DORA-Verordnung, die der Sicherstellung der digitalen operationalen Resilienz im Finanzsektor dient und hierbei die IT-Risiken in den Blick nimmt. Die DORA spricht hierbei von Informations- und Kommunikationstechnologie-Risiken, kurz IKT-Risiken, und schließt somit die Risiken aus Kommunikation ein. Die DEVK hat Anforderungen und Vorgaben an ihre Governance und Prozesse in einer DOR-Strategie verankert. Die DORA hat maßgeblichen Einfluss auf die Betrachtung von IKT-Risiken im Risikomanagementrahmen des Unternehmens. Hierzu werden bestehende Prozesse und Methoden (z. B. Risikoinventur oder Limitsystem) genutzt, um eine effiziente Steuerung der Risiken sicherzustellen. Im Rahmen der IKT-Risiken werden unter anderem Informationssicherheitsrisiken subsumiert. Auch sind IKT-Risiken aus ausgegliederten Prozessen in die Betrachtung einzubeziehen.

Künstliche Intelligenz (KI) bietet der DEVK Chancen, innovative Lösungen zu entwickeln und effizientere Prozesse zu gestalten, um Bedürfnissen ihrer Kunden gerecht zu werden. Das Risikomanagement stellt im Einklang mit dem „EU AI Act“ sicher, dass potenzielle Gefahren und Schwachstellen in allen Phasen des Lebenszyklus eines KI-Systems systematisch identifiziert, bewertet und beherrscht werden. Die mit dem Einsatz von KI-Systemen verbundenen Risiken werden im Rahmen des Risikomanagementprozesses gesteuert. Dies gewährleistet, dass KI-spezifische Risiken im Kontext der gesamten Unternehmensrisiken angemessen adressiert werden.

C.5.2 Risikokonzentration

Risikokonzentrationen ergeben sich in den Bereichen der Technik (z. B. Ausfall der Infrastruktur), dem Faktor Mensch (z. B. demografische Entwicklung), den Störungen von internen Abläufen (z. B. Ausfall des Gebäudes) oder externen Ursachen (z. B. Naturgefahren). Verantwortlich für die Identifikation, Steuerung und Überwachung dieser Risiken sind zentrale Bereiche. Bei-

spielsweise ist die IT-Abteilung für die Technik, der Zentrale Service für die Gebäudesicherheit und die Personalabteilung für Mitarbeiter Risiken zuständig.

Zur Identifikation werden szenariospezifische Business-Impact-Analysen durchgeführt und entsprechende Notfallpläne zur Steuerung des Risikos vorgehalten. Die Überwachung des Risikos erfolgt durch Kennzahlen im Limitsystem.

C.5.3 Risikominderungsmaßnahmen

Das Management des operationellen Risikos erfolgt durch eine sorgfältige Ausgestaltung des Internen Kontrollsystems. Zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit sind zu den Risiken entsprechende Kontrollen eingerichtet. Die Funktionsfähigkeit der Kontrollen wird laufend überwacht, Kontrollschwächen werden beurteilt und ggf. beseitigt. Die Ausgestaltung des Internen Kontrollsystems orientiert sich am COSO⁸-Modell. Im Rahmen des Internen Kontrollsystem-Prozesses erfolgt eine Zuweisung klarer Zuständigkeiten für die regelmäßige Ermittlung, Dokumentation und Überwachung relevanter Exponierungen gegenüber dem Risiko.

Das Notfallmanagement (Business Continuity Management) ist Bestandteil des Internen Kontrollsystems. Es gewährleistet, dass die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG bei Unterbrechungen zeitkritischer Aktivitäten ihren Geschäftsbetrieb auf einem festgelegten Mindestniveau (Notbetrieb) fortsetzen kann und schnellstmöglich eine Wiederherstellung des Normalbetriebs erreicht. Zentraler Bestandteil des Notfallmanagements ist die Identifizierung der zeit- und geschäftskritischen Aktivitäten einschließlich der erforderlichen Ressourcen. Als kritische Aktivitäten werden all jene Aktivitäten bezeichnet, durch deren Ausfall eine Bestandsgefährdung der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG erfolgen kann. Szenariospezifisch bestehen Notfallpläne, die einen definierten Notbetrieb gewährleisten und eine schnelle Rückkehr zum Normalbetrieb ermöglichen. Notfallübungen dienen der Prüfung der Wirksamkeit der Maßnahmen.

Auf der Grundlage der Anforderungen wurde ein IT-Service Continuity Plan mit folgenden Bestandteilen entwickelt:

- IT-Notfallhandbuch,
- Wiederanlaufpläne für alle geschäftskritischen Anwendungs-Services und Basisdienste und
- übergeordneter Wiederanlauf-Gesamtplan.

Die IT-Infrastruktur der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG ist redundant ausgelegt. Die beiden Rechenzentren sind über zwei getrennte Glasfaserleitungen miteinander verbunden. Im Rahmen der Cloudstrategie werden zunehmend Systeme in der Cloud betrieben.

Der IT-Service Continuity Plan wird regelmäßig getestet, um eine effektive Wiederherstellung der IT-Systeme sicherzustellen.

Die Informationssicherheits-Strategie der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG verfolgt die Sicherheitsziele Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit von Daten, Anwendungen und der IT-Infrastruktur. Zentrale Elemente des Informationssicherheits-Managements der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG sind das Informationssicherheits-Board und der Informationssicherheitsbeauftragte. Das Informationssicherheits-Board dient der strategischen Steuerung der Informationssicherheit der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG und der Vorbe-

⁸ Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission

reitung sicherheitsrelevanter Entscheidungsvorlagen für den Vorstand. Der Informationssicherheitsbeauftragte steuert den Informationssicherheitsprozess. Um ein gleichmäßiges und angemessenes Sicherheitsniveau zu erreichen, werden die Sicherheitsmaßnahmen am Schutzbedarf und den Bedrohungen der Sicherheitsziele ausgerichtet. Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG strebt im Hinblick auf das Gesetz zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme (IT-Sicherheitsgesetz) für den IT-Betrieb die Zertifizierungsreife nach ISO27001 auf Basis des IT-Grundschutzes nach Standard des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik an.

Das Management von Kopfmonopolen und Schlüsselpositionen ist grundsätzlich Bestandteil der Personalstrategie der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG. Im Rahmen der Personalplanung werden Kopfmonopole und Schlüsselpositionen regelmäßig erhoben. Zur Vermeidung von Kopfmonopolen wird Wissen auf mehrere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen verteilt und durch Dokumentationen abgesichert. Dem demografischen Risiko begegnet die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG mit Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitgeberattraktivität. Hierzu zählen verstärktes Personalmarketing und flexible Arbeitszeitmodelle zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ein aktives Gesundheitsmanagement wirkt dem Krankheitsrisiko der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen entgegen.

Die Sicherheit der Programme und der Datenhaltung sowie des laufenden Betriebs werden durch umfassende Zugangskontrollen und Schutzvorkehrungen in den Rechenzentren der Drittanbieter (Cloud) gewährleistet.

Rechtliche Risiken sind Bestandteil der operationellen Risiken. Rechtsänderungsrisiken bezeichnen Risiken, die sich aufgrund einer Änderung des Rechtsumfelds einschließlich der aufsichtsrechtlichen Anforderungen ergeben. Zu den Folgen aus Compliance-Risiken gehören rechtliche oder aufsichtsrechtliche Sanktionen und wesentliche finanzielle Verluste, die aus der Nichteinhaltung externer Anforderungen oder interner Vorgaben resultieren. Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG hat ein Compliance-Management-System etabliert, das die Einhaltung externer Anforderungen und interner Vorgaben gewährleistet.⁹

C.5.4 Risikosensitivität

Das operationelle Risiko wird nicht bei einzelnen Stresstests oder Szenarioanalysen betrachtet. Jedoch wird das operationelle Risiko im Rahmen der Szenarien im Own Risk and Solvency Assessment berücksichtigt und die Entwicklung in den einzelnen Szenarien beobachtet.

⁹ Erläuterungen zur Compliance-Management-Funktion finden sich in Kapitel B.4.2.

C.6 Andere wesentliche Risiken

C.6.1 Risikoexponierung

Strategisches Risiko

Das strategische Risiko ist das Risiko, das sich aus strategischen Geschäftsentscheidungen ergibt. Hierzu zählt insbesondere das Risiko, dass Geschäftsentscheidungen nicht einem geänderten Wirtschaftsumfeld angepasst werden.

Zur Minimierung des strategischen Risikos wird die Strategie der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG jährlich überprüft und regelmäßig angepasst. Zur Steuerung des Unternehmens wird die Strategie operationalisiert und mittels Kennzahlen ständig überprüft.

Für die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG ergeben sich weiterhin Risiken aus der Veränderung des Wettbewerbsumfelds (z. B. Kosten- und Produktwettbewerb). Um diese Risiken frühzeitig zu erkennen, führt die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG regelmäßig Wettbewerbsanalysen des Versicherungsmarkts durch. Hierzu werden finanzielle Kennzahlen (unter anderem Beitragsentwicklung, Eigenkapital, Geschäftsergebnisse) der wesentlichen Wettbewerber untersucht.

Bei der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG wird die Abhängigkeit in der vertrieblichen Zusammenarbeit mit den Sparda-Banken als wesentliches strategisches Risiko betrachtet.

Darüber hinaus wird das Nichterreichen von Vertriebszielen, insbesondere im Kontext der biometrischen Umgestaltung des Produktportfolios in der Lebensversicherung, als wichtiges strategisches Risiko eingeschätzt.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko ist das Risiko, das sich aus einer möglichen Beschädigung des Rufs des Unternehmens infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit ergibt (z. B. bei Kunden und Kundinnen, Geschäftspartnern und Geschäftspartnerinnen, Behörden). Das Reputationsrisiko ist vielfach ein Folgerisiko aus anderen Risiken wie beispielsweise ein Datenschutzvorfall. Insbesondere aus der Gruppenzugehörigkeit kann ein Reputationsschaden auf weitere Gesellschaften der DEVK-Gruppe abfärben.

Zuständig für den Kontakt mit Medien ist die Presseabteilung. Die Pressesprecherin vertritt das Unternehmen gegenüber den Medien in Abstimmung mit dem Vorstandsvorsitzenden. In einem Presseleitfaden wird der Umgang mit Presseanfragen (z. B. in Schadenfällen) und bei kritischer oder unkorrekter Berichterstattung (z. B. Umgang mit Gegendarstellungen) beschrieben.

Die DEVK hat sich das Ziel gesetzt, die zufriedensten Kunden und Kundinnen zu haben. Dies wird in der Außendarstellung mit dem Slogan „DEVK. Gesagt. Getan. Geholfen.“ ausgedrückt. Auf dieses Ziel sind die Prozesse der DEVK ausgerichtet.

Außerbilanzielles Risiko

Bei außerbilanziellen Risiken handelt es sich bei der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG um Geschäfte, die weder in der Handelsbilanz (im Sinne des § 285 Nr. 3 HGB) noch in der Solvabilitätsübersicht (Solvenzbilanz) enthalten sind.

Als wesentliches außerbilanzielles Risiko ist die Mitgliedschaft im Sicherungsfonds Protektor zu nennen.

Lebensversicherer sind nach § 221 Abs. 1 VAG zur Mitgliedschaft in einem Sicherungsfonds, der dem Schutz der Ansprüche der Versicherungsnehmer und Versicherungsnehmerinnen, der versicherten Personen und der Bezugsberechtigten dient, verpflichtet. Nach § 226 Abs. 1 VAG sind die Mitgliedsunternehmen verpflichtet Beiträge an den Sicherungsfonds zu leisten.

Emerging Risks

Emerging Risks (Zukunftsrisiken) sind Trends oder plötzlich eintretende Ereignisse, die durch ein hohes Maß an Unsicherheit in Bezug auf Eintrittswahrscheinlichkeit und der zu erwartenden Schadenhöhe gekennzeichnet sind. Art und Umfang der Auswirkungen solcher Risiken sind nur schwer kalkulierbar, da Fälle dieser Art bisher gar nicht oder nur sehr selten vorgekommen sind.

Relevante Emerging Risks ergeben sich für die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG aus künstlicher Intelligenz, aus Cyberrisiken durch die zunehmende Vernetzung der IT-Architektur, aus dem Klimawandel und aus der Digitalisierung. Diese Risiken sind in der Risikoinventur in entsprechenden Meldungen adressiert. Die Cyberrisiken werden im Handlungsfeld „Informationssicherheit“ der IT-Strategie und der Klimawandel in der Rückversicherungsstrategie sowie im Prämien- und Reserverisiko berücksichtigt.

Nachhaltigkeitsrisiken

Die DEVK schreibt jährlich einen Nachhaltigkeitsbericht, welcher Bestandteil des Lageberichts ist und damit auf gleicher Stufe mit dem Finanzbericht steht. Die Auswirkungen des wirtschaftlichen Handelns der DEVK auf die Umwelt (impact materiality) und die Auswirkungen der Umwelt auf die DEVK (financial materiality) werden unter Berücksichtigung spezifischer Wesentlichkeitsgrenzen untersucht. Grundlage der Wesentlichkeitsanalyse ist die Risikoinventur, die die DEVK halbjährlich durchführt.

Nachhaltigkeitsrisiken sind oftmals Teilaspekte bereits bestehender Risiken. Deshalb werden Nachhaltigkeitsrisiken als zusätzliche Dimension bestehender Risiken gekennzeichnet. Interne Kontrollen ergeben sich aus Quality Gates im Rahmen des Freigabeprozesses der Risikoberichterstattung. Zu nennen sind die dezentrale Risikorunde und das Risikokomitee. Die sich daraus ergebenden Risiken waren Aufsatzpunkte im Rahmen der doppelten Wesentlichkeitsanalyse. Vorherrschendes Bewertungsverfahren ist die Expertenschätzung auf Grundlage des aufsichtsrechtlichen Sicherheitsniveaus (200-Jahres-Ereignis). Die Priorisierung der Nachhaltigkeitsrisiken ergibt sich aus dem Wesentlichkeitskonzept der DEVK. Risiken, deren Bewertung die unternehmensspezifischen Wesentlichkeitsgrenzen übersteigen, werden als wesentliche Risiken ausgewiesen und erhöhen das notwendige Risikokapital der betreffenden Gesellschaft.

Die DEVK setzt sich als Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit für eine starke Gemeinschaft und lebenswerte Zukunft ein. Dieser Verantwortung für Natur und Gesellschaft wird die DEVK als (Rück-)Versicherer, Arbeitgeber und Kapitalanleger gerecht. Nachhaltiges Handeln wird da-

bei als Chance verstanden, um neue Lösungen zu finden und langfristig erfolgreich zu sein. Das bietet die Möglichkeit, sich über die eigentliche Geschäftstätigkeit hinaus sozial und ökologisch zu engagieren.

Die DEVK hat eine neue Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt, die den Anspruch des Unternehmens unterstreicht. Im Mittelpunkt steht das Ziel, eine starke Gemeinschaft und eine lebenswerte Zukunft zu fördern. Dieser Verantwortung gegenüber Natur und Gesellschaft stellt sich die DEVK in ihren Rollen als (Rück-)Versicherer, Arbeitgeber und Kapitalanleger.

Nachhaltiges Handeln wird dabei als Chance verstanden, innovative Lösungen zu entwickeln und langfristige Stabilität sowie wirtschaftlichen Erfolg zu sichern. Die neue Nachhaltigkeitsstrategie schafft zudem Möglichkeiten, sich über die eigentliche Geschäftstätigkeit hinaus verstärkt sozial und ökologisch zu engagieren.

C.6.2 Risikokonzentration

Mit dem strategischen Risiko eines Versicherers sind Risiken sowohl auf der Kapitalanlageseite als auch in der Versicherungstechnik verbunden. Dies wird über das Asset Liability Management und das Konzentrationsrisikomanagement gesteuert. Aufgabe des Asset Liability Managements ist es, Abhängigkeiten zwischen Risiken unterschiedlicher Klassen von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten aufzuzeigen. Das Konzentrationsrisikomanagement hat zur Aufgabe, relevante Quellen von Risikokonzentrationen zu identifizieren und mögliche Gefahren einer Ansteckung zwischen konzentrierten Risiken zu analysieren.

Zentrales Element des Asset Liability Managements ist der hierfür eingerichtete Arbeitskreis. Dieses Gremium analysiert die Wechselwirkungen zwischen der Kapitalanlage und dem Produktportfolio sowie mit den damit verbundenen Verbindlichkeiten. Zudem unterstützt es die Risikomanagementfunktion der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG mit der Bereitstellung von Methoden und Fachexpertise zu den wechselseitigen Risiken von Assets (Aktiva) und Liabilities (Passiva). Ein weiteres Instrument des Asset Liability Managements bzw. Konzentrationsrisikomanagements sind die Szenarioanalysen im Rahmen des Own Risk and Solvency Assessment-Prozesses. Stresstests hat die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG als ungünstig betrachtete Szenarien (MaGo Rz. 184) definiert (z. B. eine Marktkrise).

Im Rahmen der quartalsweisen Risikoberichterstattung werden unter dem Kapitel „Risikotreiber“ in der dezentralen Risikorunde und im Risikokomitee regelmäßig mögliche Ansteckungseffekte durch aktuelle Ereignisse oder sich ändernde Rahmenbedingungen (Gesetzesänderungen) interdisziplinär (aktiv/passiv) thematisiert.

C.6.3 Risikominderungsmaßnahmen

Alle angewendeten finanziellen Minderungstechniken sind bei der Bewertung der in den Kapiteln C.1 bis C.5 dargestellten Risiken explizit berücksichtigt und gemäß Standardformel im Ausfallrisiko berücksichtigt.

Künftige Maßnahmen des Managements spielen bei der Bewertung der Risiken keine wesentliche Rolle und sind daher nicht berücksichtigt.

C.6.4 Risikosensitivität

Die anderen Risiken werden nicht bei einzelnen Stresstests oder Szenarioanalysen betrachtet. Jedoch fließen sie in das operationelle Risiko im Rahmen der Szenarien im Own Risk and Solvency Assessment ein und werden in der Entwicklung der einzelnen Szenarien beobachtet.

C.7 Sonstige Angaben

Werthaltigkeit der Risikominderung latenter Steuern

Die Risikominderung durch latente Steuern in Höhe von 45,8 Mio. € entsteht grundsätzlich aus der Änderung der latenten Steuern im Stressfall. Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG verfügte über bilanzielle latente Steuerverpflichtungen in Höhe von 45,8 Mio. €. Ohne Berücksichtigung der Werthaltigkeit hätten sich im Stress latente Steueransprüche der Solvenzbilanz in Höhe von 25,5 Mio. € ergeben.

Gemäß Art. 207 DVO darf ein Anstieg latenter Steueransprüche lediglich dann risikomindernd angesetzt werden, wenn dieser werthaltig ist, das heißt, wenn wahrscheinlich ist, dass es künftig steuerpflichtige Gewinne geben wird, gegen die der latente Steueranspruch aufgerechnet werden kann. Zur Vermeidung von Doppelzahlungen dürfen hierbei ausschließlich Gewinne berücksichtigt werden, die nicht bereits in der Solvenzbilanz berücksichtigt werden.

Für die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG ergaben sich im Stressfall keine steuerpflichtigen Gewinne, gegen die der latente Steueranspruch im Stress hätte aufgerechnet werden können. Daher beschränkt sich die Risikominderung auf die in der Solvenzbilanz vorhandenen latenten Steuerverpflichtungen.

Die Planungsrechnung zur Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne wird grundsätzlich über den Zeithorizont der Geschäftsplanung (5 Jahre) durchgeführt.

Für die gestresste Planung wird zusätzlich angenommen, dass sich ein Stress in Höhe des zum Stichtag ermittelten Solvenzkapitals im ersten Prognosejahr realisiert. Darüber hinaus wird unterstellt, dass die Renditen der Investitionen auch in den Folgejahren lediglich den impliziten Renditen der Forwardzinssätze entsprechen, die sich aus der risikofreien Zinsstrukturkurve im Zinsanstieg (relevanter Zinsstress) ergeben.

Bewertung für Solvabilitätszwecke

D

Auf einen Blick

In diesem Kapitel wird die Solvenzbilanz (Marktwertsichtweise) dargestellt und im Weiteren einzelne Bilanzpositionen der HGB-Bilanz (Buchwertsichtweise) gegenübergestellt. Eine Bilanz unterteilt sich grundsätzlich in Aktiva und Passiva.

Die Vermögenswerte (Aktiva) schlagen sich auf der Aktivseite der Solvency II-Bilanz nieder und spiegeln dabei die Mittelverwendung wider. Zu den Vermögenswerten gehören z. B. Anleihen, Anteile an verbundenen Unternehmen, Organismen für gemeinsame Anlagen sowie Darlehen, Hypotheken und Forderungen gegenüber unterschiedlichen Vertragspartnern.

Die Passiva spiegeln die Mittelherkunft wider. Vereinfacht setzt sich die Passivseite aus dem Eigenkapital sowie den Verbindlichkeiten zusammen. Wichtiger Teil der Passivseite eines Versicherungsunternehmens sind die sogenannten versicherungstechnischen Rückstellungen, um die Erbringung zukünftiger Leistungen, die sich aus der Versicherungstätigkeit ableiten, zu gewährleisten. Diese Rückstellungen stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Versicherungsgeschäft und sichern die dauerhafte Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen.

Für die Ermittlung der Solvency II-Bilanz bilden die Bewertungsgrundsätze der DVO 2015/35 die Grundlage. Die Solvenzbilanz stellte sich wie folgt dar:¹⁰

Tab. 14: Aktiva der Solvenzbilanz mit Vorjahresvergleich

Aktiva	Solvency II 2025	Solvency II 2024	Differenz
Immaterielle Vermögenswerte	-	-	-
Latente Steueransprüche	-	-	-
Sachanlagen für den Eigenbedarf	3,4	3,3	0,1
Anlagen	4.995,1	5.209,2	-214,1
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	151,4	149,4	2,0
Anteile an verbundenen Unternehmen	687,9	838,2	-150,3
Aktien	39,6	65,7	-26,1
Anleihen	3.125,5	3.112,4	13,1
Organismen für gemeinsame Anlagen	990,8	1.037,7	-46,9
Derivate	0,0	5,7	-5,7
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente	-	-	-
Sonstige Anlagen	-	-	-
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	631,1	563,8	67,3
Darlehen und Hypotheken	412,1	441,3	-29,2
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	208,2	234,6	-26,4
Sonstige Darlehen und Hypotheken	201,7	204,2	-2,5
Policendarlehen	2,2	2,5	-0,3
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen	-12,1	-22,3	10,2
Depotforderungen	-	-	-
Forderungen ggü. Versicherungen und Vermittlern	5,4	5,7	-0,3
Forderungen ggü. Rückversicherern	-	-	-
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	34,5	14,8	19,7
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	0,0	0,0	0,0
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	0,5	0,6	-0,1
Gesamtsumme	6.070,1	6.216,5	-146,4

alle Werte in Mio. €

¹⁰ Auf den Ausweis der Bilanzpositionen „Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen“, „Eigene Anteile (direkt gehalten)“, „Fällige aber nicht eingezahlte Mittel“ und „Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ wird verzichtet, da sie bei keiner der DEVK-Gesellschaften relevant sind.

Tab. 15: Passiva der Solvenzbilanz mit Vorjahresvergleich

Passiva	Solvency II 2025	Solvency II 2024	Differenz
Versicherungstechnische Rückstellungen	5.320,7	5.513,3	-192,6
Eventualverbindlichkeiten	-	-	-
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	1,0	2,3	-1,3
Rentenzahlungsverpflichtungen	8,2	8,6	-0,4
Depotverbindlichkeiten (aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft)	15,9	13,6	2,3
Latente Steuerschulden	45,8	59,7	-13,9
Derivate	16,0	10,4	5,6
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	-	-	-
Verbindlichkeiten ggü. Versicherungen und Vermittlern	16,8	16,5	0,3
Verbindlichkeiten ggü. Rückversicherern	2,1	2,0	0,1
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	0,7	0,5	0,2
Nachrangige Verbindlichkeiten	-	-	-
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	16,4	22,0	-5,6
Verbindlichkeiten insgesamt	5.443,6	5.648,9	-205,3
<i>Aktiv über Passiv</i>	<i>626,5</i>	<i>567,6</i>	<i>58,9</i>
Gesamtsumme	6.070,1	6.216,5	-146,4

alle Werte in Mio. €

Abweichend dazu wurde die Bilanzsumme nach HGB in Höhe von 6.656,6 Mio. € ausgewiesen. Die Gesamtverbindlichkeiten nach HGB entsprachen 6.494,4 Mio. €, daraus resultierte ein Aktiv über Passiv nach HGB in Höhe von 162,2 Mio. €.¹¹

Auf fremde Währungen lautende Kapitalanlagen werden per Devisenkassamittelkurs zum Jahresende in die Zeitwertermittlung einbezogen.

Die angegebenen Kurswerte der Kapitalanlagen enthalten den jeweiligen Kurswert und etwaig aufgelaufene Stückzinsen (Dirty Price).

Im Folgenden werden die Bewertungsunterschiede zwischen der HGB-Bilanz und der Solvency II-Bilanz je Bilanzposition erläutert.

¹¹ Werte in der Struktur der Solvenzbilanz.

D.1 Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte

	HGB	Solvency II	Differenz
Immaterielle Vermögenswerte	1,9	-	-1,9

alle Werte in Mio. €

HGB

Die immateriellen Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten bewertet und mit Ausnahme der geleisteten Anzahlungen planmäßig abgeschrieben. Bei geringwertigen Anlagegütern, die dem Sammelposten zugeführt werden, erfolgen Abschreibungen über fünf Jahre verteilt, jeweils beginnend mit dem Anschaffungsjahr. Andernfalls werden diese im Anschaffungsjahr als Aufwand erfasst.

Wertunterschied Solvency II

Nach Solvency II werden immaterielle Vermögensgegenstände nur angesetzt, wenn sie separat veräußerbar sind und ein aktiver Markt für sie vorhanden ist. Eine Bewertung erfolgt anhand des Neubewertungsmodells.

Bei den vorliegenden immateriellen Vermögensgegenständen kann kein aktiver Markt unterstellt werden. Folglich fanden nach Solvency II die immateriellen Vermögensgegenstände keinen Ansatz.

Nach HGB wurde ein Wert von 1,9 Mio. € ausgewiesen.

Latente Steueransprüche

	HGB	Solvency II	Differenz
Latente Steueransprüche	-	-	-

alle Werte in Mio. €

HGB

Vom Ansatzwahlrecht aktiver latenter Steuern nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wurde kein Gebrauch gemacht. Der Bilanzposten wurde deshalb mit Null ausgewiesen.

Wertunterschied Solvency II

Aktive latente Steuerpositionen entstehen für temporäre Differenzen, die künftig zu einer Steuerentlastung führen werden. Dies geschieht, wenn der Solvency II-Wert eines Vermögensgegenstands den Steuerbilanzwert unterschreitet oder der Solvency II-Wert einer Schuld den Steuerbilanzwert überschreitet. Die Beurteilung und Ermittlung der latenten Steuern auf die

temporären Differenzen erfolgt unter Berücksichtigung der gesetzlichen Körperschaftsteuersatzsenkung von jährlich 1 % p. a. in den Jahren 2028 bis 2032 (von 15 % auf schlussendlich 10 %).

Daneben führt auch die Nutzung vorhandener steuerlicher Verlustvorträge zu einer künftigen Steuerentlastung. Daher werden grundsätzlich auch auf Verlustvorträge aktive latente Steuern abgegrenzt, sofern innerhalb von fünf Jahren mit einer Verlustverrechnung zu rechnen ist.

Gemäß Art. 15 DVO dürfen latente Steueransprüche lediglich dann angesetzt werden, wenn diese werthaltig sind, das heißt wenn wahrscheinlich ist, dass es künftig steuerpflichtige Gewinne geben wird, gegen die der latente Steueranspruch aufgerechnet werden kann. Zur Vermeidung von Doppelzahlungen dürfen hierbei ausschließlich Gewinne betrachtet werden, die nicht bereits in der Solvenzbilanz berücksichtigt werden.

Die Planungsrechnung zur Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne wird grundsätzlich über den Zeithorizont der Geschäftsplanung (fünf Jahre) durchgeführt.

Der Ausweis der aktiven latenten Steuern erfolgt saldiert mit den festgestellten passiven latenten Steuern. Aufgrund des bestehenden Überhangs der passiven latenten Steuern wurden daher zum Stichtag keine aktiven latenten Steuern in der Solvenzbilanz ausgewiesen.

Sachanlagen für den Eigenbedarf

	HGB	Solvency II	Differenz
Sachanlagen für den Eigenbedarf	2,2	3,4	1,2

alle Werte in Mio. €

HGB

Die Sachanlagen für den Eigenbedarf umfassen die Betriebs- und Geschäftsausstattung. Selbstgenutzte Grundstücke und Gebäude werden nach HGB vollständig den Kapitalanlagen zugeordnet. Die Sachanlagen werden nach HGB zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert. Abschreibungen erfolgen nach der linearen Methode. Bei geringwertigen Anlagegütern, die dem Sammelposten zugeführt werden, erfolgen Abschreibungen über fünf Jahre verteilt, jeweils beginnend mit dem Anschaffungsjahr. Andernfalls werden diese im Jahr der Anschaffung als Betriebsausgabe erfasst.

Wertunterschied Solvency II

Nach Solvency II erfolgt eine Bewertung der Sachanlagen für den Eigenbedarf anhand des Neubewertungsmodells. Sofern eine Immobilie nicht vollständig zum Zwecke der Erzielung von Mieteinnahmen oder zur Wertsteigerung gehalten wird und die Bestandteile selbstständig verkauft oder vermietet werden können, sind der eigengenutzte Anteil und der fremdgenutzte Anteil getrennt anzusetzen. Der eigengenutzte Anteil wird unter den Sachanlagen für den Eigenbedarf aufgeführt. Die fremdgenutzten Anteile werden unter der Position Anlagen aufgeführt. Da die Betriebs- und Geschäftsausstattung wertmäßig im Vergleich von untergeordneter Bedeutung ist, wird unter Solvency II der HGB-Ansatz (Anschaffungskostenmodell) beibehalten.

Zum Stichtag belief sich der Wert nach Solvency II auf 3,4 Mio. € (Vorjahr 3,3 Mio. €). Nach HGB wurde ein Wert von 2,2 Mio. € ausgewiesen.

Anlagen

	HGB	Solvency II	Differenz
Summe Anlagen	5.428,0	4.995,1	-432,9

alle Werte in Mio. €

Immobilien (außer zur Eigennutzung)

	HGB	Solvency II	Differenz
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	78,8	151,4	72,6

alle Werte in Mio. €

HGB

Die Immobilien (Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken) werden mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet.

Wertunterschied Solvency II

Für alle Investments in Immobilien werden regelmäßig im Intervall von fünf Jahren vollumfängliche Wertgutachten anhand des Ertragswertverfahrens erstellt. Der hier ermittelte Verkehrswert wird als Bewertungsmaßstab für die Solvenzbilanz angesetzt. Darüber hinaus werden diese Wertgutachten jährlich durch Wertfortschreibungsgutachten ergänzt. Sämtliche Gutachten werden durch externe, öffentlich bestellte und vereidigte Wertgutachter durchgeführt.

Unterschiede ergeben sich daraus, dass in der Bewertung des HGB-Jahresabschlusses zum einen die Immobilien anhand der fortgeführten Anschaffungskosten planmäßig über die Nutzungsdauer linear abgeschrieben werden und zum anderen aber auch aus anfallenden aktivierungsfähigen Aufwendungen resultieren, soweit diese keine Auswirkungen auf die Mieterträge und somit auf die Verkehrswerte haben.

Zum Stichtag belief sich der Wert nach Solvency II auf 151,4 Mio. € (Vorjahr 149,4 Mio. €). Nach HGB wurde ein Wert von 78,8 Mio. € ausgewiesen.

Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen

	HGB	Solvency II	Differenz
Anteile an verbundenen Unternehmen	566,4	687,9	121,5

alle Werte in Mio. €

HGB

Im HGB-Jahresabschluss werden die Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen mit den Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert ausgewiesen.

Wertunterschied Solvency II

Die Zeitwertermittlung der Solvenzbilanz für Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, erfolgt gemäß den Grundsätzen von Solvency II. Dies impliziert eine Bewertung auf Basis der Adjusted Equity-Methode. In manchen Fällen wird aufgrund nicht ausreichender Informationen auf Ertragswerte bzw. bei untergeordneten Beteiligungen auf Buchwerte übergegangen. Eine klare Abweichung zur Zeitwertermittlung in den Anhangangaben gemäß RechVersV bilden hier die Beteiligungen an Versicherungs- bzw. Rückversicherungsunternehmen, welche für Solvency II gemäß der Adjusted Equity-Methode auf Basis der Solvency II-Bilanz (Überschuss der Aktiva über die Verbindlichkeiten) bewertet werden.

Zum Stichtag belief sich der Wert nach Solvency II auf 687,9 Mio. € (Vorjahr 838,2 Mio. €). Nach HGB wurde ein Wert von 566,4 Mio. € ausgewiesen.

Aktien (außer Beteiligungen)

	HGB	Solvency II	Differenz
Aktien	16,3	39,6	23,3
<i>alle Werte in Mio. €</i>			

HGB

Der Ansatz der Aktien erfolgt in der Handelsbilanz zu Anschaffungskosten oder niedrigeren Börsenkursen. Kapitalanlagen, die dem Anlagevermögen zugeordnet sind, werden unter HGB mit dem gemilderten Niederstwertprinzip angesetzt. Kapitalanlagen, die dem Umlaufvermögen zugeordnet sind, werden nach dem strengen Niederstwertprinzip ausgewiesen. Etwaige Zuschreibungen, die sich aus der Werterholung des Vermögensgegenstands ergeben, werden maximal bis zur Höhe der Anschaffungskosten zugeschrieben.

Wertunterschied Solvency II

Sämtliche an Börsen gehandelte Aktien werden mit dem entsprechenden Kurs des Informationsdienstleisters Bloomberg zum Solvenzbilanzstichtag bewertet. Es liegen keine nicht notierten Aktien vor.

Zum Stichtag belief sich der Wert nach Solvency II auf 39,6 Mio. € (Vorjahr 65,7 Mio. €). Nach HGB wurde ein Wert von 16,3 Mio. € ausgewiesen.

Anleihen

	HGB	Solvency II	Differenz
Anleihen	3.810,9	3.125,5	-685,4
<i>alle Werte in Mio. €</i>			

HGB

Der Ansatz der Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren erfolgt in der Handelsbilanz zu Anschaffungskosten oder niedrigeren Börsenkursen. Kapitalanlagen, die dem Anlagevermögen zugeordnet werden, werden unter HGB mit dem gemilderten Niederstwertprinzip angesetzt. Kapitalanlagen, die dem Umlaufvermögen zugeordnet sind, werden nach dem strengen Niederstwertprinzip ausgewiesen. Etwaige Zuschreibungen, die sich aus der Werterholung des Vermögensgegenstands ergeben, werden maximal bis zur Höhe der Anschaffungskosten zugeschrieben.

Die Bilanzwerte der Namensschuldverschreibungen entsprechen den Nennwerten. Agio und Disagio werden durch Rechnungsabgrenzung auf die Laufzeit verteilt.

Die Bilanzwerte der Schuldscheinforderungen, Darlehen und der übrigen Ausleihungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und den Rückzahlungsbeträgen unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt.

Zero-Schuldscheindarlehen und Zero-Namensschuldverschreibungen werden mit den Anschaffungskosten zuzüglich des in Abhängigkeit vom Kapitalvolumen und der Verzinsungsvereinbarung ermittelten Zinsanspruchs aktiviert.

Wertunterschied Solvency II

Börsennotierte Wertpapiere werden in der Solvenzbilanz mit den maßgeblichen Börsenjahresabschlusskursen angesetzt.

Die Marktwerte der Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen sowie Darlehen werden auf Grundlage der Euro-Swapkurve mit entsprechenden Spreadaufschlägen zugrunde gelegt. Der jeweilige Spread wird aktuellen Spreadanalysen entnommen und bildet somit eine marktgerechte Betrachtungsweise ab.

Die Zeitwerte der übrigen Ausleihungen und stillen Beteiligungen im Sinne des Kreditwesengesetzes (Eigenkapitalsurrogate) werden auf Basis eines Discounted Cashflow-Verfahrens auf der Grundlage der risikofreien Zinsstrukturkurve (Euro-Swap) und eines Risikoaufschlags ermittelt. Dabei werden die erwarteten zukünftigen Zahlungsströme unter Beachtung von schuldnerspezifischen Annahmen berücksichtigt.

Zusätzlich erfolgt zum Bilanzstichtag die Zeitwertermittlung einzelner komplexer Zinsstrukturen durch ein unabhängiges Finanzunternehmen. Diese zusätzliche Analyse dient bei komplexen, strukturierten Produkten zur Verifizierung der von den Banken angegebenen Kurse.

Unabhängig von der Anlagekategorie erhalten Schuldner, bei denen Zahlungsausfälle angekündigt sind bzw. stattgefunden haben, einen individuellen Bewertungskurs pro Papier, der das stark erhöhte Ausfallrisiko berücksichtigt. Unter Umständen werden die erwarteten Zins- und Kapitalrückzahlungen in den Zahlungsplänen geändert. Diese Annahmen werden fortwährend reflektiert und bei Bedarf kurzfristig angepasst.

Zum Stichtag belief sich der Wert nach Solvency II auf 3.125,5 Mio. € (Vorjahr 3.112,4 Mio. €). Nach HGB wurde ein Wert von 3.810,9 Mio. € ausgewiesen.

Organismen für gemeinsame Anlagen (Investmentfonds)

	HGB	Solvency II	Differenz
Organismen für gemeinsame Anlagen	955,6	990,8	35,2

alle Werte in Mio. €

HGB

Der Ansatz der Investmentanteile erfolgt in der Handelsbilanz zu Anschaffungskosten oder niedrigeren Börsenkursen. Kapitalanlagen, die dem Anlagevermögen zugeordnet sind, werden mit dem gemilderten Niederstwertprinzip angesetzt. Kapitalanlagen, die dem Umlaufvermögen zugeordnet sind, werden nach dem strengen Niederstwertprinzip ausgewiesen. Etwaige Zuschreibungen, die sich aus der Werterholung des Vermögensgegenstands ergeben, werden maximal bis zur Höhe der Anschaffungskosten zugeschrieben.

Wertunterschied Solvency II

Die Investmentanteile werden zum Stichtag der Solvenzbilanz mit dem maßgeblichen Rücknahmepreis angegeben.

Zum Stichtag belief sich der Wert nach Solvency II auf 990,8 Mio. € (Vorjahr 1.037,7 Mio. €). Nach HGB wurde ein Wert von 955,6 Mio. € ausgewiesen.

Derivate

	HGB	Solvency II	Differenz
Derivate	-	0,0	0,0

alle Werte in Mio. €

HGB

Die meisten von der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG genutzten Derivate werden in HGB i. d. R. mit der Optionsprämie bilanziert. Gemäß HGB haben z. B. Vorkäufe oder Zinsswaps keine Buchwerte und werden daher nicht bilanziert.

Wertunterschied Solvency II

In der Solvenzbilanz erfolgt für Derivate eine Bewertung zu Marktwerten und somit eine Umbewertung. Die Optionen werden mit Hilfe von Modellen nach Black-Scholes (europäische) oder Barone-Adesi (amerikanische) bewertet.

Die Bewertungsmethode für Vorkäufe basiert auf Kursen des Informationsdienstleisters Bloomberg und eigenen Berechnungen auf Grundlage von Marktdaten.

Für die Bewertung von Zinsswaps wird die Barwertmethode verwendet. Für die variablen Cashflows werden dabei die Forward-Zinssätze unterstellt.

Zum Stichtag belief sich der Wert nach Solvency II auf 0,0 Mio. € (Vorjahr 5,7 Mio. €). Nach HGB wurde ein Wert von 0,0 Mio. € ausgewiesen.

Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente

	HGB	Solvency II	Differenz
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente	-	-	-
			<i>alle Werte in Mio. €</i>

HGB

Die Einlagen werden unter HGB mit dem Nennwert bilanziert.

Wertunterschied Solvency II

Die Einlagen werden in der Solvenzbilanz mit dem Nennwert zuzüglich etwaig aufgelaufener Stückzinsen angesetzt.

Bei der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG lagen zum Bilanzstichtag keine Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente vor.

Sonstige Anlagen

	HGB	Solvency II	Differenz
Sonstige Anlagen	-	-	-
			<i>alle Werte in Mio. €</i>

HGB

Die sonstigen Anlagen setzen sich vor allem aus Beteiligungen an Dachfonds zusammen. Diese werden unter HGB zu Anschaffungskosten bzw. niedrigeren Börsenkursen bewertet.

Wertunterschied Solvency II

Die sonstigen Anlagen werden unter Solvency II anhand der aggregierten Net Asset Values der zugrunde liegenden Zielfonds bewertet.

Zum Stichtag belief sich der Wert nach Solvency II auf 0,0 Mio. € (Vorjahr 0,0 Mio. €). Nach HGB wurde ein Wert von 0,0 Mio. € ausgewiesen.

Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge

	HGB	Solvency II	Differenz
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	631,1	631,1	-

alle Werte in Mio. €

HGB

Bei der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG werden keine indexgebundenen Versicherungen geführt. Vermögenswerte für fondsgebundene Lebens- und Rentenversicherungen, bei denen das Kapitalanlagerisiko von dem Kunden oder der Kundin getragen wird, werden sowohl in der HGB-Bilanz als auch der Solvenzbilanz mit dem zum Bilanzstichtag aktuellen Börsenkurs bewertet. Die Zeitwertbilanzierung unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Vorsicht erfolgt gemäß § 341d HGB, da für diese Kapitalanlagen ein Anlagestock gemäß § 125 VAG zu bilden ist.

Wertunterschied Solvency II

Der Ansatz in der Solvenzbilanz erfolgt analog dem HGB-Ansatz.

Zum Stichtag belief sich der Wert nach Solvency II auf 631,1 Mio. € (Vorjahr 563,8 Mio. €). Nach HGB wurde ebenfalls ein Wert von 631,1 Mio. € ausgewiesen.

Darlehen und Hypotheken

	HGB	Solvency II	Differenz
Darlehen und Hypotheken	478,0	412,1	-65,9
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	229,5	208,2	-21,3
Sonstige Darlehen und Hypotheken	246,3	201,7	-44,6
Policendarlehen	2,2	2,2	-

alle Werte in Mio. €

HGB

Hypotheken- und Grundschuldforderungen werden im HGB-Abschluss zu Anschaffungskosten abzüglich einer möglichen Einzelwertberichtigung für das latente Ausfallrisiko bilanziert. Die kumulierte Amortisation wird laufzeitabhängig linear vereinnahmt. Die Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine (Policendarlehen) werden in der Handelsbilanz zum ursprünglichen Nennbetrag, abzüglich zwischenzeitlicher Tilgung bilanziert.

Wertunterschied Solvency II

Hypothekendarlehen/Immobilienfinanzierungen werden in der Solvenzbilanz anhand erwarteter Zahlungsströme unter Berücksichtigung einer am Bilanzstichtag tagesaktuellen risikofreien Zinsstrukturkurve bewertet. Dabei wird dem Ausfallrisiko anhand eines Spreadaufschlags auf die risikofreie Kurve für Bonitäts- und Objektrisiken Rechnung getragen.

Aus Wesentlichkeitsgründen wird der Zeitwert von Policendarlehen der Solvenzbilanz mit dem Buchwert der Handelsbilanz gleichgesetzt. Abweichungen zwischen den Bewertungen ergeben sich somit nicht.

Zum Stichtag belief sich der Wert nach Solvency II auf 412,1 Mio. € (Vorjahr 441,3 Mio. €). Nach HGB wurde ein Wert von 478,0 Mio. € ausgewiesen.

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen

	HGB	Solvency II	Differenz
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen	15,9	-12,1	-28,0

alle Werte in Mio. €

HGB

Die einforderbaren Beträge aus Rückversicherung entsprechen nach HGB den Anteilen für Rückversicherung. Sie werden in den versicherungstechnischen Rückstellungen auf der Passivseite der Handelsbilanz ausgewiesen.

Wertunterschied Solvency II

Im Gegensatz zur Handelsbilanz werden die einforderbaren Beträge aus Rückversicherung auf der Aktivseite der Solvenzbilanz ausgewiesen. Der Ansatz erfolgt der Höhe nach zum HGB-Ansatz, da die Auswirkungen einer Umbewertung nicht wesentlich sind. Die Kosten aus Rückversicherung werden allerdings für alle Rückversicherungsverträge über Cashflows modelliert.

Zum Stichtag belief sich der Wert nach Solvency II auf -12,1 Mio. € (Vorjahr -22,3 Mio. €). Nach HGB wurde ebenfalls ein Wert von 15,9 Mio. € ausgewiesen.

Depotforderungen

	HGB	Solvency II	Differenz
Depotforderungen	-	-	-

alle Werte in Mio. €

HGB

Depotforderungen entstehen im Zusammenhang mit dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft beim Rückversicherer, wenn dem Erstversicherer Sicherheiten gestellt werden. Nach HGB werden die Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft nach der Aufgabe der Zedenten bilanziert.

Wertunterschied Solvency II

Der Ansatz in der Solvenzbilanz erfolgt analog dem HGB-Ansatz.

Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG verfügte zum Bilanzstichtag nicht über Depotforderungen.

Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern

	HGB	Solvency II	Differenz
Forderungen ggü. Versicherungen und Vermittlern	23,0	5,4	-17,6

alle Werte in Mio. €

HGB

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft werden handelsrechtlich zu Nennwerten abzüglich Einzelwertberichtigungen und einer Pauschalwertberichtigung für das latente Ausfallrisiko bilanziert.

Wertunterschied Solvency II

Nach Solvency II sind als Forderung gegenüber dem Versicherten nur noch ausstehende Beträge bei säumigen Versicherten (fällige Forderungen) anzusetzen. Die Bewertung in der Solvenzbilanz entspricht den Buchwerten aus dem HGB-Abschluss.

Bei Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern mit kurzfristiger Laufzeit ohne festgelegten Zinssatz wird in der Solvenzbilanz unter Anwendung des Wesentlichkeitsgrundsatzes der HGB-Wert übernommen.

In der Solvenzbilanz werden unter der Position Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern auch die Forderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Geschäft angesetzt. Diese ergeben sich auf Grundlage der Rückversicherungsverträge und werden wie nach HGB zum Nennwert abzüglich notwendiger Einzelwertberichtigungen angesetzt.

Zum Stichtag belief sich der Wert nach Solvency II auf 5,4 Mio. € (Vorjahr 5,7 Mio. €). Nach HGB wurde ein Wert von 23,0 Mio. € ausgewiesen.

Forderungen gegenüber Rückversicherern

	HGB	Solvency II	Differenz
Forderungen ggü. Rückversicherern	-	-	-

alle Werte in Mio. €

HGB

Die Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft ergeben sich auf Grundlage der Rückversicherungsverträge und werden nach HGB zum Nennwert abzüglich Einzelwertberichtigungen angesetzt.

Wertunterschied Solvency II

Im Gegensatz zum handelsrechtlichen Vorgehen ist ein nach Solvency II separater Ausweis von Abrechnungsforderungen nicht vorgesehen. Unter der Position „Forderungen gegenüber Rückversicherern“ der Solvabilitätsübersicht sind lediglich überfällige Beträge auszuweisen. Sämtliche anderen Zahlungsströme sind Bestandteil der versicherungstechnischen Rückstellungen. Die Forderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Geschäft hingegen werden den Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern zugeordnet. Ansonsten erfolgt der Ansatz analog zum HGB-Ansatz.

Zum Stichtag belief sich der Wert nach Solvency II auf 0,0 Mio. € (Vorjahr 0,0 Mio. €). Nach HGB wurde ein Wert von 0,0 Mio. € ausgewiesen.

Forderungen (Handel, nicht Versicherung)

	HGB	Solvency II	Differenz
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	34,5	34,5	-
<i>alle Werte in Mio. €</i>			

HGB

Die Forderungen (Handel, nicht Versicherung) werden nach HGB mit Nennwerten bewertet, da es sich hierbei um kurzfristige Forderungen handelt.

Wertunterschied Solvency II

Die Zinsforderungen werden nach Solvency II den Marktwerten der entsprechenden Zinstitel zugeordnet und daher nicht in dieser Position angesetzt.

Zum Stichtag belief sich der Wert nach Solvency II auf 34,5 Mio. € (Vorjahr 14,8 Mio. €). Nach HGB wurde ein Wert von 34,5 Mio. € ausgewiesen.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

	HGB	Solvency II	Differenz
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	0,0	0,0	-
<i>alle Werte in Mio. €</i>			

HGB

Zahlungsmittel und Zahlungsäquivalente werden nach HGB mit dem Buchwert angesetzt. Dazu zählen Bargeld und Sichteinlagen.

Wertunterschied Solvency II

Nach Solvency II ergeben sich zum Wertansatz unter HGB keine Wertunterschiede.

Zum Stichtag belief sich der Wert nach Solvency II auf 0,0 Mio. € (Vorjahr 0,0 Mio. €). Nach HGB wurde ein Wert von 0,0 Mio. € ausgewiesen.

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte

	HGB	Solvency II	Differenz
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	42,0	0,5	-41,5
		<i>alle Werte in Mio. €</i>	

HGB

Diese Position beinhaltet unter anderem Vorräte, die ausstehenden Zinsforderungen und die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten.

Nach HGB werden Vorräte zu Anschaffungskosten angesetzt. Die Bilanzwerte der Namensschuldverschreibungen entsprechen den Nennwerten. Agio und Disagio wurden durch Rechnungsabgrenzung auf die Laufzeit verteilt. Das Agio aus Namensschuldverschreibungen wird unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Zudem wurden die noch nicht fälligen Zinsansprüche zu Nennwerten angesetzt. Im Gegensatz zum Agio wird das Disagio aus Namensschuldverschreibungen unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Alle anderen Vermögensbestandteile werden nach HGB zu Nennwerten bewertet.

Wertunterschied Solvency II

Während nach HGB die ausstehenden Zinsforderungen in dieser Position berücksichtigt sind, werden sie nach Solvency II den Marktwerten der entsprechenden Zinstitel zugeordnet (dirty value) und sind somit in der Solvenzbilanz nicht in dieser Position enthalten.

Bei der Bewertung der Namensschuldverschreibungen nach Solvency II wurde das Agio/Disagio bereits berücksichtigt. Ein separater Ansatz erfolgte nach Solvency II nicht.

Alle anderen Vermögensbestandteile werden ebenfalls nach Solvency II zu Nennwerten bewertet.

Zum Stichtag belief sich der Wert nach Solvency II auf 0,5 Mio. € (Vorjahr 0,6 Mio. €). Nach HGB wurde ein Wert von 42,0 Mio. € ausgewiesen.

D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen

In der folgenden Tabelle werden die versicherungstechnischen Rückstellungen aufgeteilt nach Geschäftsbereichen brutto zum 31. Dezember 2025 dargestellt:

Tab. 16: Versicherungstechnische Rückstellungen nach Geschäftsbereichen (brutto)

vt. Rückstellungen	Bewertung HGB	Bewertung Solvency II			Gesamtrückstellung
		Beste Schätzwert	Risikomarge	Rückstellungstransitional	
Versicherung mit Überschussbeteiligung	5.255,9	4.725,3	147,8	0,0	4.873,1
Index- und fondsgebundene Versicherung	636,8	553,4	3,3	0,0	556,7
Sonstige Lebensversicherung	9,8	1,5	0,0	0,0	1,5
Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung	273,6	-126,0	15,3	0,0	-110,7
Summe	6.176,1	5.154,2	166,5	0,0	5.320,7

alle Werte in Mio. €

Der größte Teil des Bestands ist dem Geschäftsbereich mit Überschussbeteiligung zuzuordnen, wie dies für ein deutsches Lebensversicherungsunternehmen üblich ist. Im Geschäftsbereich „Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung“ sind die selbstständigen Invaliditätsversicherungen eingruppiert.

Die Berechnung der Rückstellung erfolgt mit dem Branchensimulationsmodell des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft. Die Versicherungsmathematische Funktion der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG hat die Angemessenheit der versicherungstechnischen Rückstellungen geprüft und bestätigt. In diesem Zusammenhang wurde ein festgelegter Validierungsprozess durchlaufen, dessen Ergebnisse in einem Validierungsbericht zusammengefasst wurden.

Die Bewertungsunterschiede in den versicherungstechnischen Rückstellungen nach Solvency II gegenüber dem HGB-Abschluss ergaben sich primär aus den folgenden Faktoren:

- Die verzinsliche Ansammlung ist unter HGB Teil der anderen Verbindlichkeiten. Unter Solvency II werden die Verpflichtungen aus den verzinslich angesammelten Überschüssen den versicherungstechnischen Rückstellungen zugeordnet.
- Die Solvency II-Werte werden grundsätzlich mit der von der EIOPA vorgegebenen Zinsstrukturkurve diskontiert. Die HGB-Rückstellungen hingegen werden mit dem im Vertrag festgelegten Rechnungszins diskontiert und es wird für diejenigen Verträge, deren Rechnungszins über dem Referenzzins liegt, zusätzlich eine Zinszusatzreserve gebildet.
- Die Solvency II-Berechnungen basieren auf Best Estimate-Annahmen. Unter HGB werden vorsichtige Annahmen gesetzt. Insbesondere bezüglich der Annahmen zu Sterblichkeit, Invalidität und Kosten ergeben sich hier Unterschiede. Des Weiteren fließen in die Solvency II-Berechnungen auch Annahmen zu Storno und Kapitalwahl ein, welche üblicherweise für die HGB-Reservierung nicht verwendet werden.
- Unter Solvency II werden Rückstellungen für den Wert der Optionen und Garantien, für die Risikomarge, für das Geschäft aus zukünftiger Beitragsdynamik und für zukünftige Überschussbeteiligungen gebildet. Diese Positionen werden unter HGB nicht reserviert.

- Der freie Teil der Rückstellung für Beitragsrückerstattung und der Schlussüberschussfonds werden unter HGB als Rückstellung aufgefasst und im Rahmen von Solvency I als Eigenmittelposition interpretiert. Unter Solvency II werden die Verpflichtungen, die aus der freien Rückstellung für Beitragsrückerstattung und dem Schlussüberschussanteilsfonds resultieren, bewertet, indem der wahrscheinlichkeitsgewichtete diskontierte Barwert der Zahlungsströme aus den Verpflichtungen angesetzt wird. Der Überschussfonds ist unter Solvency II Teil der Eigenmittel.

Grad der Unsicherheit

Die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen ist mit einer gewissen Unsicherheit verbunden, die aus den finanziellen Annahmen (z. B. risikofreie Zinsstrukturkurve, Marktwerte der Vermögenswerte) und versicherungstechnischen Annahmen entsteht. Die verwendeten Annahmen werden entweder auf Basis aktueller Marktdaten bzw. historischer Beobachtungen sachgerecht hergeleitet oder beruhen auf Expertenschätzungen. Deren tatsächliches Eintreten ist jedoch von zukünftigen Ereignissen abhängig. Erfahrungsgemäß ergeben sich Abweichungen zwischen Annahmen und zukünftigen Beobachtungen, die auf Schwankungen oder auf Über- oder Unterschätzung der tatsächlichen zukünftigen Ereignisse zurückzuführen sind. Im Rahmen von internen Überprüfungen wurde die Angemessenheit der Annahmen untersucht. Analysen zeigen, dass für die Lebensversicherung die finanziellen Annahmen (insbesondere die risikofreie Zinsstrukturkurve) den größten Einfluss auf den besten Schätzwert haben. Die Unsicherheiten in den versicherungstechnischen Annahmen haben einen vergleichsweise kleinen Einfluss auf den besten Schätzwert der versicherungstechnischen Rückstellungen.

Um einen gleitenden Übergang in das neue aufsichtsrechtliche System sicherzustellen, wendet die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG den vorübergehenden Abzug gemäß § 352 VAG (Rückstellungstransitional) an. Im Jahr 2024 fand eine Neuberechnung des vorübergehenden Abzuges statt, wodurch sich dieser zu Null reduziert und somit keine Auswirkungen auf die Ergebnisse hat.

Ebenfalls wendet die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG die Volatilitätsanpassung gemäß § 82 VAG an. Zum 31. Dezember 2025 betrug die Erhöhung auf den liquiden Teil der risikofreien Zinsstrukturkurve 14 Basispunkte (Vorjahr: 23 Basispunkte). Analysen zur Auswirkung und Angemessenheit der Volatilitätsanpassung werden regelmäßig in einem Fachgremium durchgeführt. Eine Quantifizierung der Auswirkungen auf die relevanten Größen, die eine Änderung der Volatilitätsanpassung auf null auf die Finanzlage des Unternehmens hätte, findet sich in Kapitel E.2.1 sowie im Anhang innerhalb des QRT S.22.01.

Eine Matching-Anpassung gemäß § 80 VAG sowie die Übergangsmaßnahme in Form der vorübergehenden Anpassung der risikofreien Zinsstrukturkurve gemäß § 351 VAG (Zinstransitional) wurden nicht angewendet.

Zur Glättung des zugrunde liegenden biometrischen Risikos hat die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG diverse Rückversicherungsverträge abgeschlossen. Der Wert der einforderbaren Beträge aus Rückversicherung beträgt in der Solvency II-Bilanz insgesamt -12,1 Mio. €.

Des Weiteren liegen derzeit keine Vertragsverhältnisse vor, aus denen einforderbare Beträge gegenüber Zweckgesellschaften resultieren könnten.

Wesentliche Änderungen bei den Annahmen

Bei den Berechnungen zu den versicherungstechnischen Rückstellungen werden regelmäßig die zugrunde gelegten Annahmen aktualisiert. Für die Berechnungen zum 31. Dezember 2025 waren die wesentlichen Anpassungen die der Kostenannahmen und der Managementparameter.

D.2.1 Bester Schätzwert

Die versicherungstechnischen Rückstellungen werden für alle Verträge, mit dem zusammen mit dem Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft entwickelten Branchensimulationsmodell, als Summe einer Best Estimate-Rückstellung plus Risikomarge berechnet. Das Branchensimulationsmodell liefert eine stochastische Modellierung der versicherungstechnischen Rückstellungen.

Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG nutzt das Branchensimulationsmodell zusammen mit einem Economic Scenario Generator, welches unternehmensindividuell kalibriert wird und auf dem Economic Scenario Generator basiert, der vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft zur Verfügung gestellt wird. Es ist stets sichergestellt, dass die Szenarien alle notwendigen von Solvency II vorgegebenen Eigenschaften eines Economic Scenario Generators, welche von der BaFin in der Auslegungsentscheidung „Anforderungen an Kapitalmarktmodelle für die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen unter Solvency II“ konkretisiert wurden, erfüllen. Grundlage ist hierbei die von der EIOPA gelieferte risikofreie Zinsstrukturkurve inklusive der Volatilitätsanpassung gemäß § 82 VAG (vgl. Anhang, QRT S.22.01).

Der Input für das Branchensimulationsmodell bezüglich der Versicherungstechnik umfasst über 100 Jahre projizierte Leistungscashflows, Prämien, Risikoergebnisse, übrige Ergebnisse und versicherungstechnische HGB-Rückstellungen. Die Projektion erfolgt dabei grundsätzlich einzelvertraglich oder verdichtet, wobei der Abbildungsgrad ca. 99 % beträgt. In die Cashflows gehen Best Estimate-Annahmen bezüglich Sterblichkeit, Langlebigkeit, Invalidität, Stückkosten, beitragsabhängige Kosten, Regulierungskosten, Storno und Kapitalwahl ein. Bei der Modellierung mit dem Branchensimulationsmodell wird berücksichtigt, dass ein Teil des sonstigen Ergebnisses auf einer Going Concern-Basis für zukünftiges Neugeschäft aufgewendet wird und damit nicht für die Überschussbeteiligung des bestehenden Bestands reserviert werden muss.

Für die Herleitung von Zinsstrukturkurven stehen in der Praxis ab einer bestimmten Laufzeit keine ausreichenden Marktdaten mehr zur Verfügung bzw. gelten ab diesem Zeitpunkt unverlässlich. Für den Euro ist diese Laufzeit von der EIOPA auf 20 Jahre (Last Liquid Point) festgesetzt. Für längere Laufzeiten ist eine Extrapolation der Zinsstrukturkurve erforderlich, welche auf Basis von Terminzinssätzen mit Hilfe der sogenannten Smith-Wilson-Methode durchgeführt wird. Aufgrund unzureichender Marktdaten für langfristige Zinssätze muss der Zielwert für die Extrapolation aus wirtschaftlichen Erwägungen abgeleitet werden. Als Zielwert wird ein langfristiger Gleichgewichtszins (die sogenannte Ultimate Forward Rate, UFR) festgelegt, der dann innerhalb eines Zeitraums von 40 Jahren, das heißt nach einer Gesamtlaufzeit von 60 Jahren, mit einer Toleranz von einem Basispunkt zu erreichen ist. Diese berechnet sich als Summe der Inflationserwartung der europäischen Zentralbank (aktuell bei 2 %) und der erwarteten Realverzinsung. Letztere wird dabei jährlich als arithmetisches Mittel der seit 1961 beobachteten Realzinsen ermittelt. Für das Jahr 2025 ergibt sich somit eine UFR von 3,30 %.

D.2.2 Risikomarge

Für die Risikomarge werden im ersten Schritt die einzelnen Kapitalbedarfe aus nicht-hedgebaren Risiken (Ausfall, Sterblichkeit, Langlebigkeit, Invalidität, Storno, Kosten, Katastrophe, Krankenversicherungs-Invalidität, Krankenversicherungs-Kosten, Krankenversicherungs-Storno, Krankenversicherungs-Katastrophe und operationelles Risiko) für das in § 38 der DVO beschriebene Referenzunternehmen berechnet, und diese anhand der projizierten Entwicklung verschiedener, angemessener Treiber hochgerechnet. Die hieraus entstehenden Vektoren werden anschließend wieder anhand der Aggregationsmatrizen zu einem Vektor zusammengefasst (Methode 1 gemäß Leitlinie 62 des Dokuments „Leitlinien zur Bewertung von versicherungstechnischen Rückstellungen“). Die Risikomarge entspricht dann 6 % der Summe des auf diese Art und Weise bestimmten mit der risikofreien Zinsstrukturkurve diskontierten Kapitalbedarfs. Die Risikomarge wird dabei entsprechend den aufsichtsrechtlichen Vorgaben ohne Ansatz einer Volatilitätsanpassung gemäß § 82 VAG berechnet.

D.2.3 Einschlägige Annahmen zu künftigen Maßnahmen des Managements

Bei den Berechnungen der versicherungstechnischen Rückstellungen werden die versicherungstechnischen Cashflows, und dabei insbesondere die zukünftige Überschussbeteiligung, in über 1.000 verschiedenen Kapitalmarktszenarien projiziert. Hierfür ist es notwendig den gesamten Rohüberschuss zu bestimmen. Die Annahmen für die Kapitalanlagestrategie sind von wesentlicher Bedeutung, da sie maßgeblich Einfluss auf das Kapitalanlageergebnis in den unterschiedlichen Szenarien haben.

Des Weiteren sind die Annahmen zur Bestimmung der Überschussbeteiligung entscheidend. Eine wichtige Annahme in diesem Zusammenhang betrifft die Annahme zur Eigenkapitalverzinsung, welche angibt, wie hoch der Teil des Überschusses ist, den das Unternehmen dem Eigenkapital zuteilen möchte, sodass der Rest dem Versicherten zugeteilt wird. Eine Einhaltung der Mindestzuführungsverordnung ist dabei in jedem Szenario gewährleistet. Weitere Annahmen des Managements im Zusammenhang mit der Überschussbeteiligung betreffen die angestrebte Mindest- bzw. Maximalhöhe der freien Rückstellung für Beitragsrückerstattung.

D.2.4 Einschlägige Annahmen zum Verhalten von Versicherungsnehmern

Die Versicherten können wesentlichen Einfluss auf den Bestandsverlauf durch ihr Verhalten bezüglich Storno und der Kapitalwahloption haben, das heißt der Möglichkeit sich bei Rentenversicherungstarifen zwischen einer Kapitalauszahlung oder einer Rentenleistung nach der Aufschubphase zu entscheiden. Deswegen werden die Auswirkungen des Verhaltens der Versicherten auf die versicherungstechnischen Rückstellungen analysiert.

Im ersten Schritt werden dazu aus dem Verhalten der Versicherten der Vergangenheit bzw. aus Brancheninformationen Annahmen über das wahrscheinliche Verhalten der Versicherten in dem zu erwartenden Marktumfeld getroffen.

Im zweiten Schritt werden darüber hinaus Annahmen getroffen, wie die Versicherten ihr Verhalten in Bezug auf Storno und Kapitalwahl ändern, wenn es zu Renditeunterschieden zwischen der Anlagerendite im Versicherungsvertrag und einer Kapitalanlage im angenommenen Kapitalmarktszenario außerhalb des Versicherungsunternehmens kommt. Eine Analyse der unternehmenseigenen Datenlage der Vergangenheit ergab, dass keine soliden Verhaltensänderungen erkennbar sind. Daher wird in der Modellierung davon ausgegangen, dass die Versicherten ihr Verhalten erst ab der Überschreitung einer gewissen Toleranzschwelle ändern.

D.3 Sonstige Verbindlichkeiten

Eventualverbindlichkeiten

	HGB	Solvency II	Differenz
Eventualverbindlichkeiten	-	-	-

alle Werte in Mio. €

HGB

Eventualverbindlichkeiten resultieren aus der Übernahme von Verpflichtungen (wie z. B. Haftungen aus Bürgschaften und Garantien), wenn zum Stichtag unsicher ist, ob und wann daraus eine Verbindlichkeit entsteht. Eine Rückstellung wird hingegen gebildet, falls eine Inanspruchnahme wahrscheinlich ist.

Handelsrechtlich werden die Eventualverbindlichkeiten nicht angesetzt.

Wertunterschied Solvency II

Nach Solvency II erfolgt die Bewertung der Eventualverbindlichkeiten nach dem besten Schätzwert.

Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG hatte zum Bilanzstichtag keine bilanziellen Eventualverbindlichkeiten.

Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen

	HGB	Solvency II	Differenz
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	1,0	1,0	-

alle Werte in Mio. €

HGB

Die anderen Rückstellungen setzen sich aus den Steuerrückstellungen und den sonstigen Rückstellungen zusammen. Diese bemessen sich in der HGB-Bilanz nach dem nach kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag. Andere Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzins abgezinst.

Wertunterschied Solvency II

Nach Solvency II findet ein Ansatz von anderen Rückstellungen grundsätzlich nach dem International Accounting Standard 37 statt. Danach ist eine Rückstellung eine Schuld, die bezüglich Fälligkeit und Höhe ungewiss ist. Sie ist eine gegenwärtige Verpflichtung, zu deren Erfüllung ein Abfluss von Mitteln mit wirtschaftlichem Nutzen wahrscheinlich ist. Eine Bildung von Auf-

wandsrückstellungen erfolgt daher nach Solvency II nicht. Der Ansatz der weiteren anderen Rückstellungen erfolgt in der Solvenzbilanz analog dem HGB-Ansatz.

Zum Stichtag belief sich der Wert nach Solvency II auf 1,0 Mio. € (Vorjahr 2,3 Mio. €). Nach HGB wurde ein Wert von 1,0 Mio. € ausgewiesen.

Rentenzahlungsverpflichtungen

	HGB	Solvency II	Differenz
Rentenzahlungsverpflichtungen	10,5	8,2	-2,3
		<i>alle Werte in Mio. €</i>	

HGB

Die Rentenzahlungsverpflichtungen umfassen bei der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG Pensionen für Vorstandsmitglieder.

Die in der Handelsbilanz zu bildenden Rückstellungen für Leistungen wurden nach der Projected Unit Credit-Methode auf Basis der HEUBECK-Richttafeln 2018 G berechnet. Die Diskontierung erfolgte zum Jahresabschluss 2025 mit einem Zinssatz von 2,06 %. Des Weiteren wurde eine Gehaltsdynamik von 2,0 % p. a. sowie eine Rentendynamik von maximal 2,0 % p. a. angesetzt.

Wertunterschied Solvency II

Für die Bewertung der Verpflichtungen unter Solvency II erfolgte die Berechnung nach der Projected Unit Credit-Methode mit einem Diskontierungszinssatz von 4,09 % im Basisszenario und 3,213 % bzw. 5,09 % in den beiden Zinsstressszenarien. Der Zinssatz für das Basisszenario ist dabei aus einem International Accounting Standards-Ansatz abgeleitet. Die Differenzen zwischen dem Basisszenario und den Stressszenarien entsprechen den entsprechenden Zinsdifferenzen für 16 Jahre Restlaufzeit der für Solvency II-Berechnungen zu verwendenden Zinsstrukturkurven (ohne Volatility Adjustment).

Zum Stichtag belief sich der Wert nach Solvency II auf 8,2 Mio. € (Vorjahr 8,6 Mio. €). Nach HGB wurde ein Wert von 10,5 Mio. € ausgewiesen.

Depotverbindlichkeiten (aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft)

	HGB	Solvency II	Differenz
Depotverbindlichkeiten (aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft)	15,9	15,9	-
		<i>alle Werte in Mio. €</i>	

HGB

Die Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft resultieren aus Rückversicherungsvereinbarungen zur Bedeckung der versicherungstechnischen Rückstellungen und sind nach HGB mit den Erfüllungsbeträgen bewertet.

Wertunterschied Solvency II

Der Ansatz in Solvency II erfolgte analog zum HGB-Ansatz.

Zum Stichtag belief sich der Wert nach Solvency II auf 15,9 Mio. € (Vorjahr 13,6 Mio. €). Nach HGB wurde ebenfalls ein Wert von 15,9 Mio. € ausgewiesen.

Latente Steuerschulden

	HGB	Solvency II	Differenz
Latente Steuerschulden	-	45,8	45,8
<i>alle Werte in Mio. €</i>			

HGB

Es erfolgt kein Ansatz unter HGB.

Wertunterschied Solvency II

Passive latente Steuerpositionen entstehen für zu versteuernde temporäre Differenzen, das heißt der Solvency II-Wert eines Vermögenswerts übersteigt den Steuerbilanzwert eines Wirtschaftsguts oder der Steuerbilanzwert einer Schuld übersteigt den Solvency II-Wert. Mithin liegen passive latente Steuerpositionen immer dann vor, wenn aus bilanzieller Sicht stille Reserven in der Solvency II-Bilanz gegenüber der Steuerbilanz ermittelt wurden. Die Beurteilung und Ermittlung der latenten Steuern auf die temporären Differenzen erfolgt unter Berücksichtigung der gesetzlichen Körperschaftsteuersatzsenkung von jährlich 1 % p. a. in den Jahren 2028 bis 2032 (von 15 % auf schlussendlich 10 %).

Der Ausweis der passiven latenten Steuern erfolgt saldiert mit den festgestellten aktiven latenten Steuern. Der in der Solvenzbilanz ausgewiesene Überhang der passiven latenten Steuern belief sich auf 45,8 Mio. €. Damit verbunden wurde eine temporäre Differenz in Höhe von 222,5 Mio. € festgestellt.

Nachdem es sich bei den passiven latenten Steuern um Verbindlichkeiten gegenüber der Finanzverwaltung handelt, wird die Werthaltigkeit dieser Schuldposition unterstellt.

Derivate

	HGB	Solvency II	Differenz
Derivate	0,3	16,0	15,7
<i>alle Werte in Mio. €</i>			

HGB

Die meisten von der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG genutzten Derivate werden in HGB i. d. R. mit der Optionsprämie bilanziert. Gemäß HGB haben z. B. Vorkäufe oder Zinsswaps keine Buchwerte und werden daher nicht bilanziert.

Wertunterschied Solvency II

In der Solvenzbilanz erfolgt für Derivate eine Bewertung zu Marktwerten und somit eine Umbewertung. Die Optionen werden mit Hilfe von Modellen nach Black-Scholes (europäische) oder Barone-Adesi (amerikanische) bewertet.

Die Bewertungsmethode für Vorkäufe basiert auf Kursen des Informationsdienstleisters Bloomberg und eigenen Berechnungen auf Grundlage von Marktdaten.

Für die Bewertung von Zinsswaps wird die Barwertmethode verwendet. Für die variablen Cashflows werden dabei die Forward-Zinssätze unterstellt.

Zum Stichtag belief sich der Wert nach Solvency II auf 16,0 Mio. € (Vorjahr 10,4 Mio. €). Nach HGB wurde ein Wert von 0,3 Mio. € ausgewiesen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	HGB	Solvency II	Differenz
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	-	-	-
			<i>alle Werte in Mio. €</i>

HGB

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten werden nach HGB mit den Erfüllungsbeträgen bewertet.

Wertunterschied Solvency II

Der Solvency II-Ansatz erfolgt aufgrund der kurzfristigen Laufzeit analog dem HGB-Ansatz.

Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG hatte zum Bilanzstichtag keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern

	HGB	Solvency II	Differenz
Verbindlichkeiten ggü. Versicherungen und Vermittlern	260,1	16,8	-243,3
			<i>alle Werte in Mio. €</i>

HGB

Die Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sind nach HGB mit den Erfüllungsbeträgen zu passivieren.

Wertunterschied Solvency II

Nach Solvency II sind nur überfällige Verbindlichkeiten, die keine versicherungstechnischen Rückstellungen darstellen, anzusetzen. Die Bewertung der angesetzten Verbindlichkeiten nach Solvency II erfolgte mit Ausnahme des Ansammlungsguthabens analog zum HGB-Ansatz. Das Ansammlungsguthaben ist unter Solvency II Teil der versicherungstechnischen Rückstellungen und wird daher nicht in dieser Position angesetzt.

In der Solvenzbilanz werden unter der Position Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern auch die Verbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung übernommenen Geschäft angesetzt. Diese ergeben sich auf Grundlage der Rückversicherungsverträge und werden wie nach HGB mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Zum Stichtag belief sich der Wert nach Solvency II auf 16,8 Mio. € (Vorjahr 16,5 Mio. €). Nach HGB wurde ein Wert von 260,1 Mio. € ausgewiesen.

Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern

	HGB	Solvency II	Differenz
Verbindlichkeiten ggü. Rückversicherern	2,1	2,1	-
<i>alle Werte in Mio. €</i>			

HGB

Der Posten Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern beinhaltet Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft. Die Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft ergeben sich auf der Grundlage der Rückversicherungsverträge und werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Wertunterschied Solvency II

Im Gegensatz zum handelsrechtlichen Vorgehen ist ein nach Solvency II separater Ausweis von Abrechnungsverbindlichkeiten nicht vorgesehen. Unter der Position „Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern“ der Solvabilitätsübersicht sind lediglich überfällige Beträge auszuweisen. Sämtliche anderen Zahlungsströme sind Bestandteil der versicherungstechnischen Rückstellungen. Die Verbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung übernommenen Geschäft werden den Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern zugeordnet. Ansonsten erfolgt der Ansatz analog zum HGB-Ansatz.

Zum Stichtag belief sich der Wert nach Solvency II auf 2,1 Mio. € (Vorjahr 2,0 Mio. €). Nach HGB wurde ein Wert von 2,1 Mio. € ausgewiesen.

Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)

	HGB	Solvency II	Differenz
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	0,7	0,7	-
<i>alle Werte in Mio. €</i>			

HGB

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bestehen aus noch nicht ausgeglichenen Abrechnungsforderungen von Lieferanten und Dienstleistern, die mit dem jeweiligen Nennwert in der Handelsbilanz bewertet wurden.

Wertunterschied Solvency II

Der Ansatz nach Solvency II erfolgt analog zum HGB, da es sich hierbei um kurzfristige Verbindlichkeiten handelt.

Zum Stichtag belief sich der Wert nach Solvency II auf 0,7 Mio. € (Vorjahr 0,5 Mio. €). Nach HGB wurde ein Wert von 0,7 Mio. € ausgewiesen.

Nachrangige Verbindlichkeiten

	HGB	Solvency II	Differenz
Nachrangige Verbindlichkeiten	-	-	-

alle Werte in Mio. €

HGB

Nachrangige Verbindlichkeiten sind Verbindlichkeiten, die im Falle der Abwicklung eines Unternehmens erst nach den anderen Verbindlichkeiten rangieren. Nach HGB erfolgt der Ansatz mit dem jeweiligen Nennwert.

Wertunterschied Solvency II

Der Ansatz in der Solvenzbilanz erfolgt analog dem HGB-Ansatz.

Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG hat keine nachrangigen Verbindlichkeiten.

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten

	HGB	Solvency II	Differenz
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	27,6	16,4	-11,2

alle Werte in Mio. €

HGB

Die sonstigen nicht an anderer Stelle ausgewiesenen Verbindlichkeiten ergeben sich überwiegend aus Liquiditätsverrechnungen innerhalb der DEVK-Gruppe. Handelsrechtlich werden die sonstigen nicht an anderer Stelle ausgewiesenen Verbindlichkeiten mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Wertunterschied Solvency II

Nach Solvency II werden die sonstigen nicht an anderer Stelle ausgewiesenen Verbindlichkeiten ebenfalls mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Bei der Bewertung der Namensschuldverschreibungen nach Solvency II wird das Agio/Disagio bereits berücksichtigt. Ein separater Ansatz erfolgt nach Solvency II nicht.

Zum Stichtag belief sich der Wert nach Solvency II auf 16,4 Mio. € (Vorjahr 22,0 Mio. €). Nach HGB wurde ein Wert von 27,6 Mio. € ausgewiesen.

D.4 Alternative Bewertungsmethoden

Die Abs. 1 und 2 des Art. 9 der DVO zu Solvency II sehen vor, dass Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, sofern keine anderslautenden Vorschriften gelten, nach internationalen Rechnungslegungsstandards bewertet werden. Werden hierbei keine Preise von aktiven Märkten verwendet, sind gemäß Art. 10 DVO Abs. 5 alternative Bewertungsmethoden anzuwenden. Abweichend von Abs. 1 und 2 kann gemäß Art. 9 Abs. 4 der gleichen Verordnung auch eine abweichende Methode zur Bewertung verwendet werden, nämlich die im Jahresabschluss verwendete Methode.

Ansatz HGB-Buchwert

Gemäß aufsichtsrechtlichen Bestimmungen werden Bilanzpositionen, für die keine Bewertung nach internationalen Bewertungsstandards existiert oder eine solche unverhältnismäßige Kosten gemessen an Umfang und Komplexität erzeugen würde, mit dem handelsrechtlichen Buchwert angesetzt.

Ansatz Markt-/Modellbetrachtungen bei Kapitalanlagen

Für die Kapitalanlagen wird eine positionsweise Ermittlung des Marktwerts durchgeführt. Für Beteiligungen erfolgt dabei der Ansatz nach der Bewertungshierarchie gemäß Art. 13 DVO:

- notierte Marktpreise an aktiven Märkten,
- Adjusted Equity-Methode und
- alternative Bewertungsmethoden.

Hierbei wird auch die Wesentlichkeit einer Beteiligung berücksichtigt.

Für die übrigen Kapitalanlagen erfolgt ein Zeitwertansatz, das heißt mittels Mark to Market oder Mark to Model-Bewertung werden Marktwerte ermittelt. Im Wesentlichen werden die Zeitwerte der HGB-Bilanzierung angesetzt, da eine grundsätzliche Verwendbarkeit, der für die Anhangangaben gemäß RechVersV ermittelten Beträge möglich ist. Hierbei entspricht der Wertansatz den vom Wirtschaftsprüfer geprüften Zeitwerten in den Anhangangaben der HGB-Bilanz im Geschäftsbericht der Gesellschaft. Abweichend davon enthalten die in der Solvabilitätsübersicht angegebenen Marktwerte den jeweiligen Kurswert und etwaig aufgelaufene Stückzinsen (Dirty Price).

Bei der Anwendung alternativer Bewertungsmethoden kommen möglichst beobachtbare marktgestützte Inputfaktoren, wie z. B. Spreads und Volatilitäten, zur Anwendung. Diese werden regelmäßig überprüft und historisiert. Bei der Bewertung kommen ausschließlich marktübliche und allgemein anerkannte Methoden zum Einsatz. Die Angemessenheit der eingesetzten Bewertungsmethoden wird laufend beurteilt. Reflektiert ein Wert nicht die aktuelle Marktlage, wird er überprüft und ggf. angepasst. Falls vorhanden, werden dabei auch Vergleichswerte herangezogen. Die Anforderungen aus Art. 263 DVO werden berücksichtigt.

Für Einzelheiten sei auch auf die Ausführungen bei der jeweiligen Bilanzposition verwiesen.

D.5 Sonstige Angaben

Auswirkung Rückstellungstransitional zum 1. Januar 2026

Seit 30. Juni 2024 wird das Rückstellungstransitional der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG nicht mehr angesetzt.

Sicherstellung der Datenqualität

Zur Sicherstellung einer angemessenen Datenqualität, insbesondere für die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen, erstellt die DEVK einen Datenqualitätsbericht gemäß den aktuellen Solvency II-Anforderungen. Dieser prüft die Input-Daten sowie die Ergebnisse der Solvency II-Prozesse auf die Merkmale Angemessenheit (Appropriateness), Vollständigkeit (Completeness) und Exaktheit (Accuracy). Der Vorstand wird jährlich über die Ergebnisse des Datenqualitätsberichts informiert und diskutiert Inhalte im Rahmen einer Vorstandssitzung. Der Datenqualitätsbericht, der die Solvency II-Prozesse für das Geschäftsjahr 2024 (Q1 bis Q4 sowie Jahresabschluss) überprüft, bestätigt die Angemessenheit, Vollständigkeit und Exaktheit der verwendeten Daten. Der Datenqualitätsbericht für das Geschäftsjahr 2025 (Q1 bis Q4 sowie Jahresabschluss) wird in der zweiten Jahreshälfte 2026 erstellt. Die Datenqualität wird laufend überwacht.

Kapitalmanagement



Auf einen Blick

Die Eigenmittel sind eine Residualgröße aus der Solvency II-Bilanz Aktiv über Passiv. Die Eigenmittel geben Informationen über die Finanzlage eines Versicherungsunternehmens wieder. Die Eigenmittel werden anhand Ihrer Eigenschaften (Verfügbarkeit, Nachrangigkeit, Laufzeit) und nach aufsichtsrechtlicher Vorgabe in drei Tier-Klassen einsortiert.

In Kapitel E.1 werden Informationen über die anrechenbaren Eigenmittel und die Zusammensetzung der Eigenmittel dargestellt.

In Kapitel E.2 werden die Bedeckungsquoten ermittelt. Dafür werden die Quotienten aus den anrechenbaren Eigenmitteln und dem SCR (siehe Kapitel C) bzw. dem MCR gebildet. Um die aufsichtsrechtlichen Anforderungen zu erfüllen, muss eine Bedeckungsquote oberhalb von 100 % erreicht werden. Unternehmen definieren darüber hinaus individuelle Ziel- und Mindestbedeckungsquoten, die einzuhalten sind und der Steuerung des Unternehmens dienen.

E.1 Eigenmittel

E.1.1 Ziele beim Management der Eigenmittel

Aufgrund der Berechnung der Kapitalanforderungen und der Verankerung des Marktwertprinzips in der Solvency II-Regulatorik, ist mit einer allgemein höheren Volatilität der Bedeckungssituation zu rechnen. In Verbindung mit der Anforderung, dass die Kapitalanforderungen jederzeit mit anrechnungsfähigen Eigenmitteln zu bedecken sind, ergibt sich ein ständiger Beobachtungsbedarf der Bedeckungssituation. Hierfür hat die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG einen geeigneten Kontrollprozess im Rahmen des Limitsystems implementiert. Das Risikotragfähigkeitskonzept stellt sicher, dass ständig genügend Eigenmittel zur Bedeckung der Solvenz- und Mindestkapitalanforderungen vorhanden sind.

E.1.2 Anrechnungsgrenzen und Aufstellung der Eigenmittel

Anrechnungsgrenzen der Eigenmittel

Zur Bestimmung der anrechenbaren Eigenmittel sind neben der Eigenmitteligüte, zusätzlich quantitative Anforderungen an die Zusammensetzung der zur Bedeckung heranzuziehenden Eigenmittel zu beachten. Dabei ist grundsätzlich zwischen Anforderungen im Zusammenhang mit der Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung (SCR) und Anforderungen im Zusammenhang mit der Bedeckung der Mindestkapitalanforderung (MCR) zu unterscheiden.

Tab. 17: Anforderungen an die Zusammensetzung der Eigenmittel nach Tier-Klassen

Klasse	SCR-Bedeckung	MCR-Bedeckung
Tier 1	Min. 50%	Min. 80%
Tier 2	Max. 50%	Max. 20%
Tier 3	Max. 15%	keine

Gemäß § 91 VAG werden die gesamten Eigenmittel je nach Ausprägung bzw. Erfüllungsgrad der regulatorisch vorgegebenen Merkmale in drei unterschiedliche Klassen, sogenannte „Tiers“ unterteilt. Die Einstufung erfolgt gemäß den nachfolgenden Merkmalen (Mindestanforderungen):

- ständige Verfügbarkeit,
- Nachrangigkeit und
- Abhängigkeit von Laufzeit.

Zusätzlich ist zu berücksichtigen, ob und inwieweit ein Eigenmittelbestandteil frei ist von Verpflichtungen oder Anreizen zur Rückzahlung des Nominalbetrags obligatorischer fester Kosten und sonstiger Belastungen.

Nach Tier-Klassen setzen sich die Eigenmittel wie folgt zusammen:

Tab. 18: Zusammensetzung der Eigenmittel nach Tier-Klassen

	2025	2024
Eigenmittel Tier 1	626,5	567,6
Eigenmittel Tier 2	-	-
Eigenmittel Tier 3	-	-

alle Werte in Mio. €

Es ergaben sich somit folgende anrechenbare Eigenmittel zur Bedeckung der Solvenzkapital- und Mindestkapitalanforderung:

Tab. 19: Anrechenbare Eigenmittel zur Bedeckung des SCR und MCR

	2025	2024
Anrechenbare Eigenmittel SCR	626,5	567,6
Anrechenbare Eigenmittel MCR	626,5	567,6

alle Werte in Mio. €

Die Eigenmittel haben sich im Vergleich zum 31. Dezember 2024 um 58,9 Mio. € erhöht. Aufgrund des verbesserten Zinsumfeldes haben die stillen Lasten auf den Zinspapieren insgesamt zugenommen, jedoch wirkt der Effekt auf die versicherungstechnischen Rückstellungen stärker. Gleichzeitig hat der Aktienmarkt sich sehr gut entwickelt, sodass insgesamt die Eigenmittel gestiegen sind.

Aufstellung der Eigenmittel

Zum Stichtag setzten sich die anrechenbaren Eigenmittel zur Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung gemäß Solvency II aus dem Grundkapital, dem Überschussfonds und der Ausgleichsrücklage zusammen und ergaben in Summe 626,5 Mio. €:

Tab. 20: Zusammensetzung der Eigenmittel zur Bedeckung des SCR

	2025	2024
Grundkapital	100,0	100,0
Kapitalrücklagen (bzgl. Grundkapital)	-	-
Überschussfonds	175,2	185,7
Ausgleichsrücklage	351,3	281,9
Anrechenbare Eigenmittel Solvency II	626,5	567,6

alle Werte in Mio. €

Die enthaltene Ausgleichsrücklage setzte sich aus der Kapitalrücklage (46,8 Mio. €), der Gewinnrücklage (15,4 Mio. €) sowie den vorgenommenen Umbewertungen von HGB zu Solvency II (289,1 Mio. €) zusammen.

Tab. 21: Zusammensetzung der Ausgleichsrücklage

	Bewertung HGB	Umbewer- tung	Bewertung Solvency II
Kapitalrücklage	46,8	-	46,8
Verlustrücklage	-	-	-
Gewinnrücklage	15,4	-	15,4
Bilanzgewinn	-	-	-
Kapitalanlagen	-	-552,3	-552,3
vt. Rückstellungen	-	680,2	680,2
Latente Steuern	-	-45,8	-45,8
Sonstige Aktiva	-	-50,0	-50,0
Sonstige Verbindlichkeiten	-	257,0	257,0
Summe Umbewertungen	-	289,1	289,1
Ausgleichsrücklage	62,2	289,1	351,3

alle Werte in Mio. €

E.1.3 Unterscheidung zu Eigenmitteln gemäß Unternehmensabschluss

Das im Jahresabschluss der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG ausgewiesene Eigenkapital (HGB) in Höhe von 162,2 Mio. € setzte sich aus dem Grundkapital (100,0 Mio. €), der Kapitalrücklage (46,8 Mio. €) und der Gewinnrücklage/anderer Gewinnrücklagen (15,4 Mio. €) zusammen. Wie oben dargestellt, ergab sich eine Abweichung zur Bewertung unter Solvency II aus den Umbewertungen.

E.1.4 Übergangsregelungen

Es wurden keine Übergangsmaßnahmen gemäß Art. 308b Abs. 9 und 10 der Richtlinie 2009/138/EG angewendet.

E.1.5 Ergänzende Eigenmittel

Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG hat keine ergänzenden Eigenmittel.

E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung

E.2.1 Solvenz- und Mindestkapitalanforderung zum Stichtag

Das Solvenzkapital der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG betrug zum Stichtag 193,4 Mio. €, das Mindestkapital betrug zum Stichtag 87,0 Mio. €. ¹²

Tab. 22: SCR und MCR zum Stichtag

	2025	2024
Gesamt-SCR	193,4	225,0
Gesamt-MCR	87,0	101,3

alle Werte in Mio. €

Das größte Risiko der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG stellte das Marktrisiko dar (718,9 Mio. €), das um 139,3 Mio. € sank. Größtes Bruttoeinzelrisiko hierbei war das Aktienrisiko mit 350,1 Mio. €. Die größte Veränderung entstand beim Zinsrisiko, das sich um brutto 146,6 Mio. € aufgrund des verbesserten Zinsumfelds reduzierte.

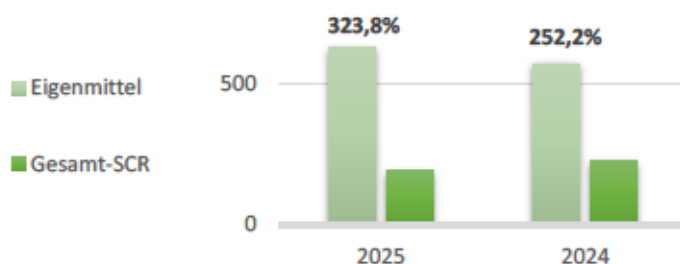
Das versicherungstechnische Bruttoerisiko (Leben) stieg um 143,8 Mio. € an. Hierbei dominierte das Stornorisiko (+165,5 Mio. €), das im Rahmen des Zinsanstiegs und dem damit erhöhten Massenstorno-Risiko resultierte.

Die Bedeckungsquoten – Quotienten aus anrechenbaren Eigenmitteln und Solvenzkapital- bzw. Mindestkapitalanforderung – bezifferten sich auf 323,8 % für die Bedeckung des Solvenzkapitals und auf 719,7 % für die Bedeckung des Mindestkapitals.

Tab. 23: Bedeckungsquote SCR und MCR

	2025	2024
Bedeckungsquote SCR	323,8%	252,2%
Bedeckungsquote MCR	719,7%	560,5%

Abb. 10: Bedeckungsquote SCR (absolute Werte in Mio. €)



Die Bedeckungsquote des Solvenzkapitals stieg im Vergleich zum Vorjahr um 71,6 Prozentpunkte an. Die Eigenmittel stiegen um 58,9 Mio. €, das Gesamt-SCR reduzierte sich um 31,6 Mio. €. Für die Darstellung der Veränderung der Eigenmittel wird auf das Kapitel E.1.2 verwiesen. Die Veränderung der Solvenzkapitalanforderung wird detailliert in Kapitel C dargestellt.

¹² Der endgültige Betrag der Solvabilitätskapitalanforderung unterliegt noch der aufsichtlichen Prüfung.

Die intern definierte Mindestbedeckungsquote (125 %) der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG wurde deutlich übererfüllt.

Anwendung Rückstellungstransitional und Volatilitätsanpassung

Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG setzte bei den Berechnungen der Anforderungen an die finanzielle Ausstattung des Unternehmens nach Solvency II eine Volatilitätsanpassung gemäß Art. 77d der Richtlinie 2009/138/EG und keine Übergangsmaßnahme gemäß Art. 308d der Richtlinie 2009/138/EG (Rückstellungstransitional) an.

Die Volatilitätsanpassung wurde am 28. Juli 2015 und das Rückstellungstransitional am 23. Dezember 2015 von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigt. Nach Aufforderung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht am 6. Juni 2024 erfolgte zum 31. Dezember 2023 eine Neuberechnung des Transitionals, welche zum 30. Juni 2024 erstmalig angewendet wurde. Hierbei wurde das Rückstellungstransitional von 663,3 Mio. € auf 0 Mio. € reduziert. Somit wird zum 31. Dezember 2025 kein Rückstellungstransitional angesetzt.

Tab. 24: Ausweis der Bedeckungsquote mit/ohne Rückstellungstransitional bzw. Volatilitätsanpassung

vt. Rückstellungen (Leben- und Kranken)	Mit RTR mit VA	Ohne RTR mit VA	Ohne RTR ohne VA
Bester Schätzwert	5.154,2	5.154,2	5.153,3
Risikomarge	166,5	166,5	166,5
Transitional	0,0	0,0	0,0
Summe	5.320,7	5.320,7	5.319,7
Eigenmittel	626,5	626,5	626,8
SCR Gesamt	193,4	193,4	205,0
Bedeckungsquote	323,8%	323,8%	305,7%

alle absoluten Werte in Mio. €

In der Betrachtung ohne Rückstellungstransitional und mit Volatilitätsanpassung lag die Bedeckungsquoten der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG zum Stichtag 31. Dezember 2025 bei 323,8 %. In der Betrachtung ohne Rückstellungstransitional und ohne Volatilitätsanpassung lag die Bedeckungsquote bei 305,7 %.

Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG hat zur Stärkung ihrer Bedeckungssituation neun Maßnahmen erarbeitet, die der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht mit Schreiben vom 20. Juli 2016 mitgeteilt wurden:

- Erhöhung Eigenmittel durch nicht eingezahltes Grundkapital (genehmigtes Kapital),
- Erhöhung des Eigenkapitals,
- Einräumung einer Option auf ein Tier 1-Nachrangdarlehen in Höhe von 50 Mio. €,
- Aufnahme eines Tier 2-Nachrangdarlehens in Höhe von 50 Mio. €,
- Umsetzung von Kosteneinsparungen mit dem Ziel mittelfristig ausgeglichene Kostenergebnisse zu erzielen,
- Veränderung der Asset Allokation, um den Zinsanteil auf 90 % zu erhöhen,
- Reduktion der Überschussbeteiligung,
- Veränderung des Produktmixes und der Produktkalkulation,
- Abschluss bzw. Reaktivierung eines Quoten-Rückversicherungsvertrags mit der DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE.

Die Maßnahmen werden derzeit in dieser Form nicht vollständig umgesetzt. Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG stellt auch unter den aktuellen Gegebenheiten (z. B. Zins- und

Marktumfeld sowie Inflation) durch eine kontinuierliche Analyse und gezielte Steuerung sicher, dass unter Berücksichtigung der Volatilitätsanpassung die Einhaltung der Mindestkapital- und Solvenzkapitalanforderung sichergestellt wird.

E.2.2 Solvenzkapitalanforderung je Risikomodul und wesentliche Änderungen im Berichtszeitraum

Die Auswirkungen der einzelnen Risikomodule auf die Solvenzkapitalanforderung und diesbezügliche wesentliche Änderungen im Berichtszeitraum sind ausführlich in Kapitel C dargestellt.

E.2.3 Vereinfachte Berechnungen

Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG wendet im Rahmen der Standardformel keine vereinfachten Berechnungen gemäß der Art. 91 bis 102 und 104 bis 112 DVO bei den Risiko- und Untermodulen an.

E.2.4 Unternehmensspezifische Parameter

Es wurden keine Unternehmensspezifischen Parameter für die Berechnungen in Säule 1 zertifiziert. Diese finden daher keine Anwendung.

E.2.5 Zur Berechnung der Mindestkapitalanforderung verwendete Inputs

Die lineare Mindestkapitalanforderung berechnet sich aus den besten Schätzwerten (netto) und den gebuchten Prämien (netto) der einzelnen Geschäftsbereiche gewichtet mit einem vorgegebenen Faktor der Standardformel.¹³ Hieraus ergab sich eine lineare Mindestkapitalanforderung von 95,0 Mio. €.

Für die Mindestkapitalanforderung ist eine Untergrenze von 25 % (48,4 Mio. €) und eine Obergrenze von 45 % der Solvenzkapitalanforderung (87,0 Mio. €) vorgeschrieben. Da die lineare Mindestkapitalanforderung der DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG oberhalb der Grenzen lag, belief sich die Mindestkapitalanforderung auf 87,0 Mio. €.

¹³ Auf die besten Schätzwerte wird in Kapitel D.2 und auf die Prämien in Kapitel A.2 näher eingegangen.

E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung wird kein durationsbasiertes Untermodul beim Aktienrisiko verwendet. Deutschland hat keinen Gebrauch von dieser Option gemacht.

E.4 Unterschiede zwischen Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen

Es wird kein internes Modell angewendet, sodass das Kapitel E.4 nicht berichtsrelevant ist.

E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung

Die DEVK Allgemeine Lebensversicherungs-AG stellt durch eine kontinuierliche Analyse und gezielte Steuerung, unter Berücksichtigung der Volatilitätsanpassung, die Einhaltung der Mindestkapital- und Solvenzkapitalanforderung sicher.

E.6 Sonstige Angaben

Darüber hinaus liegen keine wesentlichen sonstigen Angaben zum Kapitalmanagement vor.

Anhang



F.1 Quantitative Reporting Templates (QRT)

Anhang I

S.02.01.02

Bilanz

		Solvabilität-II-Wert C0010
Vermögenswerte		
Immaterielle Vermögenswerte	R0030	
Latente Steueransprüche	R0040	
Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen	R0050	
Sachanlagen für den Eigenbedarf	R0060	3.384
Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)	R0070	4.995.129
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	R0080	151.367
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	R0090	687.915
Aktien	R0100	39.583
Aktien – notiert	R0110	39.583
Aktien – nicht notiert	R0120	
Anleihen	R0130	3.125.472
Staatsanleihen	R0140	1.374.814
Unternehmensanleihen	R0150	1.745.739
Strukturierte Schuldtitel	R0160	4.919
Besicherte Wertpapiere	R0170	
Organismen für gemeinsame Anlagen	R0180	990.783
Derivate	R0190	10
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	R0200	
Sonstige Anlagen	R0210	
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	R0220	631.090
Darlehen und Hypotheken	R0230	412.124
Policendarlehen	R0240	2.166
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	R0250	208.243
Sonstige Darlehen und Hypotheken	R0260	201.715
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:	R020	-12.106
Nichtlebensversicherungen und nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen		
Krankenversicherungen	R020	
Nichtlebensversicherungen außer Krankenversicherungen	R020	
nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R030	
Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen		
Krankenversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	R030	-12.106
nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R030	-24.497
Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	R0330	12.390
Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden	R0340	0
Depotforderungen	R0350	
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0360	5.421
Forderungen gegenüber Rückversicherern	R0370	
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	R0380	34.452
Eigene Anteile (direkt gehalten)	R0390	
In Bezug auf Eigenmittelbestandteile fallige Beträge oder ursprünglich eingeforderte, aber noch nicht eingezahlte Mittel	R0400	
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	R0410	28
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	R0420	534
Vermögenswerte insgesamt	R0500	6.070.057

Anhang I

S.02.01.02

Bilanz

		Solvabilität-II-Wert C0010
Verbindlichkeiten		
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung	R0510	
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)	R0520	
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0530	
Bester Schätzwert	R0540	
Risikomarge	R0550	
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Nichtlebensversicherung)	R0560	
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0570	
Bester Schätzwert	R0580	
Risikomarge	R0590	
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0600	4.763.999
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung)	R0610	-110.662
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0620	
Bester Schätzwert	R0630	-126.004
Risikomarge	R0640	15.342
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0650	4.874.661
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0660	
Bester Schätzwert	R0670	4.726.819
Risikomarge	R0680	147.842
Versicherungstechnische Rückstellungen – fonds- und indexgebundene Versicherungen	R0690	556.709
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0700	553.412
Bester Schätzwert	R0710	3.298
Eventualverbindlichkeiten	R0740	
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	R0750	1.028
Rentenzahlungsverpflichtungen	R0760	8.234
Depotverbindlichkeiten	R0770	15.876
Latente Steuerschulden	R0780	45.810
Derivate	R0790	16.037
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0800	
Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0820	16.775
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	R0830	2.059
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	R0840	667
Nachrangige Verbindlichkeiten	R0850	
Nicht in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0860	
In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0870	
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	R0880	16.413
Verbindlichkeiten insgesamt	R0900	5.443.607
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	R1000	626.451

Anhang I
S.04.05.21

Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Ländern - Nichtleben

		Nichtlebensver-	Fünf wichtigste Länder (nach gebuchten Bruttoprämien) - Nichtlebensversicherung					
		sicherungsverpflich-	und Rückversicherungsverpflichtungen					
		tungen	C0010	C0020	C0021	C0022	C0023	C0024
	R0010	Herkunftsland						
Gebuchte Prämien (Brutto)								
Gebuchte Prämien (Direkt)	R0020							
Gebuchte Prämien (Proportionale Rückversicherung)	R0021							
Gebuchte Prämien (Nichtproportionale Rückversicherung)	R0022							
Verdiente Prämien (Brutto)								
Verdiente Prämien (Direkt)	R0030							
Verdiente Prämien (Proportionale Rückversicherung)	R0031							
Verdiente Prämien (Nichtproportionale Rückversicherung)	R0032							
Aufwendungen für Versicherungsfälle (Brutto)								
Aufwendungen für Versicherungsfälle (Direkt)	R0040							
Aufwendungen für Versicherungsfälle (Proportionale Rückversicherung)	R0041							
Aufwendungen für Versicherungsfälle (Nichtproportionale Rückversicherung)	R0042							
Angefallene Aufwendungen (Brutto)								
Angefallene Aufwendungen (Direkt)	R0050							
Angefallene Aufwendungen (Proportionale Rückversicherung)	R0051							
Angefallene Aufwendungen (Nichtproportionale Rückversicherung)	R0052							

Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Ländern - Leben

		Lebensversicherungs-	Fünf wichtigste Länder (nach gebuchten Bruttoprämien) - Lebensversicherungsverpflichtungen und Rückversicherungsverpflichtungen				
		C0030	C0040	C0041	C0042	C0043	C0044
		Herkunftsland					
Brutto Gebuchte Prämien	R1010	462.008					
Brutto Verdiente Prämien	R1030	462.497					
Aufwendungen für Versicherungsfälle	R1040	401.764					
Brutto angefallene Aufwendungen	R1050	83.894					

Anhang I S.05.01.02

Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen

		Geschäftsbereich für: Lebensversicherungsverpflichtungen					Lebensrückversicherungsverpflichtungen		Gesamt	
		Krankenversicherung	Versicherung mit Überschussbeteiligung	Index- und fondsgebundene Versicherung	Sonstige Lebensversicherung	Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen	Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungsverpflichtungen (mit Ausnahme von Krankenversicherungsverpflichtungen)	Krankenrückversicherung		Lebensrückversicherung
		C0210	C0220	C0230	C0240	C0250	C0260	C0270	C0280	C0300
Gebuchte Prämien										
Brutto	R1410	67.404	296.319	96.831	1.452					462.006
Anteil der Rückversicherer	R1420	6.485	2.459							8.944
Netto	R1500	60.919	293.860	96.831	1.452					453.062
Verdiente Prämien										
Brutto	R1510	67.393	296.820	96.832	1.452					462.497
Anteil der Rückversicherer	R1520	6.485	2.459							8.944
Netto	R1600	60.908	294.361	96.832	1.452					453.562
Aufwendungen für Versicherungsfälle										
Brutto	R1610	9.532	367.703	33.716	813					401.764
Anteil der Rückversicherer	R1620	1.179	896							2.075
Netto	R1700	8.353	366.807	33.716	813					399.689
Angefallene Aufwendungen										
Brutto	R1900	14.079	43.433	23.449	1.285					82.246
Bilanz - Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen/Erträge										
	R2510									-274
Gesamtaufwendungen										
	R2600									81.972
Gesamtbetrag Rückkäufe										
	R2700	1.410	88.651	26.778	195					117.033

Anhang I S.12.01.02

Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung

	Versicherung mit Überschussbeteiligung	Index- und fondsgebundene Versicherung			Sonstige Lebensversicherung			Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungsverpflichtungen (mit Ausnahme von Krankenversicherungsverpflichtungen)	In Rückdeckung übernommenes Geschäft	Gesamt (Lebensversicherung außer Krankenversicherung, einschl. fondsgebundenes Geschäft)
		C0020	C0030	Verträge ohne Optionen und Garantien C0040	Verträge mit Optionen oder Garantien C0060	C0080	Verträge ohne Optionen und Garantien C0070			
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0010									
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0020									
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge										
Besten Schätzwert										
Besten Schätzwert (brutto)	R0030	4.725.312		0	553.412		0	1.507		5.280.231
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen	R0080	12.390		0	0		0	0		12.390
Besten Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	R0090	4.712.922		0	553.412		0	1.507		5.267.840
Risikomarge	R0100	147.832	3.298			10				151.139
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	R0200	4.873.144	556.709			1.517				5.431.370

Anhang I S.12.01.02

Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung

		Krankenversicherung (Direktversicherungsgeschäft)			Renten aus Nichtlebens- versicherungs- verträgen und im Zusammen- hang mit Krankenver- sicherungsver- pflichtungen	Kranken- rückversi- cherung (in Rückde- ckung übernom- menes Geschäft)	Gesamt (Kranken- versiche- rung nach Art der Lebensver- sicherung)	
			Verträge ohne Optionen und Garantien	Verträge mit Optionen oder Garantien				
		C0160	C0170	C0180				C0190
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0010							
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0020							
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge								
Besten Schätzwert								
Besten Schätzwert (brutto)	R0030			-126.004			-126.004	
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen	R0080			-24.497			-24.497	
Besten Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	R0090			-101.507			-101.507	
Risikomarge	R0100	15.342					15.342	
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	R0200	-110.662					-110.662	

Anhang I S.22.01.21

Auswirkung von langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen

		Betrag mit langfristigen Garantien und Über- gangmaßnahmen	Auswirkung der Über- gangmaßnahme bei ver- sicherungstechnischen Rückstellungen	Auswirkung der Übergangsmaß- nahme bei Zinssätzen	Auswirkung einer Ver- ringerung der Volatili- tätsanpassung auf null	Auswirkung einer Ver- ringerung der Mat- ching-Anpassung auf null
		C0010	C0030	C0050	C0070	C0090
Versicherungstechnische Rückstellungen	R0010	5.320.708	0	0	-960	0
Basiseigenmittel	R0020	626.451	0	0	365	0
Für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähige Eigenmittel	R0050	626.451	0	0	365	0
SCR	R0090	193.439	0	0	11.588	0
Für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähige Eigenmittel	R0100	626.451	0	0	365	0
Mindestkapitalanforderung	R0110	87.048	0	0	5.215	0

Anhang I
S.23.01.01
Eigenmittel

		Gesamt	Tier 1 – nicht ge- bunden	Tier 1 – gebunden	Tier 2	Tier 3
		C0010	C0020	C0030	C0040	C0050
Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen im Sinne von Artikel 68 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35						
Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)	R0010	100.000	100.000			
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio	R0030					
Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsver-einigungen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen	R0040					
Nachrangige Mitgliederkonten von Versicherungsver-einigungen auf Gegenseitigkeit	R0050	175.216	175.216			
Überschussfonds	R0070					
Vorzugsaktien	R0090					
Auf Vorzugsaktien entfallendes Emissionsagio	R0110	351.235	351.235			
Ausgleichsrücklage	R0130					
Nachrangige Verbindlichkeiten	R0140	0				0
Betrag in Höhe des Werts der latenten Netto-Steueransprüche	R0160					
Sonstige, oben nicht aufgeführte Eigenmittelbestandteile, die von der Aufsichtsbehörde als Basiseigenmittel genehmigt wurden						
Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen						
Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen						
Abzüge						
Abzug für Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten	R0230					
Gesamtbetrag der Basiseigenmittel nach Abzügen	R0290	626.451	626.451			0
Ergänzende Eigenmittel						
Nicht eingezahltes und nicht eingefordertes Grundkapital, das auf Verlangen eingefordert werden kann	R0300					
Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsver-einigungen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen, die nicht eingezahlt und nicht eingefordert wurden, aber auf Verlangen eingefordert werden können	R0310					
Nicht eingezahlte und nicht eingeforderte Vorzugsaktien, die auf Verlangen eingefordert werden können	R030					
Eine rechtsverbindliche Verpflichtung, auf Verlangen nachrangige Verbindlichkeiten zu zeichnen und zu begleichen	R030					
Kreditbriefe und Garantien gemäß Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG	R030					
Andere Kreditbriefe und Garantien als solche nach Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG	R0350					
Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG	R0360					
Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung – andere als solche gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG	R0370					
Ergänzende Eigenmittel gesamt	R0400					

Anhang I

S.23.01.01

Eigenmittel

		Gesamt	Tier 1 – nicht ge- bunden	Tier 1 – gebunden	Tier 2	Tier 3
Zur Verfügung stehende und anrechnungsfähige Eigenmittel						
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel	R0500	626.451	626.451			0
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel	R0510	626.451	626.451			
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	R0540	626.451	626.451	0	0	0
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	R0550	626.451	626.451	0	0	
SCR	R0580	193.439				
MCR	R0600	87.048				
Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur SCR	R0620	3,2385				
Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur MCR	R0640	7,1966				

		C0060	
Ausgleichsrücklage			
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	R0700	626.451	
Eigene Anteile (direkt und indirekt gehalten)	R0710		
Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte	R0720		
Sonstige Basiseigenmittelbestandteile	R0730	275.216	
Anpassung für gebundene Eigenmittelbestandteile in Matching-Adjustment-Portfolios und Sonderverbänden	R0740		
Ausgleichsrücklage	R0760	351.235	
Erwartete Gewinne			
Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Lebensversicherung	R0770	134.787	
Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Nichtlebensversicherung	R0780		
Gesamtbetrag des bei künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinns (EPIFP)	R0790	134.787	

Anhang I S.26.01.21

Solvenzkapitalanforderung – für Unternehmen, die die Standardformel verwenden

		Brutto-	USP	Vereinfachungen
		Solvenzkapitalanforderung		
		C0110	C0090	C0120
Marktrisiko	R0010	718.909		
Gegenparteiausfallrisiko	R0020	1.835		
Lebensversicherungstechnisches Risiko	R0030	420.079		
Krankenversicherungstechnisches Risiko	R0040	220.969		
Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko	R0050			
Diversifikation	R0060	-351.735		
Risiko immaterieller Vermögenswerte	R0070	0		
Basissolvenzkapitalanforderung	R0100	1.010.057		

Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

		C010
Operationelles Risiko	R0130	25.239
Verlustrückstellungsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen	R0140	-796.047
Verlustrückstellungsfähigkeit der latenten Steuern	R0150	-45.810
Kapitalanforderung für Geschäfte nach Artikel 4 der Richtlinie 2003/41/EG	R0160	
Solvenzkapitalanforderung ohne Kapitalaufschlag	R0200	193.439
Kapitalaufschlag bereits festgesetzt	R0210	
davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ a	R0211	
davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ b	R0212	
davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ c	R0213	
davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ d	R0214	
Solvenzkapitalanforderung	R0220	193.439
Weitere Angaben zur SCR		
Kapitalanforderung für das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko	R0400	
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für den übrigen Teil	R0410	
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Sonderverbände	R0420	
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Matching-Adjustment-Portfolios	R0430	
Diversifikationseffekte aufgrund der Aggregation der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für Sonderverbände nach Artikel 304	R0440	

Annäherung an den Steuersatz

		Ja/Nein
		C0109
Ansatz auf Basis des durchschnittlichen Steuersatzes	R0590	Approach not based on average tax rate

Berechnung der Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern

		VAF LS
		C0130
VAF LS	R0640	-45.810
VAF LS gerechtfertigt durch die Umkehrung der passiven latenten Steuern	R0650	-45.810
VAF LS gerechtfertigt durch Bezugnahme auf den wahrscheinlichen zukünftigen zu versteuernden wirtschaftlichen Gewinn	R0660	0
VAF LS gerechtfertigt durch Rücktrag, laufendes Jahr	R0670	0
VAF LS gerechtfertigt durch Rücktrag, zukünftige Jahre	R0680	0
Maximum VAF LS	R0690	-71.292

Anhang I

S.28.01.01

Mindestkapitalanforderung – nur Lebensversicherungs- oder nur Nichtlebensversicherungs- oder Rückversicherungstätigkeit

Bestandteil der linearen Formel für Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

		C0010
MCR _{net} -Ergebnis	R0010	0

		Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft) und versicherungs- technische Rück- stellungen als Ganzes berechnet	Gebuchte Prämien (nach Abzug der Rückversicherung) in den letzten zwölf Monaten
		C0020	C0030
Krankheitskostenversicherung und proportionale Rückversicherung	R0020		
Einkommensersatzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0030		
Arbeitsunfallversicherung und proportionale Rückversicherung	R0040		
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0060		
Sonstige Kraftfahrtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0080		
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung und proportionale Rückversicherung	R0070		
Feuer- und andere Sachversicherungen und proportionale Rückversicherung	R0080		
Allgemeine Haftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0090		
Kredit- und Kautionsversicherung und proportionale Rückversicherung	R0100		
Rechtsschutzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0110		
Beistand und proportionale Rückversicherung	R0120		
Versicherung gegen verschiedene finanzielle Verluste und proportionale Rückversicherung	R0130		
Nichtproportionale Krankrückversicherung	R0140		
Nichtproportionale Unfallrückversicherung	R0150		
Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	R0160		
Nichtproportionale Sachrückversicherung	R0170		

Bestandteil der linearen Formel für Lebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

		C0040		
MCR _t -Ergebnis	R0200	94.999		
			Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft) und versicherungs- technische Rück- stellungen als Ganzes berechnet	Gesamtes Risiko- kapital (nach Abzug der Rück- versicherung/ Zweckgesellschaft)
			C0060	C0060
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – garantierte Leistungen	R0210		3.422.425	
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – künftige Überschussbeteiligungen	R0220		1.188.990	
Verpflichtungen aus index- und fondsgebundenen Versicherungen	R0230		553.412	
Sonstige Verpflichtungen aus Lebens(rück)- und Kranken(rück)versicherungen	R0240		1.507	
Gesamtes Risikokapital für alle Lebens(rück)versicherungsverpflichtungen	R0250		 	37.558.355

Berechnung der Gesamt-MCR

		C0070
Lineare MCR	R0300	94.999
SCR	R0310	193.439
MCR-Obergrenze	R0320	87.048
MCR-Untergrenze	R0330	48.360
Kombinierte MCR	R0340	87.048
Absolute Untergrenze der MCR	R0350	4.000
		C0070
Mindestkapitalanforderung	R0400	87.048

F.2 Abkürzungsverzeichnis¹⁴

Abkürzung	Bedeutung
a.G.	auf Gegenseitigkeit
Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
AH	Allgemeine Haftpflicht
AktG	Aktiengesetz
Allgem.	Allgemein
ALM	Asset Liability Management
AnIV	Anlageverordnung
APE	Annual Premium Equivalent
AU	Allgemeine Unfallversicherung
AWS	Amazon Web Services
B. V.	Besloten Vennootschap (ähnlich GmbH)
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BSCR	Basic Solvency Capital Requirement
BU	Berufsunfähigkeitsversicherung
BUZ	Berufsunfähigkeitszusatzversicherung
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CEO	Chief Executive Officer (Vorstandsvorsitzender)
CMF	Compliance-Management-Funktion
CHF	Schweizer Franken
COSO	Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission
CRA III	Credit Rating Agencies (EU-Ratingverordnung)
CZK	Tschechische Krone
DAX	Deutscher Aktienindex
DB	Deutsche Bahn
DEREIF	DEVK Europa Real Estate Investment Fonds SICAV-FIS
Diff.	Differenz
DORA	Digital Operational Resilience Act
DVO	Delegierte Verordnung (EU) 2015/35
e.V.	eingetragener Verein
EG	Europäische Gemeinschaft
EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority
EstG	Einkommensteuergesetz
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EU-DSGVO	EU-Datenschutz-Grundverordnung
EUR	Euro
FIS	Fonds d'Investissement spécialisé (Spezialfonds)

¹⁴ Nicht unternehmensspezifisch

FS-CD	Financial Services – Collections & Disbursements (SAP-Anwendung)
GBP	Pfund Sterling/Britisches Pfund
GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.
ggf.	gegebenenfalls
ggü.	gegenüber
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
H/U	Haftpflicht/Unfall
HGB	Handelsgesetzbuch
HUK	Haftpflicht/Unfall/Kraftfahrt
i. d. R.	in der Regel
i. W.	im Wesentlichen
IAS	International Accounting Standards
IDD	Insurance Distribution Directive (EU-Versicherungsvertriebsrichtlinie)
IFRS	International Financial Reporting Standards
IKS	Internes Kontrollsystem
INBV	Inflationsneutrales Bewertungsverfahren
inkl.	inklusive
IPD	Investment Property Databank
IR	Interne Revisionsfunktion
ISM	Institute for Supply Management
IT	Informationstechnologie
Kat-XL	Katastrophen Excess of Loss
Kfz	Kraftfahrzeug
KG	Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KH	Kfz-Haftpflicht
KieS	Komposit in einem System
K-Kasko	Kfz-Kaskoversicherung
KTRes	Krankenhaustagegeldversicherung aus der Restschuldversicherung
KV	Krankenversicherung
lfd.	laufende
lit.	littera (lateinisch Buchstabe)
LLC	limited liability company (ähnlich GmbH)
LoB	Lines of Business
LV	Lebensversicherung
MaGo	Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Versicherungsunternehmen (BaFin-Rundschreiben)
MaRisk	Mindestanforderungen an das Risikomanagement (BaFin-Rundschreiben, welches zum 01.01.2016 aufgehoben wurde)
max.	maximal
MCR	Mindestkapitalanforderung (engl. Minimum Capital Requirement)
min.	mindestens
MindZV	Verordnung über die Mindestbeitragsrückgewähr in der Lebensversicherung (Mindestzuführungsverordnung)
Mio.	Million/-en

MSCI	Morgan Stanley Capital International (Finanzdienstleister)
n. r.	nicht relevant
N. V.	Naamlooze Vennootschap
nAdLV	nach Art der Lebensversicherung
nAdSV	nach Art der Schadenversicherung
Nat-Kat-Risiko	Naturkatastrophenrisiko
Nicht-VU	Nichtversicherungsunternehmen
np	nichtproportional
NR	not rated
Nr.	Nummer
Op. Risiko	operationelles Risiko
OpRisk	operationelle Risiken
ORSA	Own Risk and Solvency Assessment
OTC	Over the Counter (außerbörslicher Handel)
p. a.	per anno
Pkt.	Punkt
PLC	Public Limited Company (ähnlich Aktiengesellschaft)
Prog.	Prognose
QRT	Quantitative Reporting Template
Re	Reinsurance
RechVersV	Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen („Versicherungsunternehmens-Rechnungslegungsverordnung“)
RMF	Risikomanagementfunktion
RS	Rechtsschutz
RSR	Regular Supervisory Report
RSt.	Rückstellung
RTR	Rückstellungstransitional
RV	Rückversicherung
Rz.	Randziffer
S. A.	Société Anonyme (Rechtsform in Frankreich)
SADA	Societe Anonyme de Defense et d'Assurances
SAP	Systeme, Anwendungen und Produkte in der Datenverarbeitung
SCR	Solvenzkapitalanforderung (engl. Solvency Capital Requirement)
SEK	Schwedische Krone
SFCR	Solvency and Financial Condition Report
SHUK	Sach-, Haftpflicht-, Unfall- und Kfz-Versicherung
SICAV	Société d'Investissement à Capital variable (Kapitalanlagegesellschaft mit variablem Grundkapital)
SIF	Specialized Investment Fund (Spezialfonds)
S II	Solvency II
sog.	sogenannt(-e)
Sonst.	Sonstige
SpA	Società per azioni (ähnlich Aktiengesellschaft)
t	Zeitpunkt
Tsd.	Tausend

TV	technische Versicherung
u.	und
u. w.	und weitere
UK	United Kingdom (Vereintes Königreich Großbritannien und Nordirland)
Unterabs.	Unterabsatz
US	United States (Vereinigte Staaten)
USA	United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
USD	United States Dollar
usw.	und so weiter
VA	Volatilitätsanpassung (engl. Volatility Adjustment)
VA	Versicherungsaufsicht (in Zusammenhang mit MaGo bzw. MaRisk)
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VaR	Value at Risk
Vers.	Versicherung
VersVergV	Versicherungsvergütungsverordnung
VGW	verbundene Wohngebäudeversicherung
VHV	verbundene Hausratversicherung
VMF	Versicherungsmathematische Funktion
vt.	versicherungstechnisch(-e)
WLAN	Wireless Local Area Network
XL	excess of loss (Schadenexzedenten)
xs	Schadenexzedentenrückversicherung
z. B.	zum Beispiel
zug.	zugehöriges
ZZR	Zinszusatzreserve

F.3 Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Eigenmittel, SCR, MCR und Bedeckungsquoten _____	6
Tab. 2: Versicherungstechnische Erträge und Aufwendungen _____	11
Tab. 3: Versicherungstechnische Erträge und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen _____	12
Tab. 4: Kapitalanlageerträge und -aufwendungen 2025 mit Vorjahresvergleich _____	14
Tab. 5: Kapitalanlageergebnis nach Klassen der Vermögenswerte _____	15
Tab. 6: Ressortverteilung _____	21
Tab. 7: Übersicht der Aufsichtsräte _____	22
Tab. 8: Übersicht der Schlüsselfunktionen _____	23
Tab. 9: Zuständigkeiten bei erstmaliger und laufender Prüfung _____	33
Tab. 10: Verantwortlichkeiten bei Zweifeln an fachlicher Eignung oder persönlicher Zuverlässigkeit _____	34
Tab. 11: Solvenzkapitalanforderung nach Risikokategorien (brutto) _____	55
Tab. 12: Übersicht nach Geschäftsbereichen _____	58
Tab. 13: Aufteilung der Kapitalanlagen nach Assetklassen _____	65
Tab. 14: Aktiva der Solvenzbilanz mit Vorjahresvergleich _____	81
Tab. 15: Passiva der Solvenzbilanz mit Vorjahresvergleich _____	82
Tab. 16: Versicherungstechnische Rückstellungen nach Geschäftsbereichen (brutto) _____	95
Tab. 17: Anforderungen an die Zusammensetzung der Eigenmittel nach Tier-Klassen _____	111
Tab. 18: Zusammensetzung der Eigenmittel nach Tier-Klassen _____	112
Tab. 19: Anrechenbare Eigenmittel zur Bedeckung des SCR und MCR _____	112
Tab. 20: Zusammensetzung der Eigenmittel zur Bedeckung des SCR _____	112
Tab. 21: Zusammensetzung der Ausgleichsrücklage _____	113
Tab. 22: SCR und MCR zum Stichtag _____	114
Tab. 23: Bedeckungsquote SCR und MCR _____	114
Tab. 24: Ausweis der Bedeckungsquote mit/ohne Rückstellungstransitional bzw. Volatilitätsanpassung _____	115

F.4 Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: DEVK-Unternehmensstruktur	9
Abb. 2: Governance-System als Modell der Three Lines of Defence	20
Abb. 3: Die Kernfaktoren der Strategie 2025	37
Abb. 4: Einbettung des Own Risk and Solvency Assessments in den Unternehmens- und Risikostrategieprozess	38
Abb. 5: Risikomanagementprozess	38
Abb. 6: Own Risk and Solvency Assessment-Prozess	41
Abb. 7: Überwachungssystem	43
Abb. 8: Prüfungsprozess zur Bewertung der Wesentlichkeit einer Dienstleistung	51
Abb. 9: Kumulierte Solvenzkapitalanforderung (brutto)	56
Abb. 10: Bedeckungsquote SCR (absolute Werte in Mio. €)	114

F.5 Glossar

Stichwort	Erläuterung
Asset Liability Management (ALM)	Das Asset Liability Management wird auch als Aktiv-Passiv-Steuerung bezeichnet. Hierunter wird die Abstimmung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten hinsichtlich bestimmter Zielgrößen verstanden. Die Schwierigkeit der Steuerung liegt in unterschiedlichen Interdependenzen zwischen der Aktiv- und Passivseite wie sie beispielsweise bei einer Zinsänderung am Kapitalmarkt vorliegt.
Ausgleichsrücklage (Reconciliation Reserve)	Die Ausgleichsrücklage ist Teil der Eigenmittel der Solvabilitätsübersicht (Solvenzbilanz). Sie ergibt sich aus dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten abzüglich der Positionen wie Grundkapital, Kapitalrücklage beziehungsweise Gründungsfonds, Vorzugsaktien und Überschussfonds (Surplus Fund). Darüber hinaus sind Anpassungen wie beispielsweise für vorhersehbare Dividendenzahlungen vorzunehmen. Die Ausgleichsrücklage ist der Qualitätsstufe Tier 1 zugeordnet.
Ausgliederung	Eine Ausgliederung ist eine Vereinbarung jeglicher Form zwischen einem Versicherungsunternehmen und einem Dienstleister, aufgrund derer der Dienstleister direkt oder durch weitere Ausgliederung einen Prozess, eine Dienstleistung oder eine Tätigkeit erbringt, die ansonsten vom Versicherungsunternehmen selbst erbracht werden würde.
Bedeckungsquote	Das Verhältnis von Eigenmitteln des Unternehmens zur Solvenzkapitalanforderung (SCR) wird als Bedeckungsquote bezeichnet. Unternehmen mit einer Bedeckungsquote über 100 % verfügen über ausreichende Kapitalreserven für Negativszenarien, das heißt ihre Risikotragfähigkeit ist gesichert.
Bester Schätzwert (Best Estimate)	Die Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern unter Solvency II sollen wie alle anderen Verpflichtungen marktnah bewertet werden. Aufgrund fehlender Marktpreise für diese Position erfolgt die Bewertung modellbasiert unter Verwendung zahlreicher Annahmen. Das Ergebnis dieser Bewertung ist der Beste Schätzwert (Best Estimate). Wird zum Besten Schätzwert die Risikomarge addiert, die als Sicherheitszuschlag interpretiert werden kann, ergibt sich der Gesamtwert der versicherungstechnischen Rückstellungen unter Solvency II.
Bruttobeiträge	Hierbei handelt es sich um Prämieinnahmen des Versicherungsunternehmens, die in voller Höhe, das heißt ohne Abzug der Anteile des Rückversicherers, berücksichtigt werden. Darüber hinaus wird zwischen gebuchten Beiträgen (ohne periodengerechter Abgrenzung zum Stichtag) und verdienten Beiträgen (mit periodengerechter Abgrenzung zum Stichtag) unterschieden.
Branchensimulationsmodell (BSM)	Beim Branchensimulationsmodell handelt es sich um ein vom Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft e.V. entwickeltes Berechnungstool für Lebensversicherungsunternehmen, die die Standardformel anwenden. Unter der Berücksichtigung unternehmensspezifischer Annahmen und Bestandsdaten bietet es die Möglichkeit bestimmte Teile der Solvabilitätsübersicht (Solvenzbilanz) aufzustellen und das Solvency Capital Requirement (SCR) zu bestimmen.
Diversifikation (i. S. v. Solvency II)	Die Diversifikation unter Solvency II bringt die Risikominderung zum Ausdruck, die dadurch entsteht, dass aller Wahrscheinlichkeit nach nicht alle Risiken gleichzeitig eintreten. Der Zusammenhang zwischen den Risiken wird durch die sogenannte Korrelation beschrieben, die ein Maß dafür darstellt, wie eng zwei Risiken miteinander zusammenhängen. Eine Diversifikation findet sowohl zwischen Subrisikomodulen

	(wie beispielsweise dem Zins- und dem Aktienrisiko im Risikomodul Marktrisiko) als auch zwischen verschiedenen Risikomodulen (wie beispielsweise Marktrisiko und versicherungstechnisches Risiko) statt.
Eigenmittel	Die Eigenmittel nach Solvency II stehen einem Versicherungsunternehmen zum Ausgleich von Verlusten zur Verfügung und bestehen aus Basiseigenmitteln und ergänzenden Eigenmitteln. Während sich die Basiseigenmittel aus dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten („Aktiv über Passiv“) und nachrangigen Verbindlichkeiten zusammensetzen, handelt es sich bei den ergänzenden Eigenmitteln um außerbilanzielle Mittel, die bei der BaFin beantragt werden müssen. Die Eigenmittel müssen mindestens der Höhe der Solvenzkapitalanforderungen (SCR) entsprechen, um eine Bedeckungsquote von mindestens 100 % zu erreichen. Entsprechend ihrer Qualität werden die Eigenmittel in sogenannte Tier-Klassen eingeteilt, wobei die Kategorie „Tier 1“ die größte Werthaltigkeit hat.
Gesamtsolvabilitätsbedarf (GSB)	Beim Gesamtsolvabilitätsbedarf handelt es sich im Rahmen der Säule 2 (qualitative Anforderungen) um einen bedeutenden Bestandteil der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (Own Risk and Solvency Assessment). Hierbei wird der Bedarf an Eigenmitteln ermittelt, der notwendig ist, um die unternehmensspezifischen Risiken zu bedecken. Im Unterschied zur Bestimmung von SCR und MCR im Rahmen der Säule 1, dürfen zur Ermittlung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs abweichende Ansatz- und Bewertungsvorschriften verwendet werden, soweit der Effekt auf den Gesamtsolvabilitätsbedarf quantifiziert wird und die Abweichungen durch entsprechende Begründungen gerechtfertigt werden.
Governance-System	Das Governance-System beschreibt die Geschäftsorganisation, welches gemäß der Solvency II-Rahmenrichtlinie sichergestellt sein muss. Der grundlegende Gedanke des Governance-Systems ist, dass Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen über ein wirksames System verfügen, das ein solides und vorsichtiges Management des Geschäfts gewährleistet.
IKT-Risiko	Ein IKT-Risiko ist das bestehende oder künftige Risiko von Verlusten aufgrund der Unzweckmäßigkeit oder des Versagens der Hard- und Software technischer Infrastrukturen, welche die Verfügbarkeit, Integrität, Zugänglichkeit und Sicherheit dieser Infrastruktur oder von Daten beeinträchtigen können.
Internes Kontrollsystem (IKS)	Das Interne Kontrollsystem ist Teil einer wirksamen und ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation im Rahmen der Säule 2 von Solvency II gem. § 29 VAG. Zur Sicherstellung der aktuellen und zukünftigen Solvency II-Anforderungen ist ein ständiger IKS-Prozess etabliert.
Inflationsneutrales Bewertungsverfahren (INBV)	Beim Inflationsneutralen Bewertungsverfahren handelt es sich um ein vom Verband der Privaten Krankenversicherung e.V. bereitgestelltes Standardwerkzeug, welches unter der sachgerechten Berücksichtigung zukünftiger Beitragsanpassungen die Berechnung der Erwartungswertrückstellung einerseits und andererseits die Berechnung der einzelnen Risikomodule ermöglicht. Ein wesentlicher Aspekt des Inflationsneutralen Bewertungsverfahrens ist die Annahme, dass zusätzlich ausgehende Zahlungsströme aufgrund von Kosteninflation durch zusätzlich eingehende Zahlungsströme aufgrund von Beitragsanpassungen kompensiert werden können.
Kumulrisiko	Das Kumulrisiko bezeichnet das Risiko im Risikogeschäft von Versicherungsunternehmen, dass der Eintritt ein und desselben zufälligen Ereignisses bei mehreren oder vielen versicherten Einheiten gleichzeitig Schäden auslöst.
latente Steuern (ak-	Die latenten Steuern nach Solvency II gehen auf Bewertungsunter-

tiv/passiv)	schiede von Vermögensgegenständen und Verbindlichkeiten zwischen der Steuerbilanz und Solvenzbilanz zurück. Im Rahmen der marktnahen Betrachtung führen die Bewertungsunterschiede zukünftig zu Erträgen oder Aufwendungen, die zu einem späteren Zeitpunkt entsprechend zu versteuern sind (passive latente Steuern) beziehungsweise steuermindernd (aktive latente Steuern) angesetzt werden können. Der antizipative Ausweis von latenten Steuern kann unter Solvency II zu einer Risikominderung führen, da beispielsweise zukünftige Erträge im Stressfall nicht realisiert werden und somit der Steueraufwand entfällt.
Limitsystem	Im Limitsystem wird die Risikotragfähigkeit der jeweiligen Gesellschaft auf die wichtigsten steuernden Organisationseinheiten heruntergebrochen und die wesentlichen Risiken anhand von Risikokennzahlen überwacht. Das Limitsystem dient der laufenden Überwachung des über- bzw. unterschreitens von festgelegten Grenzwerten, den sog. Limiten, und der Steuerung der Gesamtrisikosituation.
Geschäftsbereiche/ Lines of Business (LoB)	Nach dem Regelwerk von Solvency II ist das Versicherungsgeschäft in sogenannte Geschäftsbereiche einzuteilen (Anhang I DVO 2015/35). Diese entsprechen einer nur für Solvency II definierten Einteilung und sind nicht mit der für andere Zwecke genutzten Einteilung in unterschiedliche Versicherungssparten bzw. Versicherungszweigen vergleichbar.
Minimum Capital Requirement (MCR)	Die Mindestkapitalanforderung (MCR) beschreibt die Menge an Eigenmitteln, über die ein Versicherungsunternehmen mindestens verfügen muss. Die Versicherungsaufsicht verfügt über wesentliche Eingriffsrechte, sofern diese Anforderung nicht erfüllt werden können. Die Höhe des MCR richtet sich nach der Solvenzkapitalanforderung (SCR). Es darf höchstens 45 %, aber muss gleichzeitig mindestens 25 % des SCR betragen. Darüber hinaus sind in Abhängigkeit des betriebenen Versicherungsgeschäfts ggfs. absolute Untergrenzen zu berücksichtigen.
Nettobeiträge	Hierbei handelt es sich um Prämieinnahmen des Versicherungsunternehmens, bei denen bereits die Anteile des Rückversicherers abgezogen wurden. Darüber hinaus wird zwischen gebuchten Beiträgen (ohne periodengerechter Abgrenzung zum Stichtag) und verdienten Beiträgen (mit periodengerechter Abgrenzung zum Stichtag) unterschieden.
Own Risk and Solvency Assessment (ORSA)	Die unternehmensinterne Risiko- und Solvabilitätsbewertung (ORSA) wird gemäß den Vorgaben von Solvency II einmal jährlich durchgeführt. Im Rahmen dieser Bewertung sollen Versicherungsunternehmen ihre individuellen Risikoexpositionen, das heißt den Gesamtsolvabilitätsbedarf (abweichend zum SCR) bestimmen und mit Blick auf die langfristige Unternehmensplanung die Angemessenheit ihrer Kapitalausstattung bewerten. Wichtige Instrumente zur Bewertung stellen hierbei Stresstests und Szenarioanalysen dar. Liegen bestimmte Voraussetzungen vor, ist ein ad hoc-ORSA durchzuführen.
Prudent Person Principle	Das Prudent Person Principle beschreibt den Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht und ist insbesondere im Kapitalanlagenmanagement ein maßgeblicher Grundsatz. Jegliche Entscheidungen bezüglich der Kapitalanlagen bzw. der Herleitung der Kapitalanlagestrategie ist mit gebührender Sorgfalt und im Rahmen der dafür vorgesehenen etablierten Prozesse zu treffen.
Quantitative Reporting Templates (QRT)	Die QRT sind Meldeformulare, die an die Aufsicht versendet werden. Sie ermöglichen es der Aufsicht, einen dezidierten Einblick in die Ergebnisse und die zugrundeliegenden Daten der Solvency II-Berechnungen der Gesellschaften zu erlangen. Aufgrund der standardisierten Meldeformulare hat die Aufsicht die Möglichkeit, die Unternehmen und Sparten der Branche besser zu vergleichen und somit Standards zu setzen.

Reverse-Stresstest	Im Reverse-Stresstest wird untersucht, welches Szenario eintreten muss, damit alle anrechenbaren Eigenmittel aufgebraucht werden. Dies wird in mehreren Stufen in der Aggregation vom Gesamtrisiko absteigend zu den Einzelrisiken untersucht.
Risiko	Das Risiko beschreibt die Möglichkeit des Eintretens eines negativen Ereignisses oder einer adversen Entwicklung. Risiken liegen in der unvollständigen Information über die Ausprägung künftiger Ereignisse oder den Verlauf künftiger Entwicklungen begründet. Um zu beurteilen, in welchem Umfang Versicherungsunternehmen Risiken tragen können, ist das einheitliche Regelwerk Solvency II anzuwenden.
Risikoinventur	Bei der Risikoinventur werden die Risiken aller Fachbereiche abgefragt und durch die jeweiligen Fachbereiche bewertet. Hierbei werden alle risikorelevanten Aspekte abgefragt.
Risikomanagement	Gemäß Solvency II betrachtet das Risikomanagementsystem sämtliche Risiken, denen das Unternehmen tatsächlich oder möglicherweise ausgesetzt ist oder sein wird. Das Risikomanagementsystem muss sicherstellen, dass die Risiken angemessen identifiziert, bewertet, überwacht, gesteuert und berichtet werden. Hierzu haben Unternehmen geeignete Strategien, Prozesse und interne Meldeverfahren zu implementieren.
Risikomarge	Bei der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen nach Solvency II wird neben dem Besten Schätzwert auch eine Risikomarge ermittelt. Die Risikomarge entspricht bei der Dotierung der versicherungstechnischen Rückstellungen dem Aufschlag zur Berücksichtigung des Risikos von Abweichungen der tatsächlichen Aufwendungen vom geschätzten Erwartungswert. Die Risikomarge versucht das Änderungs- und Irrtumsrisiko zu quantifizieren und kann somit als Sicherheitszuschlag interpretiert werden.
Risikotragfähigkeit	Das Risikotragfähigkeitskonzept dient dazu, den Risikoappetit des Unternehmens abzubilden und zu operationalisieren. Zur Ermittlung der Risikotragfähigkeit sollen nur wesentliche Risiken betrachtet werden. Es werden für die wesentlichen steuerbaren Risiken ("Marktrisiko", "versicherungstechnisches Risiko" und "Ausfallrisiko") Grenzwerte bestimmt, um die Zielbedeckungsquote der Unternehmen für ein vordefiniertes Sicherheitsniveau sicherzustellen.
Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB)	Bei der Rückstellung für Beitragsrückerstattung handelt es sich um eine versicherungstechnische Rückstellung auf der Passivseite der Bilanz nach HGB. Sie bildet den Anspruch der Versicherungsnehmer auf künftige Überschussbeteiligungen ab, sofern er aufgrund ausgewiesener Überschüsse bereits entstanden ist oder durch rechtliche Verpflichtungen unabhängig davon besteht. Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung besteht aus den Elementen „freie“ und „gebundene“ Rückstellung für Beitragsrückerstattung sowie dem „Schlussüberschussanteilsfonds“.
Rückstellungs-transitional (RTR)	Eine von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigungspflichtige Übergangsmaßnahme unter Solvency II nach § 352 VAG, die es Versicherungsunternehmen erlaubt, einen vorübergehenden Abzug bei der Bewertung versicherungstechnischer Rückstellungen vorzunehmen. Die Übergangsmaßnahme wurde eingeführt, um den Unternehmen den Übergang auf Solvency II zu erleichtern. Dabei verringert sich der Abzug auf die versicherungstechnischen Rückstellungen jährlich linear, sodass ab dem 01.01.2032 eine vollständige Bewertung nach Solvency II gegeben ist.
Schlüsselfunktionen	Jedes Versicherungsunternehmen muss zwingend vier Schlüsselfunktionen (Risikomanagementfunktion, Compliance-Management-Funktion, Funktion der Internen Revision und Versicherungsmathematische Funktion) einrichten. Sie sind wesentliche Bestandteile des

	Governance-Systeme und stellen eine angemessene und unabhängige Kontrolle im Unternehmen sicher.
SCR (brutto)	Ermittlung des SCR mit Hilfe von Risikomodulen, die keine Risikominderung aus zukünftiger Überschussbeteiligung enthalten. Bei der Herleitung des genannten SCR beinhaltet die Bezeichnung „netto“ keinen inhaltlichen Zusammenhang zur Rückversicherung.
SCR (netto)	Ermittlung des SCR mit Hilfe von Risikomodulen, die bereits die Risikominderung aus zukünftiger Überschussbeteiligung enthalten. Bei der Herleitung des genannten SCR beinhaltet die Bezeichnung „netto“ keinen inhaltlichen Zusammenhang zur Rückversicherung.
Solvabilitätsübersicht (Solvenzbilanz)	Die Solvabilitätsübersicht (Solvenzbilanz) dient der Gegenüberstellung von Vermögenswerten und Verpflichtungen zum Zweck der Bestimmung der vorhandenen Eigenmittel unter Solvency II (§ 74 VAG) zum Bilanzstichtag. Die Solvabilitätsübersicht ist der Aufsicht turnusgemäß vorzulegen und wird von der bestellten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft.
Solvency Capital Requirement (SCR)	Die Solvenzkapitalanforderung (SCR) repräsentiert das Kapital, das mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,5 % ausreicht, um im 200-Jahres-Ereignis sämtliche Verpflichtungen erfüllen zu können. Das SCR entspricht dabei der Differenz der Eigenmittel vor und nach Eintritt dieses Ereignisses. Hierbei werden Diversifikationseffekte zwischen den Risikomodulen sowie andere das SCR beeinflussende Effekte, wie z. B. die Risikominderung aus zukünftiger Überschussbeteiligung und latenten Steuern berücksichtigt.
Standardformel	Die Standardformel beschreibt das allgemein gültige Modell zur Berechnung des Solvency Capital Requirements (SCR) im Rahmen von Solvency II. Hierbei werden zuvor definierte Risiken quantifiziert und mit ihren Interdependenzen zu einer aggregierten Größe für die regulatorische Solvenzkapitalanforderung (SCR) verdichtet.
Unternehmensspezifische Parameter (USP)	Bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung (SCR) nach der Standardformel können für das versicherungstechnische Risikomodul abweichende Parameter verwendet werden, wenn dies für das Versicherungsunternehmen angemessen ist. Diese Unternehmensspezifischen Parameter dürfen jedoch erst nach der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde berücksichtigt werden.
Überschussfonds (Surplus Fonds)	Der Überschussfonds gilt als akkumulierter Gewinn, der noch nicht zur Ausschüttung an die Versicherungsnehmer und Anspruchsberechtigten deklariert wurde. Auf dem deutschen Versicherungsmarkt handelt es sich dabei insbesondere um die zum Bewertungsstichtag vorhandene handelsrechtliche Rückstellung für Beitragsrückerstattung, soweit sie nicht auf bereits festgelegte Überschussanteile entfällt. Der Überschussfonds gehört zu den Eigenmitteln der Qualitätsstufe Tier 1.
Value at Risk (VaR)	Beim Value at Risk handelt es sich um ein statistisches Maß (Quantil) mit einem bestimmten Konfidenzniveau. Nach Solvency II entspricht der Value at Risk dem Kapitalbedarf, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,5 % ausreicht, um den Eintritt des „200-Jahres-Ereignisses“ wirtschaftlich zu überstehen und sämtliche Verpflichtungen erfüllen zu können.
Volatilitätsanpassung (VA)	Die Volatilitätsanpassung (engl. Volatility Adjustment) ist eine genehmigungspflichtige Maßnahme zur Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen nach Solvency II. Sie trägt dem Umstand Rechnung, dass Versicherungsunternehmen festverzinsliche Wertpapiere über einen langen Zeitraum halten und entsprechende Risikoaufschläge oberhalb des risikofreien Zinses verdienen können. Sofern Wertpapiere bis zur Fälligkeit gehalten werden, spielen kurzfristige Bewertungsschwankungen nur eine untergeordnete Rolle. Daher darf das

	<p>Versicherungsunternehmen einen Teil des Risikozuschlags seiner Wertpapiere auch als Zuschlag bei der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen heranziehen.</p>
Wesentlichkeitskonzept	<p>Das Wesentlichkeitskonzept dient als Grundlage zur Entscheidung, was kritisch oder relevant für eine Gesellschaft ist. Die Wesentlichkeitsgrenzen werden aus der Risikotragfähigkeit abgeleitet und es werden somit Risikotoleranzschwellen für die einzelnen Risikokategorien definiert.</p>
Zukünftige Überschussbeteiligung (ZÜB)	<p>Der Zeitwert der zukünftigen Überschussbeteiligung ist Teil der versicherungstechnischen Rückstellung unter Solvency II. Die zukünftige Überschussbeteiligung ergibt sich durch (künftige) Gewinnquellen des Versicherungsunternehmens, an denen die Versicherungsnehmer gemäß vertraglicher, gesetzlicher und aufsichtsrechtlicher Regelungen zu beteiligen sind. Hierunter fallen insbesondere zukünftige versicherungstechnische Erträge sowie zukünftige Erträge aus Kapitalanlagen. Der zukünftigen Überschussbeteiligung kommt aufgrund ihrer risikomindernden Wirkung in verschiedenen Stressszenarien eine hohe Bedeutung zu, da sie bei der Bestimmung des Risikokapitalbedarfs (SCR) berücksichtigt werden darf.</p>
Zinszusatzreserve (ZZR)	<p>Bei der Zinszusatzreserve handelt es sich in der Lebensversicherung um einen integralen Bestandteil der Deckungsrückstellung nach HGB, der für künftige Garantiezinsverpflichtungen in Zeiten geringer Kapitalmarktzinsen zurückgestellt wird. Die Zinszusatzreserve dient damit einer vorausschauenden Stärkung der Risikotragfähigkeit der Lebensversicherungsunternehmen.</p>

DEVK Versicherungen

Riehler Straße 190

50735 Köln

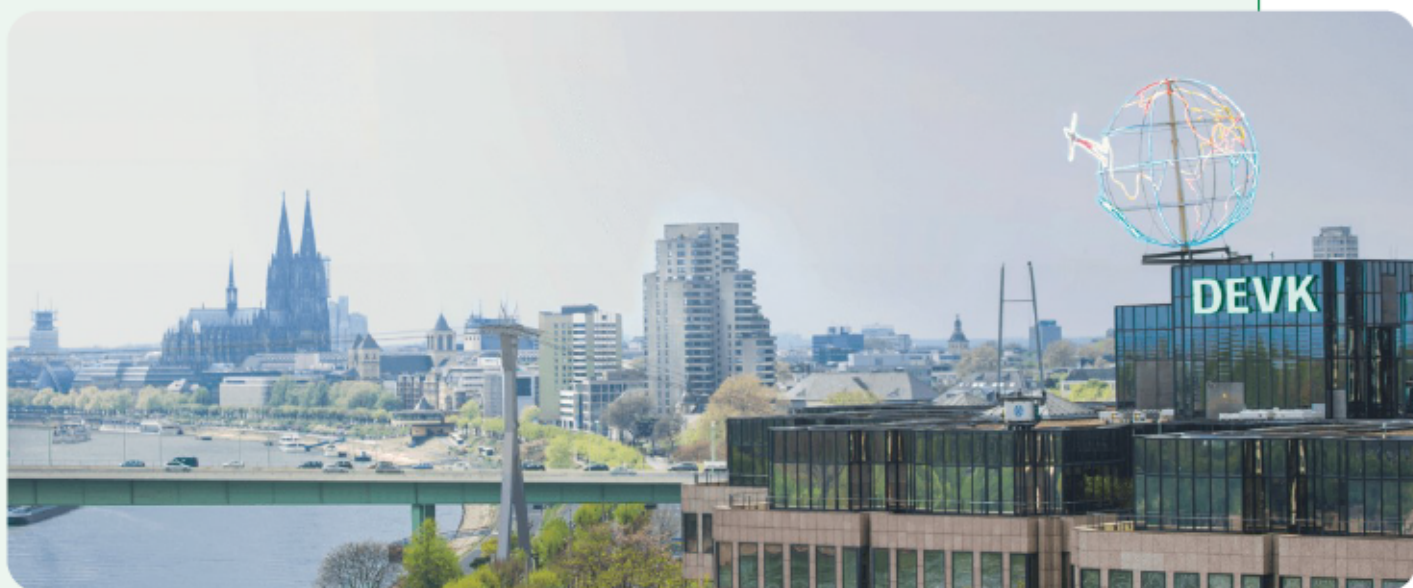
www.devk.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

📞 0221 757-1802

✉ presse@devk.de

f facebook.com/devk



DEVK

Gesagt. Getan. Geholfen.